

# ROTFUCHS

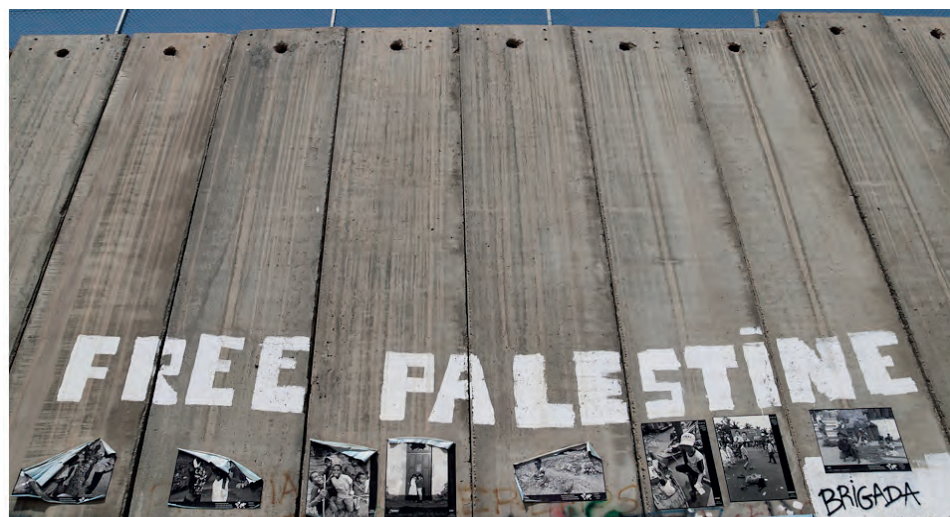
TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Bankrott der Linksfraktion

Am 12. Oktober 2023 verabschiedete der Bundestag einstimmig, d. h. auch mit den Stimmen der Fraktion Die Linke und der AfD, einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU und FDP zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zur Lage in Israel. Zu diesem Zeitpunkt hatte der jüdische Staat, der seit 2007 die inzwischen 2,3 Millionen Einwohner Gazas in einer Art Freiluftgefängnis hält, mit massi-

vom Völkerrecht zu schweigen, besiegelt deren politischen und moralischen Bankrott. Die zielstrebig angesteuerte Auflösung der Partei wäre nur noch ein formaler Akt. Als sozialistische Opposition gibt es Die Linke seit dem 12. Oktober 2023 nicht mehr.

In der Entschließung wird allein die Hamas verurteilt, bei deren Angriff am 7. Oktober vor allem israelische Zivilisten getötet wurden – insgesamt mehr als 1300 Menschen. Die



Israels Mauer zur Westbank 2014

ver Bombardierung der palästinensischen Stadt weit mehr als 2000 Menschen getötet. Die Versorgung mit Strom, Wasser und Lebensmitteln wurde von Israel unterbrochen. Die Entschließung des Bundestages enthält eine faktische Zustimmung zum Massen-, wenn nicht Völkermord an den Palästinensern. Denn nur das Selbstverteidigungsrecht Israels wird darin erwähnt, nicht die Rechte der Zivilbevölkerung Gazas. Das deutsche Parlament übernimmt den Apartheid-Blick israelischer Faschisten auf die Kolonisierten. Finanzminister Bezalel Smotrich brachte deren Haltung auf den Punkt, als er meinte, es gebe kein palästinensisches Volk, ein eigener Staat sei daher nicht nötig. Selbst US-Präsident Joseph Biden mahnte mehrfach die Einhaltung des Kriegsrechts, d. h. die Schonung der Zivilbevölkerung Gazas, an. Spanien kritisierte Israel wegen der wahllosen Vernichtung sogar scharf. Das deutsche Papier ist vor diesem Hintergrund ein blutrünstiges imperialistisches Dokument. Die Zustimmung der anwesenden Abgeordneten der Linksfraktion zu diesem unglaublichen Bruch mit elementarer Menschlichkeit,

Abgeordneten bekundeten nur ihnen Mitgefühl, nicht den palästinensischen Opfern der Kriegswalze Israels. Zu den Ursachen des Konflikts, d. h. zum illegalen Besatzungsregime Israels – kein Wort. Die Verfasser spekulieren vielmehr, daß die Hamas-Attacke vom Iran gesteuert wurde und eine Annäherung Israels an Staaten wie Saudi-Arabien verhindern solle. Dieser Verschwörungswahn des deutschen Parlaments dient allein der Kriegsmobilisierung. Ein Feldzug gegen den Iran ist ein lang gehegter Wunsch von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, vor allem aber ist ein Regimewechsel in Teheran mindestens ein so erstrangiges Ziel des kollektiven Westens wie ein Umsturz in Moskau. Selbst die USA verkündeten aber nach dem 7. Oktober mehrfach, es gebe keinerlei Beweise für eine Mitwirkung des Iran. Der deutsche Bundestag wußte jedoch mehr als CIA und NSA. Das unmittelbare Ergebnis des palästinensischen Angriffs war eine chauvinistische Welle in Israel und die Bildung eines Notstandskabinetts unter Einbeziehung von Teilen der Opposition. Der Westen unter Führung der

USA, der durch den Ukraine-Krieg bereits zu neuer militaristischer Geschlossenheit fand, rückte noch enger zusammen und stärkte den reaktionären und faschistischen Kräften in Israel den Rücken. Die alte Erfahrung der Arbeiter- und der nationalen, antikolonialen Befreiungsbewegungen bestätigte sich: Der Griff zu Terror als Mittel des politischen Kampfes hilft dem Feind, der in diesem Fall auch ein Klassengegner ist.

Warum gerade jetzt das Aufflammen dieses Kriegsherdes? Mit dem Aufstieg der ehemals kolonisierten Länder, insbesondere Chinas, veränderte sich das Kräfteverhältnis auf der Erde. Der Imperialismus wehrt sich gegen den Abstieg oder, wie es Südafrikas Außenministerin Naledi Pandor am 15. Oktober formulierte: „Was wir in der Welt beobachten, ist ein zunehmender Rückschlag gegen die Kräfte, die kollektives Handeln, internationale Solidarität und globale Zusammenarbeit fördern wollen. Wir sehen das Wiederaufleben von Tendenzen zu rechtem Nationalismus, Unilateralismus und Populismus als einen anhaltenden Trend.“ Das war auch der Boden für die Entschließung des Bundestages – die AfD hatte kein Problem mit ihr. Auf dem Rednerpult, an dem Pandor in Johannesburg sprach, war übrigens zu lesen: „Dialoge in Richtung Sozialismus“. Sie beendete ihre Rede mit einem Aufruf Fidel Castros an alle Ausgegrenzten dieser Erde, sich zusammenzuschließen. Es ist höchste Zeit, aktiv zu werden!

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Lawrow-Rede vor UN-Sicherheitsrat	2
„Aufstand für den Frieden“ - Rede A. Schölzel	4
Interview zu Rußland (II)	7
Atomare Gefahr	9
Neue Phase im Ukraine-Konflikt	10
Von Lissabon bis Lugansk?	14
Weltordnung und Imperialismus (5)	15
Hunger als Waffe	16
Kissinger und die „Kultur des Terrors“	18
Demokratie in den USA?	19
Castro: „Die Geschichte wird mich freisprechen“.	20
Afghanistan nach zwei Jahren Taliban-Herrschaft	22
Wirtschaftswachstum?	25
BRD-Rechtsstaatlichkeit heute	27
Im Niedergang	29
Kampfloses Aufgeben der DDR	32
Bund der Freunde der Sowjetunion	33
Novemberrevolution 1918/19	34

# Eingegangene Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit und in ihrer Wechselbeziehung erfüllen!

*RF dokumentiert Auszüge aus der Rede des Außenministers der Russischen Föderation **Sergej Lawrow**, die er am 20. September zu Fragen der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats in New York hielt.*

Die bestehende internationale Ordnung wurde auf den Ruinen und der kolossalen Tragödie des Zweiten Weltkriegs erbaut. Ihre Grundlage wurde die UN-Charta, die wichtigste Quelle des modernen Völkerrechts. Vor allem dank der Vereinten Nationen konnte ein neuer Weltkrieg mit einer nuklearen Katastrophe verhindert werden.

Leider verlieh sich der „kollektive Westen“ unter Führung der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges aus eigener Willkür den Rang eines Schiedsrichters über die Schicksale der gesamten Menschheit und begann, immer öfter das Erbe der Gründerväter der UNO zu ignorieren.

Heute greift der Westen von Fall zu Fall selektiv auf gesetzliche Normen und Prinzipien zurück – ausschließlich gemäß seinen selbstsüchtigen geopolitischen Bedürfnissen. Dies führt unweigerlich zu einer Verschlechterung der globalen Stabilität, einer Verschärfung bestehender und der Entstehung neuer Quellen von Spannungen. Es wachsen auch die Risiken globaler Konflikte. Namentlich um sie zu stoppen und die Ereignisse in eine friedliche Richtung zu lenken, bestand und besteht Rußland darauf, daß alle Bestimmungen der UN-Charta respektiert und angewendet werden, nicht selektiv, sondern in ihrer Gesamtheit und Verknüpfung, einschließlich der Grundsätze der souveränen Gleichheit der Staaten und Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, Achtung der territorialen Integrität und des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung. Das Vorgehen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zeugt von einer systematischen Verletzung des Gleichgewichts der Forderungen, die in der Charta verankert sind.

Seit dem Augenblick des Zerfalls der UdSSR und der Bildung unabhängiger Staaten an ihrer Stelle haben sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten grob und offen in die inneren Angelegenheiten der Ukraine eingemischt. (...) Alle Tatsachen des „Engineering“ der Ukraine-Krise sind seit langem bekannt, aber auf jede erdenkliche Weise wird versucht, sie zu verschweigen und die gesamte Geschichte bis 2014 zu „streichen“. Daher ist das vom albanischen Vorsitz vorgeschlagene Thema des heutigen Treffens sehr passend und ermöglicht es uns, die chronologische Kette der Ereignisse wiederherzustellen, und zwar genau im Kontext des Bezugs der handelnden Hauptpersonen zur Umsetzung der Grundsätze und Ziele der UN-Charta.

Um einen proamerikanischen Kandidaten an die Macht zu bringen, genehmigte der Westen in den Jahren 2004/2005 den ersten Staatsstreich in Kiew und zwang das Verfassungsgericht der Ukraine zu einer rechtswidrigen

Entscheidung, eine dritte Wahlrunde abzuhalten, die in der Verfassung des Landes nicht vorgesehen war. Noch unzeremonieller war die Einmischung in innere Angelegenheiten im Verlauf des zweiten Maidan in den Jahren 2013 und 2014. (...)

Im Februar 2014 wurden von den Amerikanern ausgewählte Personen zu Schlüssellakteuren der blutigen Machtergreifung, die einen Tag nach der von Deutschland, Polen und Frankreich garantierten Vereinbarung zwischen dem rechtmäßig gewählten Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowitsch, und den Führern der Opposition organisiert wurde. Der Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten wurde vielfach mit Füßen getreten.

Unmittelbar nach dem Umsturz erklärten die Putschisten, daß es ihre unbedingte Priorität sei, die Rechte der russischsprachigen Bürger der Ukraine einzuschränken. Die Bewohner der Krim und des Südostens des Landes aber, die sich weigerten, sich mit den Ergebnissen der verfassungswidrigen Machtergreifung abzufinden, wurden zu Terroristen erklärt und eine Strafoperation gegen sie eingeleitet. Als Reaktion darauf hielten die Krim und der Donbass Referenden ab, ganz im Einklang mit dem Grundsatz der Gleichheit und Selbstbestimmung der Völker, wie er in Artikel 1 Absatz 2 der UN-Charta verankert ist.

Westliche Diplomaten und Politiker verschließen in bezug auf die Ukraine die Augen vor dieser wichtigsten Norm des Völkerrechts, um den gesamten Hintergrund und das Wesentliche des Geschehens auf die Unzulässigkeit der Verletzung der territorialen Integrität zu reduzieren. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie daran erinnern: In der einstimmig angenommenen UN-Erklärung zu den Grundsätzen des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten gemäß der UN-Charta aus dem Jahr 1970 heißt es, daß der Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität gilt für „Staaten, die in ihrem Handeln den Grundsatz der Gleichheit und Selbstbestimmung der Völker beachten (...) und die daher eine Regierung besitzen, welche die gesamte Bevölkerung des Gebiets (...) vertritt.“ Daß die ukrainischen Neonazis, die in Kiew die Macht ergriffen hatten, nicht die Bevölkerung der Krim und des Donbass repräsentierten, bedarf keines Beweises. Und die bedingungslose Unterstützung der Aktionen des kriminellen Kiewer Regimes durch westliche Hauptstädte ist nichts anderes als eine Verletzung des Prinzips der Selbstbestimmung nach grober Einmischung in innere Angelegenheiten.

Die Verabschiedung rassistischer Gesetze, die alles Russische verbieten – Bildung, Medien, Kultur, Zerstörung von Büchern und Denkmälern, das Verbot der Ukrainischen Orthodoxen Kirche und die Beschlagnahme ihres Eigentums –, die auf den Staatsstreich in den Jahren der Herrschaft Petro Poroschenkos und dann Wladimir Selenskis folgte, war ein eklatanter

Verstoß gegen Artikel 1 der UN-Charta über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle – ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß diese Maßnahmen im direkten Widerspruch zur Verfassung der Ukraine standen, die die Verpflichtung des Staates festlegt, die Rechte der Russen und anderer nationaler Minderheiten zu respektieren. (...)

Der Abschluß der Minsker Vereinbarungen im Februar 2015 wurde durch eine Sonderresolution des Sicherheitsrats bekräftigt – in voller Übereinstimmung mit Artikel 36 der Charta, der „alle Verfahren (...), welche die Parteien zur Beilegung der Streitigkeit bereits angenommen haben“ unterstützt. In diesem Fall – Kiew, Donezker Volksrepublik und Lugansker Volksrepublik. Im vergangenen Jahr gaben jedoch alle Unterzeichner der Minsker Vereinbarungen mit Ausnahme von Wladimir Putin (Angela Merkel, Francois Hollande und Petro Poroschenko) öffentlich und sogar mit Vergnügen zu, daß sie bei der Unterzeichnung dieses Dokuments nicht die Absicht hatten, es zu erfüllen. Sie wollten nur Zeit gewinnen, um das militärische Potential der Ukraine zu stärken und es mit Waffen gegen Rußland aufzurüsten. In all diesen Jahren haben EU und NATO die Sabotage der Minsker Vereinbarungen direkt unterstützt und das Kiewer Regime dazu gedrängt, das „Donbass-Problem“ gewaltsam zu lösen. Dies geschah unter Verstoß gegen Artikel 25 der Charta, wonach alle UN-Mitglieder verpflichtet sind, „Beschlüsse des Sicherheitsrats (...) anzunehmen und durchzuführen.“

Ich erinnere daran, daß die Staats- und Regierungschefs Rußlands, Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine im Paket der Minsker Abkommen eine Erklärung unterzeichnet haben, in der sich Berlin und Paris unter anderem dazu verpflichtet haben, bei der Wiederherstellung des Bankensystems im Donbass zu helfen. Aber sie haben keinen Finger gerührt. Sie haben lediglich zugesehen, wie Poroschenko entgegen all diesen Zusagen eine Handels-, Wirtschafts- und Transportblockade gegen den Donbass verhängte. In derselben Erklärung verpflichteten sich Berlin und Paris, zur Stärkung der trilateralen Zusammenarbeit im Rahmen des Formats EU-Rußland-Ukraine beizutragen, um Entscheidungen in der Praxis zu Rußlands Bedenken in Handelsfragen herbeizuführen und „die Schaffung eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik“ zu fördern. Auch diese Erklärung wurde vom Sicherheitsrat gebilligt und unterlag dem bereits erwähnten Artikel 25 der UN-Charta. Doch selbst diese Verpflichtung der Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs erwies sich als „leer“, das war ein weiterer Verstoß gegen die Grundsätze der Charta.

(...) Wir haben viele Jahre lang verhandelt, den Abschluß von Vereinbarungen im Bereich der europäischen Sicherheit angestrebt, die



NATO-Rußland-Grundakte gebilligt, 1999 und 2010 auf höchster Ebene die OSZE-Erklärungen zur Unteilbarkeit der Sicherheit angenommen und seit 2015 auf der bedingungslosen Umsetzung des Minsker Abkommens bestanden, das das Ergebnis der Verhandlungen war. Alles geschah in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta, die verlangt, „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können.“ Unsere westlichen Kollegen haben auch gegen diesen Grundsatz verstoßen, als sie all diese Dokumente unterzeichneten, obwohl sie im Voraus wußten, daß sie sie nicht einhalten würden.

Apropos Verhandlungen. Wir geben sie auch jetzt nicht auf. Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich bei vielen Gelegenheiten dazu geäußert, auch kürzlich. Ich möchte den verehrten US-Außenminister daran erinnern, daß Präsident Selenski ein Dekret unterzeichnet hat, das Verhandlungen mit Putins Regierung verbietet. Wenn die USA so sehr daran interessiert sind, kostet es, denke ich, keine große Mühe, „das Kommando“ zu geben, daß Selenskis Dekret aufgehoben wird.

Heute hören wir in der Rhetorik unserer Gegner nur Parolen: „Invasion, Aggression, Annexion“. Kein Wort über die Ursachen des Problems, darüber, daß sie seit vielen Jahren ein offen nazistisches Regime fördern, das den Ausgang des Zweiten Weltkriegs und die Geschichte seines eigenen Volkes offen umschreibt. Der Westen weicht einem sachlichen Gespräch aus, das auf Fakten beruht und alle Anforderungen der UN-Charta respektiert. Offenbar hat er keine Argumente für einen ehrlichen Dialog.

Es entsteht der bleibende Eindruck, daß die Vertreter des Westens Angst vor professionellen Diskussionen haben, die ihre Demagogie entlarven. Während sie die territoriale Integrität der Ukraine beschwören, schweigen die ehemaligen Kolonialmächte zu den Beschlüssen der Vereinten Nationen, wonach Paris das „französische“ Mayotte an die Union der Komoren zurückgeben und London sich aus dem Chagos-Archipel zurückziehen und mit Buenos Aires Verhandlungen über die Malwinen aufnehmen muß. Diese „Verfechter“ der territorialen Integrität der Ukraine geben nun vor, sich nicht mehr an die Bedeutung des Minsker Abkommens zu erinnern, das die Wiedervereinigung des Donbass in die Ukraine mit Garantien für die grundlegenden Menschenrechte, vor allem das Recht auf die eigene Muttersprache, vorsah. Indem der Westen die Umsetzung verhindert hat, trägt er die direkte Verantwortung für den Zerfall der Ukraine und die Anzettelung des Bürgerkriegs in der Ukraine.

Unter den anderen Grundsätzen der UN-Charta, deren Beachtung eine Krise in der Sicherheitssphäre Europas verhindern und dazu beitragen könnte, vertrauensbildende Maßnahmen auf der Grundlage eines Interessenausgleichs zu vereinbaren, möchte ich Kapitel VIII, Artikel 2 der Charta nennen. Darin ist die Notwendigkeit verankert, die Praxis der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten durch regionale Organisationen zu entwickeln.

Im Einklang mit diesem Grundsatz hat sich Rußland gemeinsam mit seinen Verbündeten stets für die Herstellung von Kontakten zwischen der OVKS und der NATO eingesetzt, um die praktische Umsetzung der oben genannten OSZE-Gipfelbeschlüsse von 1999 und 2010 über die Unteilbarkeit der Sicherheit zu erleichtern, in denen es insbesondere heißt, daß „kein Staat, keine Staatengruppe oder Organisation die Hauptverantwortung für die Wahrung von Frieden und Stabilität im OSZE-Gebiet übernehmen oder einen Teil dieses Gebiets als seinen Einflußbereich betrachten darf“.

Allen ist bekannt, daß die NATO genau das getan hat: Sie hat versucht, ihren vollen Vorteil in Europa auszubauen und nun auch im asiatisch-pazifischen Raum. Die zahlreichen Appelle der obersten Gremien der OVKS an das Nordatlantische Bündnis wurden jedoch ignoriert. (...) Hätte die NATO die Kooperationsvorschläge der OVKS nicht abgelehnt, wäre es möglich gewesen, die vielen negativen Prozesse zu vermeiden, die zur gegenwärtigen europäischen Krise geführt haben, weil sie sich jahrzehntlang geweigert haben, Rußland zuzuhören oder es betrogen haben. (...) In dem Bestreben, die Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu verhindern, privatisieren die USA und ihre Verbündeten immer unverhohlener und unverfrorener die Sekretariate internationaler Organisationen und schleichen sich in die Beschlüsse zur Schaffung untergeordneter Mechanismen ein, die zwar kein Mandat haben, aber das Recht beanspruchen, diejenigen anzuklagen, die Washington aus irgendeinem Grund nicht gefallen. (...)

Jetzt ertönen Forderungen aus Brüssel, die Zahl der EU-Mitglieder so schnell wie möglich zu erweitern, insbesondere um die Balkanländer. Aber das hauptsächliche Pathos gilt nicht Serbien oder der Türkei, die sich seit Jahrzehnten in aussichtslosen Beitrittsverhandlungen befinden, sondern der Ukraine. Josep Borrell, der beansprucht, Ideologe der europäischen Integration zu sein, hat kürzlich nicht gezögert zu sagen, daß das Kiewer Regime so schnell wie möglich in die EU aufgenommen werden sollte. Wäre der Krieg nicht gewesen, hätte es Jahre gedauert, aber so ist es möglich und notwendig, ohne irgendwelche Kriterien. Serbien, die Türkei und andere können warten. Aber Nazis nehmen sie in der EU außer der Reihe auf. Übrigens verkündete der Generalsekretär auf demselben „Gipfel für Demokratie“: „Die Demokratie ergibt sich aus der UN-Charta. Die ersten Worte der Charta – ‚Wir, die Völker‘ – spiegeln die grundlegende Quelle der Legitimität wider: die Zustimmung derer, die regiert werden.“ Es wäre nützlich, diese These mit der „Bilanz“ des Kiewer Regimes in Verbindung zu bringen, das einen Krieg gegen einen großen Teil seines eigenen Volkes entfesselt hat, gegen jene Millionen von Menschen, die nicht damit einverstanden waren, von Neonazis und Russophoben regiert zu werden, die unrechtmäßig die Macht im Land übernommen und das vom UN-Sicherheitsrat gebilligte Minsker Abkommen zu Grabe getragen haben, eben damit die territoriale Integrität der Ukraine untergrabend. (...)

Wenn wir über die Prinzipien der Charta sprechen, stellt sich die Frage nach dem

Verhältnis des Sicherheitsrates zur Generalversammlung. Das „westliche Kollektiv“ geht seit langem aggressiv mit dem Thema „Mißbrauch des Vetorechts“ hausieren und hat – durch nicht ganz korrekten Druck auf andere UN-Mitglieder – erreicht, daß nach jedem Gebrauch dieses Rechts, den der Westen zunehmend bewußt provoziert, das entsprechende Thema in der Generalversammlung behandelt werden soll. Das stellt für uns kein Problem dar. Rußlands Haltung zu allen auf der Tagesordnung stehenden Themen ist offen, wir haben nichts zu verbergen, und es fällt uns nicht schwer, diesen Standpunkt erneut zu vertreten. Im übrigen ist das Veto ein absolut legitimes Instrument, das in der Charta vorgesehen ist, um die Annahme von Beschlüssen zu verhindern, die das Risiko einer Spaltung der Organisation mit sich bringen würden. Aber wenn das Verfahren zur Erörterung von Vetofällen in der Generalversammlung angewendet wird, warum nicht auch über die Resolutionen des Sicherheitsrates nachdenken, die nicht beachtet wurden, die angenommen wurden, darunter viele vor vielen Jahren, aber trotz der Bestimmungen von Artikel 25 der Charta immer noch nicht umgesetzt werden? Warum sollte sich die Generalversammlung nicht mit den Gründen für diesen Zustand befassen? Zum Beispiel mit den Resolutionen des Sicherheitsrates zu Palästina und einer ganzen Reihe von Themen Nordafrikas und des Nahen Ostens, zum iranischen Atomabkommen, sowie mit der Resolution 2202, mit der das Minsker Abkommen zur Ukraine gebilligt wurde?

Auch die Frage der Sanktionen bedarf der Aufmerksamkeit. Es ist zur Regel geworden, daß der Sicherheitsrat nach langwierigen Verhandlungen unter strikter Einhaltung der Charta Sanktionen gegen ein bestimmtes Land beschließt und daß die USA und ihre Verbündeten dann „zusätzliche“ einseitige Beschränkungen gegen denselben Staat verhängen, die nicht vom Sicherheitsrat gebilligt wurden und nicht in seiner Resolution im Rahmen des vereinbarten „Pakets“ enthalten sind. Ein weiteres eklatantes Beispiel in der gleichen Reihe ist die soeben von Berlin, Paris und London durch ihre nationalen Rechtsnormen verabschiedete Entscheidung, die im Oktober auslaufenden Restriktionen gegen den Iran zu „verlängern“, die gemäß der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats rechtlich beendet werden müssen. Mit anderen Worten: Die europäischen Länder und Großbritannien erklären, daß der Beschluß des Sicherheitsrates abgelaufen ist, aber das interessiert sie nicht, denn sie haben ihre eigenen „Regeln“. (...)

Um so dringlicher ist die Überlegung, daß nach der Verabschiedung einer Sanktionsresolution durch den Rat keines der UN-Mitglieder das Recht hat, diese zu entwerfen, indem es seine eigenen unrechtmäßigen Beschränkungen gegen dasselbe Land verhängt. (...) Es geht heute nicht darum, sich einer „regelbasierten Weltordnung“ zu unterwerfen, sondern darum, die bei der Unterzeichnung und Ratifizierung der Charta eingegangenen Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit und in ihrer Wechselbeziehung zu erfüllen.

Übersetzung aus dem Russischen: Arnold Schölzel

# Aufstand für den Frieden

*Auf der Alternativen Einheitsfeier des OKV am 3. Oktober in Berlin hielt der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Arnold Schölzel eine Rede, die wir hiermit abdrucken.*

Auf die Frage, was die Teilnehmer der ersten Diskussionsrunde des diesjährigen Waldai-Forums in Sotschi für die wichtigsten globalen Probleme halten, antwortete die Mehrheit: die Gefahr eines Atomkrieges. Sicher sind, hieß es, Klima, Wasser und Nahrung, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in vielen Ländern des globalen Südens drängende Fragen, aber hingewiesen wurde auf die akuten 21 Kriege, die gegenwärtig stattfinden – in der Ukraine, in Afrika, im Jemen. Sie kosten täglich Tausende Menschenleben. Unter den Folgen von Kriegen, die zum größten Teil von westlichen Staaten angezettelt wurden, leidet die Bevölkerung in vielen Staaten – von Afghanistan über den Irak bis hin nach Libyen und Westafrika. Der Gast aus der VR China wies auf die Ausdehnung der NATO in den Pazifik hin, diesen Pakt als „Verteidigungsbündnis“ zu bezeichnen, sei „ein Witz“.

Wir, die in der DDR gelebt und gearbeitet haben, wissen das. Wir wußten es, als Michail Gorbatschow im Sommer 1990 zuerst mit dem damaligen US-Präsidenten George Bush senior und dann mit Helmut Kohl ausmachte, daß das gesamte Deutschland Mitglied der NATO sein werde. Gorbatschow wußte es angeblich nicht, er folgte den Versicherungen, die NATO werde „keinen Zoll“ nach Osten rücken, wie es US-Außenminister James Baker gesagt haben soll. Moskau verzichtete auf seine bis dahin erhobene Forderung nach Blockfreiheit Deutschlands.

Wir wußten aber nicht, daß der „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten, der am 12. September vor 33 Jahren in Moskau unterzeichnet wurde, das Papier nicht wert war, auf das er geschrieben wurde. Wir hätten es ahnen sollen. Mißtrauisch hätte schon damals stimmen sollen, daß sich der Pakt nach der Auflösung des Warschauer Vertrages nicht ebenfalls auflöste.

Einer Täuschung gleich kam auch die Behauptung, der angestrebte Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges werde an die Stelle eines Friedensvertrages treten und Deutschland zu Frieden verpflichten.

Inzwischen räumen auch staatsfromme Historiker ein, daß es bei der Vermeidung des Begriffs „Friedensvertrag“ ausschließlich darum ging, Reparationsforderungen aus den Reihen der 65 Staaten, die gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg gestanden hatten, zu vermeiden. Das betraf schon 1990 insbesondere Griechenland.

Entscheidend war jedoch die Bestimmung in Artikel 2 des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ – „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“

Dies wurde noch während des Ratifikationsprozesses von Bonn mit Füßen getreten. Die sowjetische Ratifikationsurkunde wurde am 15. März in Bonn hinterlegt, womit der Vertrag in Kraft trat.

Zu dem Zeitpunkt beteiligte sich die Bundesregierung bereits am Angriffskrieg gegen den Irak, den die USA und ihre Verbündeten mit faustdicken Lügen („Iraker reißen Babys aus Brutkästen in Kuwait“) am 17. Januar entfesselt hatten. Am 18. März 1991 landete schließlich Finanzminister Theo Waigel in Washington und überreichte mit triumphaler Geste einen Scheck in Höhe von 16,9 Milliarden DM, die geschätzt 15 bis 20 Prozent der Kosten von „Desert Storm“ deckten.

Von deutschem Boden ging wenige Monate nach dem Ende der DDR wieder Krieg aus.

Die Beteiligung am jetzigen Krieg gegen Rußland ist das vorläufige Ende einer Kette, die damals begann: Jugoslawien, Afghanistan, erneut im Irak, Mali und die systematische Afrüstung der Ukraine sind einige Glieder dieser Kette. Es begann mit Lügen und Vertragsbruch – ein Ende ist nicht absehbar. Am 3. Oktober feierte dieses Land seine Kriege, die nur durch den Anschluß der DDR möglich wurden. „Zeitenwende“ bedeutet eine Steigerung: Krieg gegen Rußland, Teilnahme an der Vorbereitung des Krieges gegen China und Kampf um eine Weltordnung, die vom Westen dominiert wird. Das ist folgerichtig. Die Ziele, die für die Gründung der BRD maßgebend waren, sind auch heute unter völlig veränderten Bedingungen gültig: Revanche für die Niederlage des deutschen Imperialismus von 1945 unter dem Dach der USA, die noch nie einen Staat, der ebenbürtig werden könnte, akzeptiert haben. Die ersten Pläne für den neuen Feldzug Richtung Osten entwarfen die Westmächte, wie wir heute wissen, mit der „Operation Unthinkable“ – einem Krieg mit Wehrmacht und SS gegen die Sowjetunion – bereits im Mai 1945. Adolf Heusinger, der für Hitler den „Fall Barbarossa“, den Überfall auf die Sowjetunion, führend entworfen hatte, war unmittelbar nach Kriegsende für die USA, dann als erster Generalinspekteur für die Bundeswehr und schließlich sogar als Chef des NATO-Militärausschusses tätig. Als beim jüngsten NATO-Gipfel in Vilnius die auf Tausenden Seiten festgehaltenen detaillierten Angriffspläne gegen Rußland verabschiedet wurden, dürften die alten Ausarbeitungen immer noch als Vorlage gedient haben. Die Geographie hat sich nicht geändert, nur sind Moskau und St. Petersburg nach der Ostexpansion der NATO faktisch Grenzstädte.

Nach diesen Detailplänen soll im kommenden Frühjahr das größte NATO-Manöver seit 1990 stattfinden – mit 40 000 Soldaten, drei Flugzeugträgergruppen aus den USA und einem militärischen NATO-Hauptquartier, das sich nun laut FAZ vom 17. September als „kriegsführend“, nicht mehr nur planend, versteht. In einem seltenen lichten Moment hat der Gründer und Herausgeber des „Spiegels“, Rudolf Augstein, das Wesen des westdeutschen Staates und seinen Auftrag 1961 in einem Sonderheft der Zeitschrift „Magnum“ unter

der Überschrift „Waffen statt Politik“ klar formuliert: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue deutsche Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen.“ So sei „militärischer Druck die Quintessenz bundesrepublikanischer Staatsräson“ geworden.

Dem läßt sich 62 Jahre danach hinzufügen: An dieser Absicht hat sich nichts geändert. Auch nichts daran, daß aus Sicht der USA die Bundesrepublik auch das geeignete Schlachtfeld für einen Atomkrieg ist. Der Unterschied ist: Das Hindernis DDR, das Hindernis Sowjetunion und die sozialistischen Staaten Europas gibt es nicht mehr.

Aber wir sind Zeugen von Veränderungen im Kräfteverhältnis auf der Welt, die letztlich die etablierte imperialistische Dominanz gefährden und damit auch den deutschen Imperialismus tangieren. Die Beschreibung dieser Vorgänge ist diffus und vage, die Rede ist von „Multilateralismus“, „Multipolarität“ oder „Polyzentrismus“. Das sind keine marxistischen Kategorien, sondern wie Olaf Scholz in der UN-Vollversammlung erklärte – „Zustandsbeschreibungen“. Er ließ dort durchblicken, was ihn an den Begriffen nicht befriedigt: Hinter „Multipolarität“ zum Beispiel könnten sich ja neue Abhängigkeiten verbergen, die Behandlung einzelner Länder als „Hinterhof“. Gemeint waren selbstverständlich China und Rußland. Eine andere Welt kennt ein Imperialist nicht. Wir können nicht absehen, was die genannten Änderungen bewirken, ob mit ihnen und mit Unterstützung der Völker die Weltkriegsgefahr gebannt werden kann. Der Imperialismus, allen voran die USA, reagiert mit äußerster Aggressivität. Aber daß ein neuer historischer Einschnitt sich abzeichnet, darin stimmen außerhalb des kollektiven Westens die meisten Beobachter überein. In der Bundesrepublik tut man so, als ob nichts Gravierendes in der Welt geschehe. Insbesondere die Medien und die regierenden Politiker hier und im Westen insgesamt behandeln die Zusammenkünfte solcher Organisationen wie BRICS, CELAC oder G77, die kürzlich in Havanna tagten, mit Herablassung oder Ignoranz. Über die kühle Ablehnung einer gemeinsamen Erklärung beim EU-CELAC-Gipfel im Juli in Brüssel wird nicht einmal berichtet, auch nicht, daß Nicaragua verhinderte, daß Selenski eingeflogen wurde. Ich glaube, der Westen unterliegt einer dramatischen Fehlwahrnehmung.

Ein Zitat mag illustrieren, was ich mit neuem historischem Einschnitt meine: Es handelt sich um eine Passage aus dem Report des bereits erwähnten Waldai-Forums. Dort heißt es: „Die Zahl der bedeutenden Akteure in den internationalen Beziehungen ist so groß wie seit langem nicht mehr, wenn überhaupt. Die Welt hat sich lange an die starren hierarchischen Konstrukte gewöhnt, die das internationale System definierten. In den letzten 200 Jahren ist die Hierarchie immer weniger kompliziert geworden. Vom Konzert Europas im 19. Jahrhundert zu den gegensätzlichen



„Achsen“ der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und von der starren Bipolarität des Kalten Krieges zum „unipolaren Moment“, der nach dessen Ende ausgerufen wurde. Letzteres war die Krönung. In gewissem Sinne war das 1989 verkündete ‚Ende der Geschichte‘ tatsächlich ein letzter Meilenstein. Nicht das Ende der Geschichte selbst, sondern das Ende einer bestimmten und recht langen Phase, die eine Ära der Hierarchien war. Wenn diese Annahme richtig ist, dann geht eine Ära zu Ende, die in den internationalen Beziehungen seit 500 Jahren andauert. Das ‚Ende der Geschichte‘ bedeutete in gewissem Sinne auch das Ende der Hierarchie.“

Das halte ich angesichts der Kräfteverhältnisse für voreilig und falsch: Solange Klassen existieren, ist keine andere Ordnung denkbar als die Durchsetzung der Interessen herrschender Klassen mit den entsprechenden Mitteln, also letztlich Zwang und Gewalt. Die soziale Ungleichheit hat nicht nur in den imperialistischen Ländern ein Maß erreicht, das mehr und mehr Unzufriedenheit hervorruft. Für die Welt besagt die Statistik: Ein Prozent aller Menschen besitzen 46 Prozent, 10 Prozent etwa 82 Prozent. Das bedeutet in der Realität: Mehr als 700 Millionen Hungern, Elend, Armut, kein Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung.

Wir sehen: Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, auch nur eines der Menschheitsprobleme zu lösen.

Die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis sind vor allem einem geschuldet: dem historisch einmaligen Aufstieg Chinas zur Weltmacht innerhalb von gut 40 Jahren. Nach einigen Berechnungen hat die Volksrepublik die USA sogar schon in der Wirtschaftsleistung überholt, kaufkraftbereinigt. Der Imperialismus und vor allem die USA haben die Volksrepublik deswegen zum Hauptfeind erklärt. Die USA verhängen Embargos für Spitzentechnologie, die Bundesrepublik, die sich zum ersten Mal jetzt eine China-Strategie gab, agiert etwas vorsichtiger und fährt eine Art Doppelstrategie: Einerseits die Kontakte und Wirtschaftsbeziehungen aufrechterhalten – BASF baut in China ein zweites Ludwigshafen für rund 10 Milliarden Euro – und gleichzeitig das Land als „die größte Bedrohung in Bezug auf Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage sowie ausländische Direktinvestitionen in Deutschland“ diffamieren.

China wirkt – in jeder Hinsicht. Ob bei der Suche nach Frieden in der Ukraine, ob bei der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Iran und Saudi-Arabien und dem damit hoffentlich verbundenen Frieden auf der arabischen Halbinsel, bei der Initiative zur Konsolidierung und Vergrößerung der BRICS-Staaten oder der „Neue Seidenstraße“-Initiative. Während die USA und ihre Verbündeten insbesondere im Indo-Pazifik eine Vielzahl von „Mikro-Bündnissen“ schaffen, wie Sergej Lawrow vor der UN-Vollversammlung sagte, schafft China ein Netzwerk von Staaten mit sehr unterschiedlichem ökonomischem Gewicht, zum Teil gegensätzlichen Interessen, die aber an einem nicht interessiert sind: an der Diktatur des Westens und schon gar nicht an einem großen Krieg. Neben der

Aufrüstung der chinesischen Marine bis zur ersten Abwehrlinie im Pazifik, der Inselkette von Japan bis zu den Philippinen, ist ein weltweites Netzwerk Chinas entstanden, das sich politisch und ökonomisch vom Westen löst. In Afrika und Lateinamerika hat man nicht vergessen, wer dort koloniale Unterdrückung und Ausbeutung jahrhundertlang organisiert, wer das südafrikanische Apartheidregime bis 1990 unterstützt hat – bis hin zum Bau einer Atombombe.

Im vielleicht bisher wichtigsten außenpolitischen Dokument dieses Jahres haben die Russische Föderation und die Volksrepublik China am 21. März während des mehrtägigen Staatsbesuch Xi Jin Pings in Moskau dieses Jahres ihre Sicht auf die Weltlage und die gemeinsamen Interessen dargelegt. Es war Grundlage auch anderer Dokumente. In der gemeinsamen Erklärung über „die Vertiefung der umfassenden Partnerschaft und die strategische Zusammenarbeit beim Eintritt in eine neue Epoche“ heißt es, daß beide Seiten die raschen Veränderungen in der internationalen Architektur zur Kenntnis nehmen sowie die „Unumkehrbarkeit solcher historischer Trends wie Frieden, Entwicklung, Zusammenarbeit und Win-Win-Situation, die Beschleunigung des Prozesses zur Schaffung einer multipolaren Weltordnung“. Gleichzeitig seien „Hegemonismus, Unilateralismus und Protektionismus nach wie vor weit verbreitet“. Beide Staaten bekennen sich zur UN-Charta und verweisen auf die Feststellung der fünf im UN-Sicherheitsrat vertretenen Atomkräfte vom Beginn vergangenen Jahres, daß ein Atomkrieg nicht geführt werden darf und von niemandem gewonnen werden kann. Vor solchem Hintergrund, zu dem auch die Erklärung des BRICS-Gipfels und anderer internationaler Treffen hinzugefügt werden können, nimmt sich das, was führende deutsche Politik zur Weltlage zu sagen haben, wie eine Mischung aus Größenwahn und lächerlichem Mittelmaß aus. Es wirkt, als seien sie nicht nur von der Realität hierzulande, sondern auch von der Welt abgekoppelt. Da reist der Kanzler Anfang Mai nach Afrika, um endlich eine Verurteilung Rußlands zu erhalten, und erhält nur Absagen. In Addis Abeba verzichtete man gleich auf eine Pressekonferenz. Da werden Minister auf die Philippinen, nach Indien, Brasilien und in andere Länder geschickt, um Pflegefachkräfte anzuwerben. Sie erfahren: „In dieses Deutschland wollen wir nicht.“ Die gesetzlich verankerte Fremdenfeindlichkeit spricht sich nämlich herum. Die AfD, eine Zuspriechung gewinnende Partei für Faschisten (ich spreche nicht von einer faschistischen Partei) ist auch woanders bekannt, die absteigende Wirtschaftsleistung und ein Bildungswesen, dem selbst vom Sprachrohr des Großkapitals, der FAZ, „völliges Versagen“ bescheinigt wird. Bürgerliche Ökonomen halten fest: In den vergangenen 30 Jahren betrug das sogenannte Potentialwachstum in der Bundesrepublik 1,4 Prozent und man war froh, wenn man es erreichte. Das „Handelsblatt“ veröffentlichte nun: Es ist auf 0,4 Prozent abgesunken. Wohl gemerkt: Nur das Potential, nicht die reale Leistung. 33 Jahre nach dem DDR-Anschluß werden Stagnation und Niedergang beherrschend. Krieg ist für Kapitalismus stets ein Ausweg aus der Krise gewesen.

Zum Schluss ein, wie ich finde, erfreulicher Ausblick. Vor einem Jahr hat Wladimir Putin im Waldai-Klub Stellung zum Charakter der Epoche, in der wir leben, genommen. Er erklärte dort, daß vor uns das wahrscheinlich „gefährlichste, am wenigsten vorhersehbar und gleichzeitig wichtigste Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“ liege.

Der Westen sei unfähig, die Menschheit zu leiten, obwohl er es verzweifelt versuche, aber die Mehrheit der Völker wolle diese Vorherrschaft nicht mehr hinnehmen. Ich setze hinzu: Sie wissen, von wem die Weltkriegsgefahr ausgeht und von wem nicht. Wörtlich sagte Putin unter Bezug auf Lenin, über den er ja in den vergangenen Jahren jede Menge Unsinn erzählt hat, zur Bestimmung einer revolutionären Situation: „Das ist der Hauptwiderspruch unserer Epoche.“

Wie der Klassiker Lenin sagte: „Die Situation ist in gewissem Maße eine revolutionäre. Die Oberen können und die Unteren wollen nicht mehr so leben wie bisher.“

Wenn das zutrifft, und es trifft nach meiner Meinung zu, dann hat die Menschheit, dann haben wir im Friedenskampf eine große Chance.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist an einem Punkt, an dem die reale Möglichkeit besteht, das „kolumbianische Zeitalter“, wie es der verstorbene Philosoph Domenico Losurdo schon 2011 nannte, zu beenden, d. h. eine Weltordnung hinter uns zu lassen, die von Kapitalismus und damit von Kolonialismus, Neokolonialismus und dem Diktat stärkerer Staaten gegenüber abhängigen faktisch mehr als 500 Jahre geprägt war. Es geht nicht unmittelbar um die sozialistische Weltrevolution, sondern darum, daß, wie Losurdo formulierte, „die Sache des Friedens nicht von der Sache der Demokratisierung der internationalen Beziehungen zu trennen ist“. Die abhängigen und unterdrückten Nationen können sich zum ersten Mal Gehör, Respekt und ökonomisch faire Behandlung erkämpfen. Das ist der historische Einschnitt, dessen Zeugen wir sind.



**„RotFuchs“ abonnieren  
einfach gemacht**

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30**

**Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

oder die formlose Bestellung  
per E-Mail:

[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)

Bundesweite Demo am 25.11.2023 in Berlin

# Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

**Der Bundesausschuß Friedensratschlag Kassel erklärt:**

**Es ist an der Zeit:**

**Bundesweiter Protest gegen Krieg und sozialen Niedergang**

In der Woche vom 27.11. bis 30.11. verabschiedet der Bundestag den Haushalt 2024, den man nur noch als Kriegsetat bezeichnen kann. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen und jeder fünfte Euro für das Militär ausgegeben. Das ist ein Kriegs- und Krisenhaushalt mit Umverteilung von unten nach oben sowie der Ausdruck einer von der Ampel unter Mithilfe der Mehrheit der Opposition durchgedrückten gesellschaftlichen Neuorientierung auf Krieg und autoritäre Krisenbewältigung. Die Folge der völlig verfehlten Regierungspolitik sind die Gefahr der Deindustrialisierung und Demokratieabbau.

In dieser politischen Situation gehört Mut dazu, zum eigenständigen Handeln aufzurufen. Wir haben ihn und wollen den Protest bundesweit auf die Straße tragen. „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten“ ist unsere Antwort auf die Kriegspolitik der Bundesregierung und die asozialen Konsequenzen deutscher Kriegsbeteiligung sowie die Unterstützung einer uns selbst schädigenden Sanktionspolitik.

Der Aufruf ist ein Bündisaufruf von Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozialen Organisationen und Initiativen, die bei aller Unterschiedlichkeit, ja sogar bei gegensätzlichen Positionen in den zentralen Forderungen übereinstimmen:

- Der Krieg in der Ukraine, und nun auch in Nahost, muß – wie alle Kriege auf der Welt – beendet werden. Deshalb fordern wir einen Waffenstillstand und Verhandlungen als zentrale Forderung, damit das Töten und Morden sowie die tägliche Zerstörung beendet werden. Wir unterstützen alle Initiativen für Verhandlungen, besonders die des Globalen Südens und der BRICS-Staaten, und fordern die Bundesregierung auf, endlich eigenständige diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges einzubringen.
- Den zutiefst unsozialen und die Zukunft des Landes zerstörenden Sozialabbau lehnen wir ab. Im Aufruf benennen wir die Konsequenzen: „Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.“

Unverzichtbar für eine Alternative zur Konfrontation, die immer auch die Gefahr des nuklearen Holocaust beinhaltet, ist die „Politik der gemeinsamen Sicherheit“. Sicherheit ist immer nur miteinander und nie gegeneinander möglich. Dieser Gedanke der internationalen Kooperation und Solidarität soll unsere Demonstration des Friedens durchziehen.

Wir wenden uns mit dieser bundesweiten Demonstration an alle Menschen, die mittun wollen, aus der Sackgasse von Konfrontation und Krieg herauszukommen. Laßt uns in der jetzigen Situation, in der die Welt zunehmend aus allen Fugen gerät, aufeinander zugehen, Barrieren überwinden und für Versöhnung werben.

Laßt uns alte Streitigkeiten, Differenzen, unterschiedliche Einschätzungen zurückstellen, um in dieser Situation größter Gefahr für den Weltfrieden gemeinsam zu handeln. Wir wollen die Friedensbewegung stärken und viele unterschiedliche Kräfte zum gemeinsamen Handeln ermutigen.

Wir wollen mit der Demonstration einen Anstoß geben, daß mehr Menschen sich für ihre Interessen, für den Frieden aktiv einsetzen

*„Ukraine Initiative – die Waffen nieder“: Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Claudia Haydt, Rita-Sybille Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Hanna Rothe, Peter Wahl*

## Rüstung durch Sozialabbau

Die Auseinandersetzungen über Sozialkürzungen zu Gunsten von Militärausgaben und 2-%-Ziel sind eröffnet.

Gleichzeitig mit dem Haushaltsentwurf wurde die Finanzplanung bis 2027 vorgelegt, laut der zwischen 2024 und 2027 Mehrausgaben gegenüber der vorherigen Version von rund 7,3 Mrd. Euro vorgesehen sind. Konkret wurden nun für 2025 und 2026 jeweils 52 Mrd. Euro (statt wie bisher 50,1 Mrd. Euro) angesetzt und für das Jahr 2027 sind nun 51,9 Mrd. Euro vorgesehen. Hinzu kommen 2027 noch Ausgaben nach NATO-Kriterien, die von der Bundeswehr-Universität auf rund 8 Mrd. Euro geschätzt werden, wodurch – nach jetzigem Planungsstand, wohlgermerkt – in diesem Jahr insgesamt rund 60 Mrd. Euro zusammenkommen würden. Da das Sondervermögen der Bundeswehr spätestens 2026 verplant sein muß, ergibt sich eine riesige Lücke zu den Militärausgaben von 2 % des BIP, die laut Bundesregierung auch danach ausgegeben werden sollen – nach den aktuellsten IWF-Schätzungen wären das 2027 rund 95 Mrd. Euro. Sehenden Auges wird hier also

auf eine Situation zumarschiert, in der entweder vollmundig gemachte Zusagen wieder einkassiert werden oder von einem Jahr auf das andere eine Erhöhung der offiziellen Militärausgaben um bis zu 35 Mrd. Euro erfolgen müßte. Interessierten Kreisen ist das schon lange klar und sie begannen frühzeitig damit, den Stimmungsteppich für die anstehenden Debatten auszubreiten. Schon im August letzten Jahres forderte etwa das Institut der deutschen Wirtschaft eine „Verstetigung“ der Zeitenwende nach 2026 mittels dauerhafter Militärausgaben von mindestens 2 % des BIP durch ein um „gut 60 Prozent vergrößertes reguläres Verteidigungsbudget.“

(...) Mit beeindruckender Deutlichkeit offenbart ein Beitrag in der Europäischen „Sicherheit & Technik“, Deutschlands führendem militär- und rüstungsnahen Magazin, die Konsequenzen, die sich hieraus ergeben: Es bedürfe einer „grundlegenden gesellschaftlichen Debatte über die nationalen Prioritäten“, gibt dort Redakteur Ole Henckel zum Besten. Am Ende stehe man aber vor einer simplen

Wahl: „Entweder die Kürzung sozialer Leistungen oder das Scheitern der Zeitenwende für die Bundeswehr.“ Weiter heißt es in dem Artikel: „30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. (...) Der entscheidende Punkt (...) wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzen [sic!] muß. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.“

**Jürgen Wagner**

*Auszug aus dem Beitrag „Zeitenwende heißt Sozialabbau!“, IMI-Studie 2023/2*



# Was Du schon immer über Rußland wissen wolltest – und wissen solltest (Teil 2 und Schluß)

*Auszüge eines Interviews, das Felix Abt von der Plattform easternangle.com mit dem Schweizer Anwalt Peter Häseler am 1.9.23 geführt hat.*

*Westliche Politiker und Medien dämonisieren Präsident Putin völlig. Die „Informationen“ über ihn sind geradezu karikaturhaft lächerlich. Erzählen Sie uns mehr über den wahren Wladimir Putin und was die russischen Bürgerinnen und Bürger über ihn denken.*

## Respekt

Das russische Volk respektiert Präsident Putin für das, was er erreicht hat. (...) Stolz ist in Rußland nicht zu unterschätzen. Dabei geht es nicht nur um den wirtschaftlichen Erfolg für den einfachen Mann. Die Russen sind stolz auf ihr Land und ihre großartige Kultur und wollen, daß ihr Mutterland international respektiert wird. Auch im Hinblick auf dieses sehr wichtige Thema hat Präsident Putin geliefert.

## Russen sind Skeptiker

Um die Haltung des russischen Volkes zu verstehen, muß man sich einer sehr wichtigen Geisteshaltung der Russen bewußt sein: Sie sind Skeptiker. Die Russen unterscheiden sich in ihrer Mentalität stark von z.B. den Amerikanern, die (naiv) davon überzeugt sind, daß ihr Land das großartigste der Welt ist, daß sie die Klügsten sind und ihr Präsident ein Superheld ist.

Folglich lieben die Russen ihr Mutterland mit Patriotismus und nicht mit Nationalismus und sie respektieren ihren Präsidenten, aber Liebe wäre das falsche Wort. Die große Mehrheit glaubt, daß Putin im Interesse Rußlands handelt und Ergebnisse erzielt – das ist der Grund, warum er respektiert wird. Vergleichen Sie einfach: Handelt z.B. die aktuelle deutsche Regierung im Interesse Deutschlands und bringt sie Ergebnisse für ihr Volk? Man muß kein Raketenwissenschaftler sein, um herauszufinden, warum Präsident Putin eine so hohe Zustimmungsrage hat und die deutsche Regierung nicht. (...)

## Der Westen wünscht sich Marionetten als russischen Präsidenten

Der Westen präsentiert z.B. Herrn Chodorowski, der in Rußland wegen Steuerbetrugs im Gefängnis saß, einen ehemaligen Oligarchen, der – nach Meinung der russischen Bevölkerung – in den 90er Jahren in Rußland Milliarden gestohlen hat, als er sein riesiges Ölimperium aufbaute.

Im Zuge seiner Expansion verschwanden Dutzende von Konkurrenten schlichtweg. Chodorowski ist in den Augen des russischen Volkes nichts anderes als eine Marionette der CIA und aufgrund seiner aktuellen Äußerungen gegen Rußland ein Verräter. Bei einer Wahl hätte er keine Chance. Nawalny ist ein weiterer Traumkandidat für den Westen. Er sitzt derzeit wegen Veruntreuung in Rußland im Gefängnis und die

meisten Russen sind froh, daß er dort sitzt und wissen auch, daß er ein Zuträger der CIA ist. Auch er hätte keine Chance. (...)

*Westliche Politiker und Medien behaupten oft, Rußland sei eine ernsthafte „Bedrohung“, weil es in europäische Länder eindringen wolle. Was ist Ihre Antwort darauf?*

## Der Westen hat Rußland angegriffen

In den letzten 200 Jahren wurde Rußland dreimal aus dem Westen angegriffen: 1812 von Napoleon, der es bis nach Moskau schaffte, sich aber zurückziehen mußte und den Großteil seiner Armee und seine Krone verlor. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, 1914 und 1941, griffen die Deutschen Rußland zweimal innerhalb weniger Jahrzehnte an. Im Ersten Weltkrieg verloren die Russen über vier Millionen Menschen, aber es sollte noch schlimmer kommen: Die von General Halder vor dem deutschen Angriff im Juni 1942 verordnete nazistische Politik setzte die Brutalität auf ein neues Niveau.

## Die Nazis versuchten, die Russen auszurotten

Einige kennen vielleicht den sogenannten Kommissar-Befehl, mit dem die deutschen Truppen den Befehl erhielten, jeden politischen Kommissar in Rußland vor Ort zu erschießen. Doch das ist nur ein Bruchteil der Wahrheit. Das Team von Halder wies jeden Truppenkommandanten an, Rußland und die russische Zivilbevölkerung zu vernichten, und erklärte ausdrücklich, daß alles, was die Soldaten tun würden, legal, d.h. unter keinen Umständen strafbar sei.

Die meisten Menschen im Westen können sich nicht ausmalen, was während des Zweiten Weltkriegs in Rußland geschah: Die Menschen wurden abgeschlachtet, vergewaltigt, gehängt – alte Männer, Kinder, Mütter. Es läßt sich nicht beschreiben und man erfährt es nur, wenn man mit Menschen in Rußland spricht, die es mit eigenen Augen gesehen haben. Das Ergebnis waren rund 30 Millionen tote Russen – mehr als die Hälfte von ihnen waren Zivilisten. Angesichts dieses Abschlachtens, das 2,5 Mal mehr zivile Opfer kostete als der Holocaust, ist es auf einem schlechthin inakzeptablen Niveau zynisch, wenn der Westen die Sicherheitsbedenken Rußlands nicht ernstnimmt und - nimmt.

## Die Amerikaner beschützten Halder

Alle ehemaligen Aggressoren sind heute Mitglieder der NATO.

Was haben die Amerikaner mit General Halder gemacht – ihn gehängt? Ganz im Gegenteil. Es war Halder, den die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg anstellten, um die Geschichte des Krieges in Rußland zu verfassen, und er war es, der die deutsche Wehrmacht weißwusch, indem er behauptete, daß nur SS-Truppen Gräueltaten begangen hätten,

obwohl die Fakten das Gegenteil beweisen. (...)

*Auch wenn ukrainische Nationalisten es heute leugnen, sind Russen und Ukrainer – die beide zu den Ostslawen gezählt werden – historisch und geografisch seit langem ein Volk mit weniger Unterschieden als Gemeinsamkeiten. Vor mehr als tausend Jahren war Kiew, die heutige Hauptstadt der Ukraine, der Verwaltungssitz der Kiewer Rus, des ersten slawischen Staates und Vorläufers der Ukraine und Rußlands. Zu dieser Zeit begann die gemeinsame Geschichte der beiden Länder. Was können Sie uns darüber erzählen?*

## Die Ukraine gehörte lange Zeit zu Rußland

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs gehörte das heutige Gebiet der Ukraine über 250 Jahre lang zum zaristischen Rußland und zu Österreich.

Ein Teil Rußlands wurde es durch freiwilligen Anschluß und nicht durch russische Gewalt, als die Hejtmen der Ukraine den Schutz des russischen Zaren suchten und ihm im Gegenzug ewige Treue schworen.

## Keine eigenständige ukrainische Kultur

Im Grunde gab es keine eigene ukrainische Kultur, sondern nur Bräuche und regionale Traditionen. Selbst eine Schriftsprache gab es nur in Ansätzen. Jeder Intellektuelle, der etwas auf sich hielt und auf dem Gebiet der heutigen Ukraine lebte, schrieb auf Russisch. Es gab keinen anderen Weg, denn das Ukrainische bot nur begrenzte sprachliche Möglichkeiten (für viele Begriffe gab es keine ukrainischen Entsprechungen), so daß viele russische Wörter wie selbstverständlich ihren Weg ins Ukrainische fanden, z.B. viele Namen von Tieren, die nicht auf dem Gebiet der Ukraine leben.

In anderen slawischen Ländern, vor allem in denen der österreichisch-ungarischen Monarchie im 19. Jahrhundert, gab es jedoch eine panslawische Bewegung, die nach Westen suchte, um zumindest eine rudimentäre nationale Unabhängigkeit im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu erreichen. Aber auch diese Bewegung ging praktisch spurlos an der Ukraine vorbei.

## Die Ukraine wurde als eigenständiger Staat nach dem Ersten Weltkrieg geschaffen

Politisch wurde die Ukraine gegen Ende des 1. Weltkriegs von Deutschland und Österreich ins Leben gerufen.

Lenin wurde 1917 von Deutschland aus der Schweiz über Deutschland, Schweden und Finnland nach Rußland gelassen – in einem Sonderzug und ausgestattet mit enormen deutschen Finanzmitteln in Form von Gold –, um einen Waffenstillstand mit Deutschland zu erreichen, damit Deutschland seine Truppen an die Westfront bringen konnte: der Frieden von Brest-Litowsk.

## Der Frieden von Brest-Litowsk

Im Rahmen dieses Friedensvertrags mußte Rußland enorme territoriale Zugeständnisse machen, woraufhin eine ukrainische Republik unter deutscher Kontrolle ausgerufen wurde. Mit dem Vertrag verfolgten die Deutschen die folgenden Ziele: (1) Rußland aus dem Krieg herauszuhalten, damit Deutschland endlich einen Sieg über Frankreich im Westen erringen konnte, (2) den Hunger in Deutschland zu bekämpfen, indem sie Zugriff auf die ukrainische Kornkammer erhielten.

Es sollte nicht so kommen, wie Deutschland es wollte.



Peter Hänseler

## Versailles

Versailles schuf neue Grenzen und neue Staaten. Die Grenzen wurden ausschließlich von England und Frankreich gezogen. Die USA nickten alles ab.

Unter Versailles wurden Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien, Österreich, die baltischen Staaten usw. geschaffen. Polen führte vom ersten Tag seines Bestehens an Krieg gegen den Osten, denn es wollte das alte polnisch-litauische Reich aus dem 17. Jahrhundert wieder herstellen. Deshalb besetzte es gegen alle ethnischen

Realitäten große Teile des neuen Litauens, Weißrußlands und der Ukraine. Die Ukrainer widersetzten sich der polnischen Besatzung. Das ist wichtig, denn dieser ukrainische Widerstand war der Ursprung der heutigen ukrainischen nationalistischen Bewegung. Der polnisch-russische Krieg dauerte bis 1922.

## 1922 – Die Ukraine wird Teil der UdSSR

Im Jahr 1922 wurde die UdSSR gegründet und mit ihr die 16 Unionsrepubliken. Die Gründung der Ukrainischen SSR im Rahmen der UdSSR war – abgesehen von der Ukrainischen Republik, die ein paar Monate lang von deutschen Gnaden existierte – die erste ukrainische Staatlichkeit überhaupt. (...) Während der Sowjetunion spielten die territorialen Verhältnisse innerhalb der Sowjetunion im Prinzip keine große Rolle. Was jedoch eine Rolle spielte, waren die nationalistischen Bestrebungen, die von Deutschland und Österreich während des Ersten Weltkriegs massiv gefördert und von Deutschland in den 20er und vor allem den 30er Jahren wiederbelebt wurden.

## Bandera

Hier beginnt die Tätigkeit von Bandera und anderen. Bandera war seit den 30er Jahren ein Agent der Gestapo. Es gibt reichlich Material über Banderas Aktivitäten während des Krieges.

Im Prinzip war er gegen alles und jeden und nur für eine nationalistische Ukraine. Zu diesem Zweck ermordeten er oder seine Organisationen, die nach seinen Vorgaben handelten, alles, was in diesem Sinne wert war, ermordet zu werden – Polen, Russen, Juden, Weißrussen, ja, auch viele Ukrainer.

## Die CIA rettete und heuerte Bandera an – einen Kriegsverbrecher

Nach dem Krieg wurde die OUN in Nürnberg als kriminelle Organisation abgeurteilt. Im Rahmen der Operation ANYFACE wurde Bandera jedoch von den Amerikanern gerettet, weil sich die US-Armee weigerte, einem sowjetischen Auslieferungsgesuch nachzukommen. Nach dem Krieg schmiedete Stepan Bandera fast 15 Jahre lang Pläne für die ukrainische Unabhängigkeit, und zwar im Auftrag des OSS, des Vorgängers der CIA. Und hier beginnt der Konflikt mit der Beteiligung der heutigen Streitkräfte.

Die CIA benutzte Banderas Leute in der Ukraine als Basis für einen unerklärten Krieg

gegen die UdSSR in der Ukraine. Dieser Konflikt war äußerst blutig, unglaublich brutal und zog sich bis 1954 hin.

## Chruschtschows Patzer

Seitdem gibt es die OUN nicht mehr. In der sogenannten Tauwetterperiode nach dem XX. Parteitag der KPdSU vergab Chruschtschow den ehemaligen OUN-Mitgliedern öffentlich und bot ihnen die Rückkehr ins normale öffentliche Leben an. Sie konnten studieren, arbeiten, was immer sie wollten. Die ehemaligen Führungspersonlichkeiten, sofern sie noch im Land waren, gingen hauptsächlich ins Bildungswesen und wurden Lehrer.

Dies war die Grundlage für die spätere Abspaltung der Ukraine 1991/92. Bereits in den 70er und 80er Jahren breitete sich der Nationalismus in den ukrainischen Schulen wieder aus. Dafür gibt es zahllose Beweise, aber niemand in den westlichen Massenmedien will sie sehen. (...)

## Die Ukraine – der Schlüssel für die Westmächte

Die Ukraine als Teil der Sowjetunion war für alle Westmächte immer der Schlüssel, wenn es darum ging, auf die Auflösung der UdSSR hinzuwirken. (...)

Nach 1992 kam es zur bekannten politischen Instabilität, die durch wechselnde Regierungen, unklare Wahlergebnisse und Staatsstriche geprägt war: (1) 2004 pro-westlich, (2) 2008 prorussisch und schließlich (3) 2013/14 gewaltsam pro-westlich.

Diese widersprüchlichen Umstürze erfolgten, weil die Regierungen nach 1992 fast ausschließlich den Interessen bestimmter Kreise dienten. Niemand war in der Lage, auch nur annähernd ein ukrainisches Einheitsgefühl zu vermitteln. Janukowitsch kam dem noch am nächsten, aber er wurde 2013/14 von den USA, der CIA, der EU und der NATO gestürzt. Dieser Putsch wurde von langer Hand und äußerst umfassend vorbereitet und diente nur dazu, das an sich extrem reiche Land einerseits auszubeuten und andererseits in einen antirussischen Staat zu verwandeln. Zu diesem Zweck war den treibenden westlichen Kräften jedes Mittel recht, sogar die Gründung einer ukrainischen Staatskirche mit Hilfe der CIA und ukrainisch-orthodoxer Kirchen in der amerikanischen Diaspora. Die Folgen waren absehbar und wir sehen sie heute. (...)

Quelle: <https://voicefromrussia.ch/>

## Ukraine – Testgelände für das Pentagon

Die Beraterin für Außenpolitik und Verteidigung des US..., Mara Karlin, sagte, der Konflikt in der Ukraine liefere „wertvolle Erkenntnisse“. Sie verglich die Ukraine mit einem „Labor“ für militärische Innovationen, insbesondere in den Bereichen künstliche Intelligenz und Drohnen.

Die in der Ukraine gesammelten wertvollen Erkenntnisse seien genauso wichtig wie die

Daten, die das US-Militär während der Kriege in Afghanistan und im Irak gesammelt habe, sagte Karlin während einer Podiumsdiskussion im Ronald Reagan Institute Ende September.

Der ehemalige ukrainische Verteidigungsminister Oleksi Reznikow hat den Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine als „Chance für westliche Waffenhersteller“ bezeichnet.

Die Rüstungsriesen könnten sehen, ob ihre Waffen funktionierten, wie effektiv sie seien und ob sie angepaßt werden müßten, sagte Reznikow der Financial Times im Juli. „Die Rüstungsindustrie könnte sich kein besseres Testgelände wünschen.“

Quelle: [uncut-news.ch](https://uncut-news.ch), 27.9.23



# Mütterchen Rußland – die eurasische Riesin und die westliche Hybris

*Der Krieg des „Wertewestens“ mit Hilfe des herbeigeputschten Kiewer Nationalistenregimes ist für die russische Führung nicht gerade ein neues Phänomen. Die Größe des Landes, seine strategische Bedeutung, vermutete Schwächen seiner staatlichen und militärischen Strukturen wurden seit Jahrhunderten als Einladung zu Invasionen verstanden. Rußland war schon in den frühesten Zeiten seiner staatlichen Heirusbildung aus den slawischen Stammesgesellschaften im 9. Jahrhundert ein umkämpftes Territorium. Ein Blick in die russische Geschichte ist daher unabdingbar, wenn man das Handeln der russischen Führung verstehen will.*

## Eroberungsversuche

Zu Beginn des 13. Jahrhunderts drang die gefürchtete „Goldene Horde“ in Richtung Europa vor. Die mongolischen Reiterarmeen hatten binnen weniger Jahrzehnte eines der größten Weltreiche überhaupt erobert. Von Südosten kommend, eroberten sie große Teil der Fürstentümer der Rus, die sich von der Weichsel im Westen bis zum Fuß des Kaukasus und der Karpaten erstreckte. Die Städte Nowgorod im Norden und Kiew im Süden bildeten die ersten Zentren.

Durch die Uneinigkeit der Fürsten der Rus hatten die Tataren (Mongolen) leichtes Spiel und konnten fast zwei Jahrhunderte lang ihre Vorherrschaft aufrechterhalten. Erst die vereinten russischen Armeen unter dem Moskauer Großfürsten Dmitri Donskoi konnten die „Goldene Horde“ 1380 in der Schlacht von Kulikow endlich schlagen. Im Norden hatten die Nowgoroder unter Alexander Newski 1240 eine Invasion der Schweden in der Schlacht an der Nawa und 1242 die deutschen Kreuzritter vernichtend geschlagen. Ermutigt durch den Sieg über die Mongolen, kämpften die Moskauer Großfürsten um die Vorherrschaft der Rus. Gestärkt wurden sie durch den Untergang von Byzanz 1453, wodurch Moskau sich die christlich-orthodoxen Traditionen aneignete und seither als das „Dritte Rom“ gilt.

Im Westen war Polen-Litauen aufgestiegen, eine von der Feudalaristokratie gestützte föderale Wahlmonarchie, die bis heute offensichtlich in den Köpfen der Warschauer Führer eine in praktische Politik umzusetzende Bezugsgröße ist. Es kam seit Ende des 15. Jahrhunderts zu zahlreichen Kriegen. Polen-Litauen erstreckte sich, eine russische Schwächeperiode nutzend, in seiner größten Ausdehnung, 1619, von der baltischen Ostseeküste bis zum Schwarzen Meer und von Schlesien bis Moskau. Allerdings führte die starke Überdehnung der polnisch-litauischen Fähigkeiten zu einem raschen Zerfall des zusammengeraubten Reiches. Österreich, Preußen und Rußland teilten das Land Ende des 18. Jahrhunderts nach und nach untereinander auf. Nach der dritten Teilung 1795 existierte die polnisch-litauische „Adelsrepublik“ nicht mehr.

## Bedrohung aus dem Westen

Zur gleichen Zeit begannen die aus der Revolution von 1789 siegreich hervorgegangenen expansiven Kräfte Frankreichs das Momentum der Revolution zu nutzen, um sich zur dominanten Macht Europas aufzuschwingen. Napoleon Bonaparte hatte 1812 für seinen Feldzug gegen Rußland eine Koalitionsarmee aus 15 Ländern und Fürstentümern Europas zusammengezogen. Ein Muster, das bis heute Geltung hat. Nach der extrem blutigen Schlacht bei Borodino, etwa 100 Kilometer westlich von Moskau, mußte Napoleon im September 1812 erkennen, daß er den Gegner unterschätzt hatte. Als er wenig später Moskau erreichte, war seine Armee bereits auf ein Sechstel zusammengeschrunpft. Die katastrophale Niederlage des französischen Hegemonieversuchs war nicht mehr abzuwenden.

Zweihundert Jahre später versuchten sich das Deutsche Kaiserreich und sein Erbe, der deutsche Faschismus, an einer Neuauflage der napoleonischen Großmachtpläne. Die nun mit den Mitteln industrieller Großproduktion und der Rekrutierung von Millionenarmeen radikalisierte Kriegführung, begleitet von beispiellosen Vernichtungsprogrammen, machte diesen Zweiten Dreißigjährigen Krieg (1914–1945) zu einem der furchtbarsten Einzelereignisse der Weltgeschichte, in dem allein mehr als 30 Millionen Menschen im zaristischen Rußland beziehungsweise der Sowjetunion starben.

## Einkreisung

Die Oktoberrevolution hatte die ideale Legitimationsfolie für die Deutschen Eroberungs- und ebenso für die angelsächsischen Weltherrschafts-Pläne geliefert: Antikommunistisch aufgeladen, ging es von nun an gegen Rußland. In den Pariser Vorortverträgen nach dem Ersten Weltkrieg hatten die siegreichen Entente-Mächte das revolutionäre Rußland mit einem Cordon sanitaire von extrem konterrevolutionären bis faschistischen Staaten umgeben. Wie seinerzeit dieser Sperrgürtel, der von Finnland über die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die Türkei bis Saudi-Arabien und Iran reichte, suchen heute die US-Kriegsmaschine und ihre NATO-Vasallen Rußland nach Westen hin zu isolieren und mit ihren Erstschlagswaffen existentiell zu bedrohen und erpreßbar zu machen. Eine der großen Errungenschaften der NATO-Ostlandreiter ist die Wiederbelebung der „Hyäne Europas“. So nannte der britische Premierminister Winston Churchill Polens trittbrettfahrende, ultra-antikommunistische wie antisemitische, profaschistische Feudalélite der 1920er und 30er Jahre. Ebenso wie sich diese 1938 an der Plünderung der Tschechoslowakei beteiligte, sucht sie sich heute an der von Washington dem Untergang preisgegebenen Ukraine zu bereichern. Der „Wertewesten“ versucht die lange Tradition der russischen Abwehr- und Selbstbehauptungskämpfe vergessen zu machen. In Rußland kennt sie jedes Schulkind. In gewisser Weise

kristallisiert sich heute im Ukraine-Konflikt eine ähnliche Konstellation heraus wie im Ersten Krimkrieg 1853 bis 1856. Schon damals sahen die durch die industrielle Revolution militärtechnisch und ökonomisch am weitesten entwickelten Staaten Westeuropas, Britannien, Frankreich, Italien (Königreich Sardinien-Piemont), die Chance, den Konflikt des zaristischen Rußlands mit dem Osmanischen Reich zu ihren Gunsten auszubeuten und Rußland, die dominante Macht des Wiener Kongresses von 1815, strategisch zu schwächen. Das absolutistische Rußland war ökonomisch und technologisch gegen die industrialisierten bürgerlichen Westmächte in Rückstand geraten, so daß es diesen Krieg verlor. Im Krimkrieg begann die nur phasenweise taktisch durchbrochene geostrategische Frontstellung der damals europäischen, später europäisch-nordamerikanischen Hauptmächte gegen das zaristische Rußland, später gegen die sozialistische Sowjetunion und heute gegen die kapitalistische Russische Föderation.

## Rußland heute

Wie schon Napoleon nach der Schlacht bei Borodino müßte, wenn Rationalität noch eine Rolle spielen würde, die Führung in Washington erkennen, daß sie den Gegner unterschätzt hat. Rußland widersteht nicht nur dem monetär-ökonomischen Krieg, sondern auch der mit allen verfügbaren Mitteln hochgerüsteten Ukraine. Nicht Rußland ist ruiniert, wie Außenministerin Annalena Baerbock halluziniert, sondern die Sanktionen treffen immer stärker ihre Absender. Der Globale Süden wendet sich mit Riesenschritten den alternativen, vom Imperialismus unabhängigen Organisationen der eurasischen und globalen Integration zu. Rußland ist ein föderal gegliederter Vielvölkerstaat, bestehend aus acht Föderationskreisen und 83 Föderationssubjekten, in dem über 100 Ethnien zusammenleben. Seine große Geschichte umfaßt selbstverständlich auch die 74 Jahre des Roten Oktober, eine der großen „Lokomotiven der Weltgeschichte“, wie auch den Großen Vaterländischen Krieg und die Befreiung Europas vom Faschismus. Sie umfaßt die Jahre der Sowjet-Stagnation, der, um es zurückhaltend auszudrücken, Naivität und Ratlosigkeit Gorbatschows, wie auch des Jelzinschen Ausverkaufs an das Finanzkapital. Im letzten Vierteljahrhundert, dem Wladimir Putin seinen Stempel aufgedrückt hat, ist Rußland auf die Weltbühne als die souveräne Macht zurückgekehrt, die dem mit allen Mitteln entfesselten hybriden Krieg des US-geführten „Wertewestens“ widerstanden hat und nun gemeinsam mit der VR China die Errichtung einer von Washington unabhängigen Staatengemeinschaft des Globalen Südens initiiert und organisiert.

Klaus Wagener

Aus: UZ vom 29. September 2023

# Ukraine und NATO haben die Gegenoffensive verweigert. Was kommt danach?

Der russische Präsident Wladimir Putin präzisierte am 5. Oktober vor dem Waldai-Forum seine und Rußlands Vorstellungen für „die Prinzipien der neuen internationalen Ordnung“: „Wir wollen in einer offenen, vernetzten Welt leben, in der niemand versucht, der Kommunikation der Menschen, ihrer kreativen Entfaltung und ihrem Wohlstand künstliche Hindernisse in den Weg zu legen ... Wir wollen, daß die Vielfalt der Welt bewahrt wird und als Grundlage für eine universelle Entwicklung dient ..., daß das Gleichgewicht der Interessen und die universelle Sicherheit sowie ein dauerhafter Frieden für große und kleine Länder gewährleistet wird. Dies sind die Prinzipien, denen wir folgen werden und zu denen wir unsere Freunde und Kollegen einladen. Rußland war, ist und wird eines der Fundamente dieses neuen Weltsystems sein.“ Diese Aussagen sollten die Leser bei der Bewertung Rußlands im Kampf um seine Sicherheit und um die Umsetzung der angeführten Prinzipien berücksichtigen.

Der Gegenoffensive des Westens in der Ukraine entwickelte sich zu einem asymmetrischen Krieg, wobei die Ukraine ihre ehemaligen Territorien zurückerobert und Rußland die Ukraine wehrlos machen und seine neuen Territorien sichern will.

Bei den von Ukraine und NATO geführten Angriffen wurden viel zu wenig Kräfte eingesetzt und eine risikofolle Taktik gewählt, was zu unvorstellbaren personellen Verlusten und Zerstörungen sowie zu einer starken Dezimierung eines Großteils der strategischen, personellen und materiellen Reserven führte und damit zur operativen und strategischen Angriffsunfähigkeit von Ukraine und NATO. Rußland hingegen besitzt gegenüber dem Gegner strategische Vorteile. Es verfügt über strategische Waffensysteme großer Reichweite mit wirkungsvoller Durchschlagskraft, besitzt mit der Krim eine logistische Drehscheibe von europäischer Bedeutung und über einen funktionierenden Militär-Industriellen-Komplex (MIK) mit der notwendigen Rohstoffbasis. Damit wird klar, daß sowohl die Gegenoffensive von Ukraine und NATO als auch der gesamte Krieg gegen Rußland nicht zu gewinnen sind. Der Westen setzt, um den Krieg dennoch weiterzuführen, auf eine neuerliche Eskalation. Dazu will er die personellen Verluste der Ukraine-NATO-Streitkräfte (SK) mit Waffenlieferungen ausgleichen. Damit würde, so General a.D. Harald Kujat, die Erfahrung negiert, daß Kriege „letztendlich durch die Soldaten entschieden“ werden.

Die Ukraine versucht, wegen der Mißerfolge auf dem Gefechtsfeld, ihre Kriegsziele unter Nutzung der eigenen und alliierten Geheimdienste mittels Expansion auf das russische Kernland, darunter auch auf die Krim, zu erreichen. Dazu werden Terroranschläge und Diversionen verübt, die zu zivilen Opfern führen. Der Anschlag auf die russische Schwarzmeerflotte und auf das Gebäude des Marinestabs in

Sewastopol sind Beispiele dafür, daß es dabei nicht hauptsächlich um militärische Wirkungen geht, sondern um die Verbreitung von Chaos unter der Bevölkerung mit dem Ziel, diese gegen die Regierung aufbringen. Der Geheimdienstchef der Ukraine, Budanow, hat zugegeben, drei Angriffe auf Europas größtes Atomkraftwerk in Saporischa organisiert zu haben, bei denen im Westen ausgebildete Kommandos eingesetzt wurden. Hierbei sieht man die ganze Verantwortungslosigkeit der nazistischen Führung der Ukraine.

Angeichts dieser Situation stellte General a. D. Harald Kujat die Frage: Was muß der Westen jetzt tun? Und er antwortete: „Er müßte entweder seine Niederlage anerkennen oder NATO-Truppen in die Ukraine schicken.“ Der Präsident der USA und ein Großteil seiner Vasallen wollen eine Niederlage aber nicht akzeptieren und haben sich deshalb im Oktober in Ramstein für die Bereitstellung von noch mehr modernen Waffen sowie für weitere Finanzhilfen und somit für eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges entschieden. Die EU-Administration und deren Staaten sind derzeit mehrheitlich für Bidens Narrativ zur unbedingten Weiterführung des Krieges, was aus Gründen der steigenden Opfer- und Zerstörungszahlen, der Vernunft und der Friedenspflicht nicht hinnehmbar ist.

## Wahrheiten, die der Westen nicht sehen will

Ukraine und NATO haben ihre SK zum ständigen Anstürmen auf die russischen Verteidigungslinien ohne unterstützende Technik in die Angriffe gejagt und dabei unvorstellbare personelle und materielle Verluste erlitten. So kam es zu dem vom Westen eingeführten menschenverachtenden Begriff „Fleischwolf“, der die ganze Misere, welche die in der Ukraine kämpfenden Soldaten erwartet, aufzeigt. Das äußerte der bekannte Schweizer Militär-analyst J. Baud am 6. Oktober bei You Tube. Rußland hat seine Verteidigungsstrategie ständig den realen Bedingungen angepaßt. Dazu äußerte der stellvertretende Generalstabschef der Russischen Föderation (RF), General Surowikin: „Wir werden vorerst keine großen Operationen mehr durchführen, sondern auf den Feind warten und ihn systematisch vernichten.“ Diese Strategie wird von den Russen mit einer tiefengestaffelten und mehrstufigen Verteidigung - der Surowikin-Linie - erfolgreich umgesetzt. Dem vorgelagert ist eine Überwachungszone mit einer Tiefe von fünf bis zehn Kilometern, die nur aus Minenfeldern besteht. Dort operieren seitens der russischen Streitkräfte (RF-SK) bewegliche drohnengestützte Verbände, die darauf vorbereitet sind, gepanzerte Technik zu bekämpfen. Jede Bresche des Feindes kanalisiert die Panzer und lenkt diese genau dorthin, wo sie am besten durch die RF-SK abgeschossen werden können. So konnte verhindert werden, daß ukrainische Truppen sich entfalten und einen Angriffsverband aufbauen konnten.

Die Ukraine-NATO-SK, die ihre Gegenoffensive vor mehr als vier Monaten begannen, erzielten keinen Durchbruch der Surowikin-Linie, auch nicht in Rabotino, wo die erste Verteidigungslinie zwar erreicht, aber nicht durchbrochen wurde. Alleine in Rabotino wurden 10 (ca. 30 000 Mann) der neu aufgestellten 12 Brigaden eingesetzt, die in Bataillonsstärke nur in sehr schmalen Angriffstreifen und mit wenig gepanzelter Technik ausgestattet, ununterbrochen angriffen. Anfang Oktober hat sich das Blatt gewendet. Die RF-SK sind zu groß angelegten Offensivaktionen übergegangen, wobei die Ukraine-NATO-SK zurückgedrängt sowie stark befestigte Territorien zurückerobert und Geländegewinne erzielt werden konnten. Das trifft derzeit besonders für Awdejewka, bei Kupjans, um Svatowo und bei Robotino sowie Werbowoje zu. Besondere Wirkung erzielten die RF-SK durch den Einsatz lenkbarer Gleitbomben FAB 500 und FAB 1500. Mit diesen Bomben konnten die Befestigungen im Gebiet von Awdejewka, die stärker als die in Mariupol sind, zerstört werden. Diese Angriffsoperationen könnten die Vorbereitung auf eine Russische Offensive im Herbst und Winter sein.

Die Ukraine-NATO-SK, die neuerdings durch die angreifenden RF-SK in die Verteidigung gezwungen wurden, haben im Verlaufe ihrer Gegenoffensive über 90 000 Soldaten, 557 Panzer, darunter Leopard und Challenger-Panzer, sowie 1900 gepanzerte Fahrzeuge verloren (d. A., Putins neuste Angaben).

## Ausrüstungsverluste der ukrainischen NATO-SK während der gesamten Spezialoperation (SO) der RF

(Verteidigungsministerium der RF):

	19.6.22	19.8.23
Flugzeuge / Hubschrauber	1.249	5.831
Flugabwehrraketensysteme	344	441
Panzer u. gepanz. Fahrzeuge	3.683	11.366
Reaktive Geschößwerfer	562	1.144
Feldartillerie, Granatwerfer	2.043	5.928
Spezialfahrzeuge	3.715	12.307

Damit sind die Hauptkräfte der 2. ukrainischen Armee und die der 3. jetzt zwar schon stark geschwächt, aber im taktischen Bereich immer noch handlungsfähig.

Diese Gegenoffensive ist ein militärischer Mißerfolg. Was die USA zwar durch eine Kriegssimulation voraussahen, aber sie haben die Ukraine dennoch als Versuchskaninchen in die Angriffe gegen die RF-SK gejagt. Das zeigt den Zynismus der Länder des kollektiven Westens gegenüber der Ukraine, so J. Baud.

Die übriggebliebenen militärischen Kapazitäten der Ukraine-NATO-SK reichen nicht mehr für operative und strategische Angriffe. Sie können auch mangels Personals und Technik nicht mehr durch das Land alleine aufgefüllt werden.

Die RF-SK haben diese Erfolge erzielt, weil sie ihre Aufklärungs- und Feuermittel in ein einziges Führungssystem integrierten und



so mit Artillerieschlägen in Echtzeit effektiv reagieren könnten.

Diese Strategie wird auch zukünftig durch die RF-SK gegen die Ukraine-NATO-SK bei der weiteren Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie bei der Befreiung von in die RF integrierten Territorien angewandt werden.

Während die RF ihre Ziele größtenteils erfüllen konnte, wurden solche wichtigen Ziele der USA, wie Putin zu entmachten, Rußland nachhaltig zu schwächen, einen geopolitischen Konkurrenten loszuwerden und das Land weltweit zu isolieren, nicht erreicht. Die Ukraine konnte bisher keines ihrer gesetzlich festgelegten Ziele, wie die Rückeroberung ihrer ehemaligen Territorien, die NATO- und EU-Mitgliedschaft sowie Rußland zu besiegen, realisieren.

Die Ukraine wurde durch die vom Westen aufgezwungene Sommeroffensive als Staat sowie auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet stark geschwächt, während Rußland gestärkt aus diesem Kampf hervorgeht. Die RF-SK haben der Sommeroffensive des Gegners nicht nur standgehalten, sondern die Entmilitarisierung der Ukraine erfolgreich weitergeführt. Das Land fand die Kraft, sich intensiv auf einen möglichen Krieg gegen die NATO vorzubereiten. Die Wirtschaft verzeichnet, im Gegensatz zu vielen westlichen Ländern, ein stabiles Wachstum (2023: 2,5 %) und die Zustimmungswerte für Putin, so J. Baud, lagen und liegen immer noch zwischen 75 und über 80 %, die von Selenskyj sollen dagegen unter 20 % liegen. Der Westen hat die Situation falsch eingeschätzt.

### Feststellungen zur mißlichen Lage

Der ehemalige Militärberater Trumps, Oberst a.D. D. MacGregor, stellte Anfang Oktober die These auf, daß die Selenskyj-Phase mit dem sichtbaren Auslaufen des Bodenkrieges ihrem Ende entgegengeht und sich eine neue Biden-Phase, die der Fernwaffen, abzeichnet. Blinken informierte Selenskyj darüber, daß Letzterer den Verlust von Territorien in Betracht ziehen und den Dialog mit Moskau suchen müsse. Selenskyj äußerte sich im Magazin Economist ungehalten zu den US-Vorschlägen. Er sehe einen Stimmungswandel bei den Regierungschefs des Westens, die versprochen hätten, der Ukraine „so lange wie nötig“ beizustehen. Und wenn schon nicht von den USA, so erwarte er von der EU weitere konkrete militärische und finanzielle Unterstützung und die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen noch im Dezember 2023, aber auch die sofortige Überstellung in EU-Länder geflüchteter Wehrpflichtiger. Andernfalls, so warnte er die Europäer, kann es zu terroristischen Bedrohungen durch enttäuschte ukrainische Flüchtlinge (das sind die Positionen der faschistischen Bandera-Partei, d.A.) kommen. Die Liefermöglichkeiten der EU-Länder sind aber wegen der erschöpften Waffenvorräte eingeschränkt und es fehlt ihnen der Glaube, daß weitere Lieferungen etwas an dem nicht zu gewinnenden Krieg ändern würden. Dennoch gab es in Ramstein wieder Zusagen über umfangreiche Waffenlieferungen. Ob diese jedoch nach dem überraschenden und brutalen HAMAS-Angriff auf Israel zeitweilig oder ganz ausfallen, hängt

von den Prioritäten der USA und der EU ab. Und da Israel im Westen einen Vorzugsstatus besitzt, kann es sein, daß die westliche Militärhilfe ab sofort zunächst nach Israel geht und daß die Ukraine nur das erhält, was übrigbleibt. Vielleicht macht diese Situation die Ukraine verhandlungsbereiter?

Da dieser Ukraine-Krieg eine Vollgas-Strategie der USA gegen China behindert und die NATO ihre Soldaten nicht direkt in der Ukraine einsetzen will, entschied sich die USA für die Lieferung von ATACMS-Raketen großer Reichweite (bis 700 km) und hoben das Verbot ihres Einsatzes gegen Rußland auf. Auch sollen F-16-Kampfflugzeuge, wenn auch verzögert und zusätzliche 30 Abrams-Panzer geliefert werden. Die Bereitstellung von Angriffswaffen, wie den Marschflugkörper „Taurus“ (500 km), wird deshalb bisher von Kanzler Scholz abgelehnt, weil er Konsequenzen befürchtet, die sich aus dem Fehlen eines Friedensvertrages



General a. D. Harald Kujat: „Rußland will keinen Krieg.“

zwischen Deutschland und Rußland ergeben. Da die Raketenlieferungen von Deutschland an die Ukraine als Zerstörung des existierenden Waffenstillstands angesehen werden können, hätte Rußland das Recht zu einer sofortigen militärischen Strafaktion gegen die BRD.

Mit der Bereitstellung dieser komplizierten Waffensysteme ist der Einsatz von Bedienungs- und Instandsetzungspersonal der NATO in der Ukraine, aber auch die Nutzung von bemannten und unbemannten Aufklärungsplattformen der NATO verbunden, wodurch die USA und die NATO-Länder zu Mitkriegsteilnehmern mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen werden. Putin erklärte dazu, daß das gesamte in der Ukraine eingesetzte NATO-Personal wie gegnerische Soldaten bekämpft oder gefangengenommen wird. Mit der Möglichkeit des Beschusses von Städten sowie anderer militärischer und ziviler Einrichtungen in Rußland tritt eine neue Qualität der Eskalation des Ukraine-Konflikts in Kraft, worauf die RF Antworten finden muß und wird.

Rußland, so Minister Schoigu, kann aus Existenzgründen in der Spezialoperation nur einen

Sieg akzeptieren und ist deshalb gezwungen, alle Varianten zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit des Landes heranzuziehen. Die Armee wurde 2022 um 300 000 Mann aus der Teilmobilmachung und 2023 um 400 000 Freiwillige, die alle ausgebildet und ausgerüstet werden müssen, verstärkt. Damit verdoppelt sich die russische Armee, was mit höheren Kosten verbunden ist. Aus diesem Grund wird der russische Militärhaushalt für 2024 um 70 % (auf 111,15 Milliarden Dollar) angehoben, was 6 % des BIP ausmacht. Die russische Regierung will die vorgesehenen sozialen Verpflichtungen einhalten. Als Gründe für diese Erhöhung gibt Rußland die unklare Dauer des Krieges und dessen Eskalationsmöglichkeit an. Die russische Armee bereitet sich ernsthaft auf einen direkten Krieg mit der NATO vor.

Die Wiederaufnahme der militärtechnischen Zusammenarbeit mit der DVRK, die neuesten militärischen Vereinbarungen mit dem Iran, die Außerkraftsetzung einer großen Anzahl von „Starling-Satelliten und Terminale“ sowie die Modernisierung und Indienststellung neuester eigener Waffensysteme (darunter erneuerte Elemente der strategischen KW-Triade, Flugzeuge der 5. Generation, die Bereitstellung weiterentwickelter land-, see- und luftgestützter Hyperschallwaffen, effektivere Waffensysteme des funkelektronischen Kampfes und wirksamere konventionelle Waffen) sind Antworten der RF auf die eingeleiteten aggressiven Handlungen des Westens. Dazu gehört auch, daß sich Rußland bei seiner Spezialoperation in der Ukraine entschied, die Angriffswucht wesentlich zu erhöhen, um den weiteren todbringenden Beschuß von Donezk durch die ASOW-Nazis zu unterbinden.

*Nachdenkliche Äußerungen realistisch denkender Politiker und Militärs aus der Schweizer Zeitung „Zeitgeschehen im Fokus“ vom 25. August (sinngemäß):*

- Rußland will keinen großen, keinen kleinen, keinen konventionellen und keinen atomaren Krieg und dennoch sind solche Kriege möglich, wenn zwischen den Staaten politische, wirtschaftliche und andere Ereignisse außer Kontrolle geraten. (Kujat)
- Die Ukraine findet Verhandlungen mit Putin unmoralisch (Selenskyj). Aber gibt es in einem Krieg nicht auf beiden Seiten Verbrechen? Wie soll man dann den Einsatz von Streubomben durch die ukrainischen SK auf die Bewohner von Donezk bewerten? Kann Rußland nicht das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen? (MacGregor)
- Putin will bei Anerkennung von Gerechtigkeit entsprechend der UN-Charta (Artikel 24) über einen Waffenstillstand und danach über eine Sicherheitszone (50 km auf beiden Seiten, mit einer UN-Friedenstruppe) sowie mit Sicherheitsgarantien durch den Westen und die Ukraine verhandeln. Der Westen hingegen will aber solange kämpfen, bis die Ukraine sich in einer für sie akzeptablen Verhandlungsposition befindet. Ist das bei der jetzigen Lage eine realistische Position oder nur ein Vorwand, um die RF weiter zu schwächen und selber Maximalprofite zu realisieren? (Teltschik)

**Oberst a.D. Gerhard Giese**

# DER DEUTSCHE TOD WIRD ATOMAR SEIN

## Ausweitung des Ukraine-Kriegs nach Deutschland?

Die grüne Kriegs-Furie Baerbock hatte noch jüngst um die Ausweitung des Ukraine-Kriegs gebettelt, als sie in einem „Tagesthemen“-Interview die Lieferung von Waffen mit Reichweite“ an die Ukraine forderte. Als habe man in Washington nur auf diesen Wunsch gewartet, sickert jetzt über die „Washington Post“ und den US-Sender NBC News durch: Die USA wollen der Ukraine bald ATACMS-Raketen zur Verfügung stellen. Diese Lieferung bedeutet nicht nur die Ausweitung des Krieges, sie bedeutet auch, wie Kenner der deutschen Rüstungsszene wissen, daß damit der Druck auf Deutschland erhöht wird, „Taurus“-Marschflugkörper in die Ukraine zu liefern. Nicht nur, daß deren Reichweite noch höher ist als jene der ATACMS-Raketen, diese Waffe wird in Deutschland bei Schrobhausen (Bayern) in einem Bunker der Taurus Systems GmbH, einer Tochterfirma des Rüstungskonzerns MBDA, produziert.

### Russische Selbstverteidigung

Militärisch macht die Lieferung von „Taurus“ nur Sinn, wenn mehrere dieser Marschflugkörper zum Einsatz kommen können; wenn also der Nachschub gesichert ist. Da der Nachschub nur aus Deutschland kommen kann, müßten die Russen, wenn sie den Ukrainern diesen Nachschub abschneiden wollten, die Produktions- und Lieferstränge der „Taurus“-Marschflugkörper angreifen – also Ziele in Deutschland vernichten. Die Ausweitung des Ukraine-Kriegs nach Deutschland wäre damit eine Art russischer Selbstverteidigung. Wer

sich erinnern kann und bei Verstand ist, weiß, daß so der Ukraine-Krieg begonnen hat: Die Einkreisung Rußlands durch NATO-Stützpunkte und die drohende NATO-Mitgliedschaft der Ukraine hatte die russische Armee bewegen, einem militärischen Ungleichgewicht und einem drohenden US-NATO-Krieg mit einem Angriff auf die Ukraine zuvorzukommen.

### GRÜNE sind Verfassungsfeinde

Eine Mehrheit von 52 Prozent der Deutschen steht einer Lieferung von „Taurus“-Marschflugkörpern an die Ukraine ablehnend gegenüber, weiß man aus einem ARD-DeutschlandTrend vom August 2023. Dieselbe Umfrage sagt auch, daß unter den Grünen-Anhängern die Zustimmung zur Lieferung der Marschflugkörper am größten ist. Die Grünen sind allerdings in der Sonntagsfrage des ARD-DeutschlandTrends auf den niedrigsten Zustimmungswert seit fünf Jahren gefallen. Wäre an diesem Sonntag Bundestagswahl, könnte die Partei nur noch mit 13 Prozent der Wählerstimmen rechnen, wie aus der Erhebung für das ARD-Morgenmagazin hervorgeht. Es wäre an der Zeit, daß der Verfassungsschutz die GRÜNEN beobachtet: Deren Haltung gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes ist eindeutig verfassungsfeindlich.

### Krieg erreicht NATO-Gebiet

Die US-NATO stößt in der Ukraine zunehmend an ihre militärischen Grenzen: Die kurzen Nachschub-Wege der russischen Armee verhelfen ihr auf Dauer zum Sieg über die ukrainischen Truppen, obwohl die fleißig mit westlichen Waffen

versorgt werden. Die Militär-Analytiker der USA wissen das. Die US-Militärs orientieren deshalb auch nicht auf einen Sieg. Es geht um die Schwächung des russischen Konkurrenten, um seine Abnutzung, um die Minderung seiner Rüstungspotentiale. Allerdings werden bei dieser Strategie zunehmend Waffen geliefert, die auf russischem Gebiet Schaden anrichten und den Krieg über die Ukraine hinaus ausweiten. Das kann die russischen Militärs zu Antworten veranlassen, die den westlichen Waffen-Lieferanten treffen werden: Der Krieg würde NATO-Gebiete erreichen. Da die konventionellen NATO-Armeen einem Angriff mit konventionellen Waffen nicht gewachsen sind, droht eine atomare Stufe des Krieges.

### GRÜNE riskieren das Ende Deutschlands

Der imperiale Gestus der GRÜNEN und ihres deutschen Gefolges kann so mal eben zu einem atomaren Krieg auf deutschem Boden führen. Das ist den kaltschnäuzigen GRÜNEN egal. Als treue NATO-Gläubige machen sie sich die US-Position zu eigen. Sie riskieren bedenkenlos das Ende Deutschlands. Das ist ihnen gleich. Ihr Größenwahn wird von einem Russen-Haß gefüttert, der sie blind für die Wirklichkeit macht.

**Uli Gellermann**

[www.rationalgalerie.de](http://www.rationalgalerie.de), 24.9.23

*Der Autor ist Journalist und Filmemacher. Seit 2005 ist Uli Gellermann Herausgeber und Redakteur des Online-Magazins RATIONAL-GALERIE, das sich kritisch mit der deutschen Gesellschaft auseinandersetzt.*

## Geistesblitze der deutschen Außenministerin

„Wenn wir aufhören, die Ukraine zu unterstützen, wird die Butter nicht wieder billiger.“

Am 22. September war Annalena Baerbock in Augsburg, um die Grünen beim Wahlkampf in Bayern zu unterstützen. Dort hielt sie eine Rede, in der sie sagte: „Auch ich weiß, wie viel teurer der wöchentliche Einkauf mittlerweile geworden ist. Aber wir wissen alle genauso, wenn wir sagen würden, ‘jetzt hören wir auf, die Ukraine zu unterstützen’, dann wird die Butter ja nicht wieder billiger.“ Doch: Denn hinter dem schönen Wort „unterstützen“ verbergen sich neben den kriegsverlängernden Waffenlieferungen und den Milliardensummen für eine fragwürdige Regierung in Kiew auch der Wirtschaftskrieg gegen Rußland. Und die Butter ist vor allem wegen der Entwicklung der Inflation teurer geworden. Diese Entwicklung der Inflation ist vor allem der Verteuerung der Energiepreise geschuldet. Die Verteuerung der Energiepreise ist wiederum Folge eines Wirtschaftskrieges gegen den wichtigsten Energielieferanten Deutschlands, den die Bundesregierung vom Zaun gebrochen hat.

### Wirtschaftskrieg trifft die eigenen Bürger

Diesen Wirtschaftskrieg könnte die Bundesregierung beenden und so die Preise für die eigenen Bürger in der Folge wieder senken.

Doch solche Handlungen für die Bürger liegen offensichtlich nicht im Interesse der Bundesregierung – deren Handlungen werden stattdessen mutmaßlich von den geo- und wirtschaftspolitischen Interessen der USA überlagert, die ein großer Profiteur des bedenklichen Handels zwischen Deutschland und Rußland sind. Ein Ende des (bezüglich der angeblichen und offiziell verkündeten Ziele) wirkungslosen Wirtschaftskrieges würde sich nicht gegen die in der Ukraine leidenden Zivilisten richten, sondern vor allem gegen geopolitische Ziele der USA. Die Verlängerung des Krieges durch Waffenlieferungen und den demonstrativen Verzicht auf Diplomatie ist verwerflich.

### Keine höhere Gewalt

Die Preissteigerungen folgen also keiner höheren Gewalt, sie sind Folge von konkreten politischen Entscheidungen der Bundesregierung. Weil diese direkte Verbindung zwischen der Regierungspolitik und den Nachteilen für die Bürger von Medien und Politikern verwischt werden soll, muß man die sozialen Folgen des Wirtschaftskrieges hierzulande und die bewußte Urheberschaft durch die Regierung immer wieder betonen: Kein „höheres Wesen“ verteuert das Leben der Bürger, es ist die Politik der Bundesregierung. Darum muß man es zurückweisen, wenn Mitglieder der Regierung über selbstgemachte Probleme reden, als würden diese einfach so über uns hineinbrechen. (...)

**Tobias Riegel**

*Redaktionell gekürzt  
Quelle: RTDE, 27.9.23*



# Könnte es wieder passieren?

## Die USA erinnern die Welt mit „Oppenheimer“ an Hiroshima

Der Film „Oppenheimer“ über den Einsatz der US-Atombomben gegen Japan läuft weltweit in den Kinos und erzielt Rekorderlöse an den Kinokassen.

Es ist klar, daß ein Blockbuster dieses Niveaus, zu solch einem Thema und von einem Regisseur dieses Kalibers nicht nur ein einfacher Film sein kann. Es ist eine komplexe Propagandabotschaft, die an Vasallen, Gegner und das heimische Publikum gleichermaßen gerichtet ist. Doch was genau ist die wahre Bedeutung von Nolans neuem Meisterwerk?

Formal verbringt man beim Schauen des Films drei Stunden damit, die Leiden eines intelligenten Wissenschaftlers, des Vaters der US-amerikanischen Atombombe, zu beobachten. Er wird von sadistischen FBI-Agenten verhört. Dann wird er von den Militärs eingeschüchtert. Plötzlich wird er von Wissenschaftlern geplatzt. Cillian Murphys große Augen sind stets von Traurigkeit erfüllt.

Wenn man jedoch von der exquisiten Schauspielerei absieht, dann sieht man im trockenen Rest nicht den begabtesten, sondern einen äußerst eitlen Wissenschaftler, den die Militärs unter ihre Fittiche nehmen und dabei ebendiese Eitelkeit ausnutzen.

Nachdem er in die Maschinerie der US-amerikanischen Rüstungsindustrie geraten ist, ist Oppenheimer gezwungen, einen Verrat nach dem anderen zu begehen, seine Freunde an die Geheimdienste zu verraten und seine intimsten Geheimnisse preiszugeben. Um seiner Karriere willen ist er zu jeder Demütigung und Gemeinheit bereit, vergißt aber nicht, sich ständig als Opfer aufzuspielen.

Hier die Rede, die der Held des Films unmittelbar nach dem erfolgreichen Einsatz der Atombombe auf Hiroshima vor seinen Mitarbeitern hält: „Die Welt wird sich an diesen Tag erinnern. Es ist noch zu früh, um die Folgen des Bombenangriffs zu beurteilen, aber ich wette, den Japanern hat er nicht gefallen (Gelächter im Saal und stürmischer Beifall). Ich bin stolz auf euch ... Schade, daß wir keine Zeit hatten, sie gegen Deutschland einzusetzen (Gelächter, Beifall, Wissenschaftler springen von ihren Sitzen auf, schwenken US-amerikanische Flaggen und rufen ‚Oppie! Oppie!‘).“

In Murphys Darstellung hält Oppenheimer diese triumphale Rede, blaß und bei jedem Wort stolpernd. Will der Regisseur auf diese Weise jedoch die grausame Brutalität seines Landes verurteilen?

Nein, nichts dergleichen. Der Wahnsinn der US-amerikanischen Atomwaffenfans wurde von Stanley Kubrick in seinem unsterblichen Film „Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“ gut dargestellt. Dort schreit aus jeder Szene die grausame Absurdität eines Atomkriegs, den Washington ohne jeden Grund auszulösen bereit ist.

Nolan schwelgt ganz offen in den blutrünstigen Triumphen der US-amerikanischen Kriegsmaschinerie. Das nervöse Zucken

von Oppenheimers Gesichtsmuskeln, sein Hin- und Hergerissensein und seine Zweifel unterstreichen nur ihre unüberwindliche Macht. Diese Maschinerie ist zu allem fähig: Hunderttausende von Menschen am anderen Ende der Welt zu töten, jeden Intellektuellen zu brechen und ihn sklavisch in ihren Dienst zu stellen, große wissenschaftliche Errungenschaften für die Zerstörung von Ländern und Völkern zu nutzen. Und das alles nur um der Macht über die Welt willen.

Die gruseligste Szene des Films ist praktisch wie aus einem Dokumentarfilm entnommen. Sie zeigt eine geduldig gefilmte Sitzung eines Ausschusses zur Auswahl von Atombombenzielen. Sie diskutieren höflich und ruhig, welche japanischen Städte bombardiert werden sollten. Die Zahl der Todesopfer wird geschätzt. Oppenheimer wird nach seiner Meinung gefragt. Die Militärs melden sich zu Wort. Der Bleistift von Verteidigungsminister Henry Stimson schwebt über einer Liste von elf Städten. Ursprünglich waren es zwölf – Stimson strich Kyoto von der Liste, weil er dort mit seiner Frau in den Flitterwochen war und ihm die Stadt so gut gefiel. Dies ist eine verbürgte historische Tatsache.

Der Regisseur genießt jeden Augenblick dieser Szene – für ihn ist dies eine Episode, in der seine Landsleute wie olympische Götter buchstäblich über das Schicksal der Menschheit entscheiden. Sie wird als die ultimative Behauptung der US-amerikanischen Macht über die Welt gezeigt.

Oppenheimers Botschaft hat nichts mit Pazifismus zu tun – im Gegenteil, sie ist reine Einschüchterung. Dies ist in Rußland besonders gut zu sehen – schließlich wurde die Atombombe im Wesentlichen gegen unser Land entwickelt. Trotz aller Tränen und des Jammers des Hauptakteurs ist die Botschaft des Films im Grunde eindeutig: Die US-Amerikaner „können es wieder tun“.

Die Botschaft, die dem US-amerikanischen Publikum vermittelt wird, lautet, daß die USA über Supertechnologien verfügen und ungestraft so viele Menschen auf dem Planeten töten können, wie sie wollen. Das ist natürlich eine Propagandalüge, aber sie wird sehr überzeugend dargestellt. Und sie dürfte das US-amerikanische Volk im Kernland ansprechen. Nicht weniger interessant ist, wie Nolans Film in der Welt wahrgenommen wird. Das japanische Publikum steht natürlich unter Schock, der Film wurde dort gar nicht erst freigegeben. Ja, die Japaner waren bereits davon überzeugt, daß sie an der Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki selbst „schuld“ waren. Nun wird jedoch der Jubel der US-amerikanischen Elite unmittelbar nach den Massakern unverhohlen präsentiert, und das mit sehr viel Freude in den Gesichtern. „Ich wette, den Japanern hat es nicht gefallen ...“

Und dann boten die US-amerikanischen Studios den ausländischen Zuschauern an, den „Barbenheimer“ zu arrangieren und

an einem Tag sowohl „Barbie“ als auch „Oppenheimer“ zu sehen – eine Komödie über Puppen und die Tragödie des Atombombenabwurfs am Stück. Sehr geistreich, was soll ich sagen?

Den Japanern bleibt nur, den schottischen Komiker Frankie Boyle zu zitieren: „Amerika wird nicht einfach in Ihr Land einmarschieren und alle töten. Es wird in zwanzig Jahren wiederkommen und einen Film darüber drehen, wie traurig die amerikanischen Soldaten waren, alle zu töten.“

In China hingegen wurde der Film mit Begeisterung aufgenommen: Dort hat „Oppenheimer“ riesige Einspielergebnisse und Bestnoten von Publikum und Kritikern erhalten. Es ist leicht zu verstehen, mit welchen Gefühlen die Nachkommen der vom japanischen Militär gefolterten Menschen den Prozeß der Entwicklung der Bombe verfolgen, die das Ende Japans bedeuten wird.

Wir in Rußland sollten darauf achten, wie der feinsinnige Psychologe Nolan das US-amerikanische Establishment darstellt. Er glaubt, daß dort alles vom reinen Machtwillen beherrscht wird – nicht vom Geld, nicht vom Profit, sondern nur von der Leidenschaft für die Vorherrschaft. Um ihres Hegemoniestrebens willen sind diese Leute in der Lage, die ganze Welt buchstäblich in Schutt und Asche zu legen.

An einer Stelle gesteht Oppenheimer dem militärischen Kurator des Manhattan-Projekts: Die Wahrscheinlichkeit, daß eine einmal in Gang gesetzte Kernreaktion nicht mehr aufhört, bis sie die gesamte Atmosphäre verbrennt und die Menschheit vernichtet, ist größer als Null. Der General ist zwar von dieser Aussage beunruhigt, sagt den Bombentest aber dennoch nicht ab.

Dies ist eine uns völlig fremde Psychologie, die wir aber in unseren Beziehungen zu unseren Partnern in Übersee berücksichtigen müssen. Der prominente US-amerikanische Militäranalyst Herman Kahn, der Kubrick zu seinem Dr. Seltsam inspirierte, schlug einmal vor, dreißig Millionen US-Amerikaner zu opfern, nur um einen Atomkrieg mit der UdSSR zu gewinnen. Verständlicherweise ist nicht jeder in Washington so verrückt. Dennoch sind dort solche Personen an der Macht. Von ihnen geht die Botschaft des neuen Films von Christopher Nolan aus.

**Wiktorija Nikiforowa**

*Wiktorija Nikiforowa ist eine Kolumnistin bei RIA Nowosti.*

*Der Artikel ist am 22. September 2023 auf RIA Nowosti erschienen.*

# Von der Maas bis an die Memel?

## Von Lissabon bis Lugansk?

Bei einem „Solidaritätsbesuch“ in Kiew Anfang Oktober haben die Außenminister von 24 der 27 EU-Mitgliedsstaaten der Ukraine ihre langfristige Unterstützung zugesagt. Wieder eine Gelegenheit für Annalena Baerbock, diese reine Propaganda-Show mit ihren ölig-weihevollen Phrasen zu würzen: „Wir bringen die Europäische Union dorthin, wo das Herz Europas am stärksten schlägt: hier nach Kiew, hier in die Ukraine. Die Zukunft der Ukraine liegt in der Europäischen Union, in unserer Gemeinschaft der Freiheit.“ Diesen Worten fügte sie noch das Versprechen hinzu, daß sich die Europäische Union bald von Lissabon bis nach Lugansk erstrecken werde. Abgesehen davon, daß Lugansk mittlerweile zur Russischen Föderation gehört, ist die deutsche Chefdiplomatin deutlich zu kurz gesprungen. Gut, Weitsprung war auch in ihrer sportlichen Zeit nicht gerade ihre Paradeisziplin. Deshalb ließ sie sich wenige Jahre später gleich mit transatlantischer Hilfe auf den Sessel einer Außenministerin katapultieren. Ob sie dort Quellenstudium betrieben hat, darf bezweifelt werden. Wir helfen gern. Am 25. November 2010 fand das „4. Führungstreffen Wirtschaft der Süddeutschen Zeitung“ (SZ) statt. 40 Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler diskutierten über aktuelle Fragen der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt vor 300 Gästen die Eröffnungsrede. Wladimir Putin (damals Ministerpräsident) beschrieb vorab in einem Gastbeitrag für die SZ seine Ideen für eine russisch-europäische Zusammenarbeit. „Auch Europa braucht eine Zukunftsvision“, so Putin, „und so schlagen wir vor, diese Zukunft durch die Partnerschaft zwischen Rußland und der EU gemeinsam zu gestalten. Damit können wir unser Anrecht auf Erfolg und beste Wettbewerbsfähigkeit in der modernen Welt gemeinsam geltend machen.“ Putin setzte sich weiter für eine gemeinsame Industriepolitik ein, welche sich auf die Zusammenballung der Technologie- und Ressourcenpotenziale Rußlands und der EU stützen solle. Sein SZ-Beitrag aus dem Jahr 2010 war ein einziges Plädoyer für „die Gestaltung einer harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok“, weit über Lugansk hinaus und selbstverständlich unter Einbeziehung der Ukraine. Putin fügte zum Schluß seines Beitrags noch hinzu: „Der Plan zur Erweiterung der realen Partnerschaft zwischen Rußland und der EU ist hier von mir nur in groben Zügen umrissen. Die Hauptfrage, die sich nun stellt, besteht darin, ob die Europäische Union zur Diskussion und der sachlichen Arbeit an einer solchen Agenda bereit wäre.“ Den Angstschweiß, den allein diese Vision dem Personal im Weißen Haus auf die Stirn trieb, konnte man sehen. Gehen wir zehn Jahre zurück. Damals, 2001, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, hielt der russische Präsident eine Rede im Bundestag. Sie wurde von den Parlamentariern stürmisch

gefeiert, aber nur deshalb, weil man wußte, daß sich Rußland in einer politisch und ökonomisch extrem schwierigen Phase befand und folglich glaubte, daß die Führung im Kreml dem Westen aus der Hand fressen würde. 2007 war allerdings die schwierigste Etappe der „Rekonvaleszenz“ (Putin) abgeschlossen. Nach seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz schlug ihm schon blanker Haß entgegen, obwohl er im Kern nur das wiederholte, was er schon 2001 gesagt hatte, allerdings begleitete er seinen Vorschlag, gemeinsam eine neue Weltordnung zu schaffen, mit kritischen Worten an den Westen, weshalb ihm angelastet wurde, er habe die Sprache des Kalten Kriegs verwendet. Das Blatt hatte sich gewendet.

Lassen wir nun den Gründer der führenden US-„Denkfabrik“ auf dem Gebiet der Geopolitik, Stratfor, den Politikwissenschaftler George Friedman, zu Wort kommen, der über die weltweite Geopolitik der USA speziell in Europa 2015 geschrieben hat: „Das primäre Interesse der USA, wofür wir seit einem Jahrhundert Kriege führen – Erster und Zweiter Weltkrieg und Kalter Krieg –, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Weil sie vereint die einzige Macht sind, die uns bedrohen kann. Und unser Interesse war es immer, sicherzustellen, daß das nicht eintritt.“ Eine von Rußland ausgehende, die globale Position Amerikas in Frage stellende Bedrohung sei (noch) nicht das Thema. „Aber allein die bloße Möglichkeit, daß es mit Europa und insbesondere Deutschland (demnächst) zusammenarbeitet, eröffnet die größte Bedrohung in diesem Jahrzehnt, eine langfristige Bedrohung, die im Keim erstickt werden muß.“ Das Hauptargument der USA, so Friedman, „ist die einzigartige Kombination deutschen Kapitals und deutscher Technologie mit russischen Rohstoffressourcen und russischen Arbeitskräften, die seit Jahrhunderten die USA wie die Hölle gängstigt haben“. Deshalb sei die „Aufrechterhaltung eines starken Keils zwischen Deutschland und Rußland für die USA von überwältigendem Interesse“.

### Die Welt nicht einem einzigen System unterwerfen

Ganz anders der Ton, den Wladimir Putin auf dem 20. Treffen des Waldai-Clubs Ende September in Sotschi angeschlagen hat. Er sagte u. a.: „Die Welt ist zu kompliziert und zu vielfältig, um sie in einem einzigen System zu unterwerfen, selbst wenn es durch die enorme Macht des Westens gestützt wird, die dieser in Jahrhunderten seiner Kolonialpolitik angesammelt hat.“ Leider aber prallten bisher alle Appelle am gesunden Menschenverstand des Westens (sollte es Reste von diesem geben) ab – Egoismus, Arroganz und Selbstverherrlichung, Mißachtung echter Herausforderungen sind die bestimmenden „Tugenden“ seiner geopolitischen Interessen. Wer sich

von kolonialer Denkweise emanzipieren und aus dem Hamsterrad des Imperialismus aussteigen will, soll mit dem Knüppel gezwungen werden, eine Ordnung anzuerkennen, die als regelbasiert bezeichnet wird. Unter dieser Maske wird aber immer deutlicher eine neue Form des Kolonialismus sichtbar.

Nun hat aber am 15. September US-Außenminister Antony Blinken eine Rede gehalten, die ein weltweites Echo hervorgerufen hat. Warum eigentlich? Worin hat sich Blinkens Rede von derjenigen des früheren Präsidenten unterschieden? Im Wesentlichen in nichts. Er begann seine Rede mit dem Satz:

„Eine Ära endet, eine neue beginnt.“ Er meinte die alte Weltordnung. Na toll, das ist doch mal was! Als der Papa von George W. Bush, George Bush sen., Präsident der USA war, proklamierte er schon einmal die Gründung einer neuen Weltordnung. Sie hat sich als das entpuppt, was zu erwarten war, nämlich als Bewahrung einer bereits bestehenden (Un)Ordnung, in welcher der „Weltgendarm“ Ordnung und Rechtsstaatlichkeit in einer Welt durchsetzt, die sonst, sich selbst überlassen, „wild“ wäre. Als wichtigste autoritäre Mächte nannte er Rußland und China als die sowohl aktuell und langfristig größten Bedrohungen für die internationale Ordnung. Auf den Punkt gebracht war Blinkens Rede eine nach Baerbockscher Geometrie um 360 Grad vollzogene Kehrwendung.

Wenden wir uns noch einmal dem Stelldichein der EU-Außenminister in Kiew zu. Würde Rußland tatsächlich einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine führen, wären die Herren und Damen mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell als Galionsfigur an der Spitze gut beraten gewesen, nur mit faltbaren Luftschutzbunkern in Kiew einzureisen. Die Absurditäten häufen sich und mit ihnen ihre Lügen oder gar ihre wahren Absichten. Nur allzu deutlich wurde bei diesem Treffen, daß die Behauptung, Rußland führe einen Vernichtungskrieg, mit der Realität nichts zu tun hat. Als sich im Weißen Haus abzeichnete, daß man langsam, aber sicher die Nase voll hatte von der waffen- und dollarbasierten Unterstützung für Kiew, sprangen ihnen die EU, genauer: Deutschland, noch genauer: die Kriegsfurien Annalena Baerbock, Anton Hofreiter u. a. zur Seite. Ich werde den Verdacht nicht los, daß die Grünen – sie haben ihren parteipolitischen Aufstieg in den ökologischen und friedenspolitischen 80er-Jahren in Westdeutschland angetreten – mittlerweile ihren Frieden mit ihren Altvordenen (Vätern und Großvätern) geschlossen haben, die bereits vor über acht Jahrzehnten vor Moskau marschiert waren. Der Grünen Credo könnte ein Satz des von Helmut Schmidt verehrten österreichisch-britischen Philosophen, Karl R. Popper, sein: „Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, für den Frieden Krieg zu führen.“



# Globale Probleme (5 und Schluß) Weltordnung und Imperialismus

Begriffe wie Weltordnung, regelbasierte Ordnung, unipolare Ordnung etc. nehmen gegenwärtig fast inflationäre Ausmaße an. Doch es wird kaum näher beschrieben, was im Einzelnen damit gemeint ist. Dabei ist nicht anzunehmen, daß schon alle wüßten, was damit gemeint sei.

Meiner Erfahrung nach machen sich die meisten Menschen, die ich kenne, ihre eigenen Gedanken über die Weltordnung und deren Werte und die meisten stimmen scheinbar nicht mit dem Mainstream überein. Die Gemeinsamkeit in einer bürgerlichen Welt, in der am besten jeder auf sich selbst fixiert und reduziert sein soll, hält sich dann wohl in Grenzen und ist eher eine Schimäre. Und doch haben sich die Mitglieder des Club of Rome, nachdem sie globale Probleme konstatiert hatten, Gedanken darüber gemacht, wie die Welt funktioniert bzw. nicht funktioniert. Natürlich stellten sie die kapitalistische Weltordnung als Ganzes nicht in Frage, aber sie machten schon klar, daß die gegenwärtige Form des ressourcenverschwendenden Produzierens ohne Grenzen jene globalen Probleme, die sie beschrieben, hervorrufen würde. Den Imperialismus als Ursache für Deformationen menschlicher Entwicklungen zu sehen, ist seit mehr als 100 Jahren en vogue. Viele frühere DDR-Bürger sind durch Staatsbürgerkunde, Parteilehrjahr, Schule der sozialistischen Arbeit oder GWW bei der Armee mit der Leninschen Imperialismusdefinition in Berührung gekommen und wissen, daß Lenin nicht der einzige war, der diese Ursachenforschung betrieb. Er selbst nannte seine Definition, wie man in seiner äußerst lehrreichen Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ nachlesen kann, vorläufig und nicht die ganze ausgeführte Theorie. (s. *Lenin-Werke Bd. 22, Berlin 1977, S. 271.*) Auch Rosa Luxemburg (s. *Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 5, S. 9 ff*) und Karl Kautsky (s. *Aufsatz in: Die neue Zeit, vom 11. September 1914*) u.a. haben sich im Vorfeld bzw. während des Ersten Weltkrieges darüber Gedanken gemacht, wie die vorherrschenden ökonomischen Verhältnisse in den stärksten Industrieländern zur heraufziehenden Kriegsgefahr und zu dem Beginn des Weltkrieges beigetragen haben. Lenin schreibt dazu in seinem Vorwort: „In den letzten 15 bis 20 Jahren ... verwendet die ökonomische sowie die politische Literatur der Alten und der Neuen Welt immer häufiger den Begriff ‚Imperialismus‘,

um die Epoche, in der wir leben, zu charakterisieren. Im Jahre 1902 erschien in London und New York das Werk des englischen Ökonomen J. A. Hobson ‚Imperialismus‘. Der Verfasser, der den Standpunkt des bürgerlichen Sozialreformismus und Pazifismus vertritt – einen Standpunkt, der im Grunde genommen mit der jetzigen Stellung des ehemaligen Marxisten K. Kautsky übereinstimmt –, gibt eine sehr gute und ausführliche Beschreibung der grundlegenden ökonomischen und politischen Besonderheiten des Imperialismus.“ (Siehe *ebenda, S. 198*) In seiner Broschüre setzt sich Lenin dabei mit den anderen Imperialismustheorien auseinander, insbesondere der von Kautsky vertretenen, der, wie dann viele nach ihm, die Methodologie Marxschen Denkens nicht begriffen hat und ökonomische Verhältnisse soziologisch und psychologisch zu erklären suchte. Das ist ein Phänomen, welches vielen Marx-Verbesserern auch heute eigen ist. Die Dinge in ihren historischen Zusammenhang stellen und sie auf dialektischen Weise zu betrachten, um daraus Schlüsse zu ziehen, das war das Geniale an Marx und an Lenin. So haben Lenins Grundaussagen zum Imperialismus m.E. auch jetzt noch Gültigkeit, auch wenn dem heutigen Imperialismus andere Wirkungsbedingungen zugrunde liegen. Waren es zu Lenins Zeiten noch einige imperialistische Zentren, die um die Vormacht stritten und dabei Weltkriege nicht scheuten, haben wir es heute mit dem Versuch einer imperialistischen Großmacht zu tun, die sich die Welt als Ganzes zum Untertan machen will, sowie einem finanzkapitalistischen Sektor, der seit Lenins Zeiten mindestens um den Faktor 100 000 gewachsen ist. Den Imperialismus seiner Zeit charakterisierte Lenin mit folgenden fünf grundlegenden Merkmalen:

- „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“;
3. Der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt eine besonders wichtige Bedeutung.
4. Es bilden sich internationale, monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen.

5. Die territoriale Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, auf der sich die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals herausbildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ (*ebenda, Seite 270 f.*) In wesentlichen Teilen stimmt die Leninsche Beschreibung des Imperialismus immer noch. Damals war es gelungen, die sich formierende Arbeiterbewegung mit dem Virus des Nationalismus zu infizieren. Arbeiter zogen Seit an Seit mit dem national-freudig erregten Kleinbürgertum in den blutigen, den ersten Weltkrieg. 25 Jahre später war es wieder der Nationalismus in seiner Sonderform des Faschismus, der scheinbar die Klassenschranken niederriß und Abermillionen in einem zweiten Weltkrieg opferte. Und heute? Deutschland beschreitet den direkten Weg in die Katastrophe. Das Sagen haben die Apologeten des Imperialismus mit all ihren scheinheiligen Werten, die nur dazu dienen, die bestehenden Verhältnisse zu zementieren. Geschürt werden Nationalismen, in den USA von „make America great again“ bis zur diffusen Angst des europäischen Establishments, den eigenen Reichtum mit dahergelaufenen Bootsflüchtlingen teilen zu müssen, derweil die AfD als „Retterin in der Not“ fröhliche Urständ feiert, Italien von einer Faschistin regiert wird, Ultrarechte in Schweden als normale, wählbare Partei gelten und im Baltikum Ex-SS-Angehörige endlich wieder Pensionen erhalten. Es ist allerhöchste Zeit zu erkennen, daß der Keim all des gegenwärtigen Übels, von Krieg, Umweltzerstörung, Armut bis zu Migration, in der imperialistischen Form der kapitalistischen Produktionsweise liegt und nur die konsequente Umwälzung derselben auf absehbare Zeit die Weiterexistenz der Menschheit auf diesem Planeten sichern kann. Gelingt das nicht, werden Untergangsszenarien zur realen Möglichkeit der Zerstörung des gesamten Planeten. Dazu braucht es keinen Einschlag eines Kometen aus dem Kosmos.

**Uli Jeschke**

## Kapital wird entlastet – Bürger weiter belastet

Früher als erwartet will das Finanzministerium wieder eine höhere Mehrwertsteuer auf Erdgas ansetzen. Für private Haushalte dürfte es ein teurer Winter werden, völlig

entgegen der Versprechungen der deutschen Regierung!

Diese hat die Sanktionen und den Stopp des preiswerten Öls und Gases veranlaßt. Sie kauft überteuert nun auf dem Weltmarkt zu „Marktpreisen“. Die desaströse Wirtschaftspolitik zum „Ruinieren Rußlands“ erweist sich als Politik zum Ruinieren Deutschlands und seiner Bürger!

Wenn die Anbieter das vollständig weitergeben, steigen die Gaspreise für private Haushalte nach Berechnungen des Vergleichsportals Verivox zum Januar um rund 11 %. Für einen Haushalt mit vier Personen bedeute dies Mehrkosten von durchschnittlich 270 Euro im Jahr.

[deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/17.9.23](https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/17.9.23)

# „Hunger als Waffe“: Baerbocks gehässige Zwecklüge

*Hysterischer Russenhaß zerfrißt das letzte bißchen Restverstand / Selbsttäuschung über die tödlichen EU-Sanktionen*

Der öffentlich-rechtliche „Verblödungs“-Journalismus scheut sich schon lange nicht mehr, bei Mangel an stichhaltigen Argumenten lückenfüllenden Schaum zu schlagen. Begründungsarmes Politiker-Gewäsch kriegt sofort eine knallige Verpackung, damit es sich „verkauft.“ Gegenwärtig versuchen unsere Medienschaffenden, mit dem verbalen Dreschflegel „Putin setzt Hunger als Waffe ein“ den Verstand ihres Publikums flachzukloppen. Spätestens, seit sogar Außenministerin Baerbock den Quatsch fehlerfrei nachplappern kann, ist er zum geflügelten Wort in der ohnehin niederträchtigen Ukraine-Kriegsberichterstattung geworden. Den chinesischen Sinnspruch „Wer in die Luft spuckt, kriegt’s wieder ins Gesicht“, muß unsere bildungsfreie Chefdiplomatin ja nicht unbedingt kennen. Aber den urdeutschen Rat, im Glashaus nicht mit Steinen zu werfen, sollte sie besser doch befolgen. Denn nicht Putin setzt den Hunger als Waffe ein, sondern Berlin und Brüssel. Mit tödlichem Erfolg. Zum Beispiel in Syrien. Und in Niger, wo sie Sanktionen nachdrücklich unterstützen, die eine Hungerkatastrophe verursachen werden. Baerbock hatte bereits im Juni vorigen Jahres auf einer internationalen Konferenz zur Ernährungssicherheit in Berlin behauptet, Rußland nehme „die ganze Welt als Geisel“. 345 Millionen Menschen weltweit seien derzeit von Nahrungsmittelknappheit bedroht, die Hungerkrise baue sich „wie eine lebensbedrohliche Welle vor uns auf“. Aber erst Rußlands Krieg habe „aus dieser Welle einen Tsunami gemacht“.

Die plumpe Absicht ihrer Haßrede: Breitere Wählerschichten als nur die kriegsfreudigen NATO-oliv-Grünen emotional „auf Zinne“ bringen. Im Verlaß auf das tiefstehende Revanchebedürfnis wegen der Niederlage Nazi-Deutschlands gegen die Sowjetunion und auf das „neue deutsche Selbstbewußtsein“. Auch eine gedankliche Verbindung zu den aktuell kräftig verteuerten Lebensmitteln läßt sich damit anregen. Zugleich könnte die Lüge (bei häufiger Wiederholung) Baerbocks fehlgeschlagene Sanktionspolitik – „Rußland ruinieren“ – übertünchen. Deren negative Folgen bekommen wir derzeit ja selbst nachhaltig zu spüren.

Der Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt ist überdies durchaus keine Herzensangelegenheit unserer regierenden Schmuckstücke. Beim erwähnten Anlaß erklärte Baerbock denn auch: „Die Konferenz ist keine Geberkonferenz, es geht nicht nur ums Geld.“ Vielmehr müßten sich die ärmeren Länder besser gegen Krisen wappnen. Soll heißen: „Helft euch selbst, dann hilft euch Gott.“ Deutschland gibt sein Geld – inzwischen mehr als 22 Milliarden Euro – lieber für Waffenlieferungen an die Ukraine und als Schmiermittel für dortige Politikriminelle und

Oligarchen aus. Dabei wären nur 14 Milliarden Dollar jährlich nötig, um den Hunger endgültig – weltweit – zu besiegen. Merke: Moral ist, wenn es trotzdem kracht.

## Ohne Sinn und Verstand

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk aber bringt den volksverhetzenden Schmarren „Rußland setzt den Hunger als Kriegswaffe ein“ unkommentiert, gleichgeschaltet und sprachgeregelt immer wieder unters dafür zahlende Volk. Er bestätigt sich damit als Lautsprecheranlage des Berliner Regimes und dessen Washingtoner Vorgesetzten. Angesichts des moralisierenden Entrüstungs-Glibbers, den unsere journalistischen Hofschranzen über die Schreibtische in Hamburg (ARD-aktuell), Mainz (ZDF-heute) und Köln (DRadio, DW) gegen satte Rundfunkgebühr an die Kundenschaft weiterreichen, wird es zunehmend schwieriger, Immanuel Kants Aufforderung zu beherzigen: „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“

Probieren wir’s bitte mal mit folgender Überlegung: Keines der direkt oder indirekt am Ukraine-Krieg teilnehmenden Länder ist wegen veränderter ukrainischer Getreidelieferungen vom Hunger bedroht. Der Vorwurf „Hunger als Waffe im Krieg“ trifft somit schon formal nicht. Und, gegen Rußland gerichtet, den Falschen: Hungersnot droht zwar einigen Ländern des globalen Südens, allerdings überwiegend jenen, die Rußland als Partner betrachtet und als diplomatisch Verbündete zu gewinnen sucht. Präsident Putin hat die Welt denn auch wissen lassen, daß er den ärmsten Ländern Afrikas kostenlos Getreide senden wird. Zugleich erklärte er, Rußland könne eventuell ausfallende ukrainische Getreidelieferungen auf dem Weltmarkt ersetzen.

Der globale Getreidemarkt funktioniert eben nicht so eindimensional, wie das Schlagwort „Hunger als Waffe“ glauben machen soll. Der Markt reagiert auf zahlreiche Impulse, nicht nur solche aus dem politischen Raum. Ein möglicher Versorgungsengpaß – mit schweren Folgen für einige Empfängerländer Afrikas – hätte jedoch zwei Hauptverursacher, und auf beide hat Rußland nicht den geringsten Einfluß. Umgekehrt wird dagegen ein Schuh draus:

## Die marktbeherrschenden globalen Getreidehändler

Sie wollen ihre Geschäfte in und mit der Russischen Föderation drastisch zurückfahren. Einer Statista-Prognose zufolge soll Rußland bei den Weizenexporten in der kommenden Saison 2023/24 zwar an erster Stelle bleiben, jedoch an Getreide insgesamt fast ein Viertel weniger als heuer ausführen. Die internationalen Agrarhändler Cargill, Louis Dreyfus und Viterro haben bereits zum Juli dieses Jahres ihren Getreideexport aus Rußland eingestellt. Ihr Anteil am russischen Getreideexport wird auf 16 Prozent geschätzt. Daß sie mit ihrem Rückzug globale

Versorgungsengpässe erzeugen und Getreidepreise auf dem Weltmarkt in die Höhe treiben können, versteht sich von selbst.

## USA und EU, Initiatoren der völkerrechtswidrigen Sanktionen

Auch die sollen Rußlands Getreideexport soweit möglich blocken. Einer der dazu eingesetzten Hebel ist, Rußland aus dem vom Westen dominierten Kommunikationssystem SWIFT für den internationalen Zahlungsverkehr auszuschließen, „um den Kreml von der Weltwirtschaft abzuschneiden“. Davon betroffen ist auch Rußlands staatliche Landwirtschaftsbank. Sie kann den Zahlungsverkehr für den russischen Getreideexport nicht mehr abwickeln.

## Nutznieser und Mondgucker

Am Rande sei noch vermerkt: Während des inzwischen „toten“ Schwarzmeer-Abkommens verließen tatsächlich nur 725 000 Tonnen Weizen die ukrainischen Häfen in Richtung der am stärksten vom Hunger bedrohten Länder Äthiopien, Jemen, Afghanistan, Sudan, Somalia, Kenia und Dschibuti. Ein Klacks, mehr nicht. Insgesamt erreichten gerade mal 2,5 Prozent des ukrainischen Getreideexports die wirklich notleidenden Länder.

Sogar die Tagesschau meldete: „44 Prozent (des ukrainischen Getreideexports) gingen an reiche Länder, drei Prozent an arme Länder.“ Den Löwenanteil am Getreide aus der Ukraine sicherten sich Spanien, China und die Türkei. Mit einigem Abstand folgten Italien und die Niederlande. Gegen den ukrainischen Getreideexport opponierten jedoch etliche andere EU-Länder, weil er ihre nationalen Märkte unter Druck setzte. Bis heute herrscht in der EU heftiger Zoff über ein deshalb verfügtes Importverbot.

Weltweit werden jährlich allein rund 800 Millionen Tonnen Weizen produziert. Etwa mehr als 190 Millionen Tonnen gehen in den Export. Die fünf größten Anbieter waren zuletzt Rußland, die EU, Australien, Kanada und die USA. Erst auf dem sechsten Platz folgte die Ukraine. Ihr Anteil am Weltmarkt lag bei acht Prozent. Dem Regime in Kiew ist künftig zwar der Getreideexport per Schiff übers Schwarze Meer verwehrt, es bleibt ihm aber noch die Ausfuhr über Land. Der partielle Exportausfall ist für die Ukraine schmerzlich, sein Anteil am Weltmarkt jedoch viel zu klein, als daß er dort Versorgungsengpässe erzeugen und in einigen Ländern gar Hungersnöte herbeiführen könnte. Andere Exportländer treten an die Stelle der Ukraine.

## Getreidepreistreiber

Indien zum Beispiel. Der zweitgrößte Weizenproduzent weltweit wollte eigentlich von der Knappheit profitieren und wäre nur allzu gern als Ersatzlieferant eingesprungen. Premier Modi hatte im vorigen Jahr versprochen, eine mögliche Versorgungslücke zu füllen. Schon bald verfügte er statt dessen jedoch ein Exportverbot, um den sprunghaften



Preisauftrieb im eigenen Land zu stoppen. Drohende Ernteaufschläge wegen einer Hitzewelle hatten die Kehrtwende erzwungen. Modis Absage ließ den Weizenpreis prompt sprunghaft ansteigen.

Andere Getreideexporteure trugen ebenfalls dazu bei, die aktuellen Preise hoch zu halten. In den USA trat dabei ein Neidmotiv zutage. 28 Mitglieder des US-Kongresses hatten in einem Brief geklagt: „Amerikanische Rohstoffproduzenten sind gegenüber ihren Konkurrenten klar im Nachteil, vor allem aus Indien, wo die Regierung mehr als die Hälfte des Produktionswertes für Reis und Weizen subventioniert, anstatt der 10 Prozent, die erlaubt sind nach den Regeln der Welt-Handelsorganisation (WTO).“ Natürlich reagierten die Getreidebörsen auf diesen Protest.

Den G7-Agrarministern paßte die indische Subventionspolitik ebenfalls nicht, nur begründeten sie ihre Ablehnung anders. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, bis zum Kragen abgefüllt mit Selbstüberschätzung: „Wir haben alle miteinander, gerade die großen Exportnationen, auch eine Verantwortung für den Rest der Welt“, nölte er mit Blick nach Neu-Delhi. „Ich sehe das sehr kritisch“. Tatsächlich galt seine „Sorge“ wohl bloß den deutschen Verbraucherpreisen, er ist schließlich auch für das Ressort Ernährung zuständig. Gardinenpredigten, adressiert an Abwesende, dienen seiner Sorte Politiker bevorzugt als risikoloser Ersatz für fehlende eigene Handlungsbereitschaft. Strich drunter. Das Profitinteresse hat im Kapitalismus immer Vorrang, auch angesichts möglicher Hungersnöte.

Man sollte meinen, daß sich angesichts der Faktenlage jeder lächerlich macht, der da behauptet, Rußland setze den „Hunger als Waffe“ ein. Doch die Baerböcke unserer Tage sind nicht nur aggressiv, sondern auch erkenntnisresistent. Zur reuigen Einsicht, Rußland genötigt zu haben, das Getreideabkommen für die Ukraine auslaufen zu lassen, reicht es einfach nicht. Daß Putin versprach, kostenloses Getreide nach Afrika zu liefern, verstärkte noch ihre Abneigung, denn es ließ sie in den Augen der Welt alt aussehen.

Es meckerten vor allem die penetrant russophoben Deutschen: Bundesentwicklungsministerin Schulze sagte dem Evangelischen Pressedienst, „Präsident Putin habe schon zu oft sein Wort gebrochen und wäre jederzeit wieder in der Lage, Weizen als Waffe zu benutzen“. Berliner Spitzenpolitiker legen Wert darauf, intellektuell auf Augenhöhe mit einem Briefkastenschlitz zu bleiben.

### Räuberisches, mörderisches US-Regime

Verdrängt und vergessen ist, wie westliche Werte-Krieger nach ihren militärischen Niederlagen rachsüchtig mit dem „Hunger als Waffe“ umzugehen pflegen. Die US-Amerikaner nahmen erst jüngst, nach ihrem Rauswurf aus Afghanistan, dessen hungernde Bevölkerung in Kollektivhaft. Sie froren 6,1 Milliarden Euro auf den afghanischen Auslandskonten ein und schlossen Kabul aus dem SWIFT-Bankenzahlungssystem aus. Damit konnte die Taliban-Regierung keine Gehälter mehr auszahlen, keine Medikamente und Lebensmittel mehr importieren. Die Hungersnot

– jeder dritte Afghane ist unterernährt – treibt mittlerweile hunderttausende Afghanen zur Flucht.

Knapp die Hälfte des afghanischen Geldes, 3,5 Milliarden Dollar, ließ US-Präsident Biden inzwischen beschlagnahmen, um damit seine Landsleute, „die Opfer des Anschlags vom 11. September“ zu entschädigen. Mit diesem Terrorakt hatte Afghanistan zwar nichts zu tun, die Attentäter waren Araber. Aber was schert das schon kriminelle wertewestliche Regimes wie das der USA und ihrer Vasallen. Ähnlich schlimm wie in Afghanistan ergeht es den Menschen in Syrien. Dort leidet statistisch jeder Zweite an Hunger. In Folge der EU-Sanktionen kann sich das Land weder ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen, noch lebenswichtige Medikamente und andere Bedarfsgüter beschaffen. Sein Öl, den Reichtum des Landes, beuten zur Zeit die USA aus. Sie haben die Förderanlagen im Nordosten besetzt, organisieren den Raub und illegalen Transport in den Irak und beteiligen eine kurdische Clan-Elite an den Verkaufserlösen.

### Hungermacher

Syrien war ja einst eine Kornkammer des Nahen Ostens. Jetzt plündern die USA die Getreideernte und schmuggeln das Raubgut über die Grenze nach Irak. Es schert sie nicht im Geringsten, daß sie damit das Überleben ungezählter syrischer Kinder opfern. Bei Gelegenheit völkerrechtswidriger und kriegsverbrecherischer US-Bombardements auf die zivile syrische Infrastruktur geht auch schon mal ein Getreidespeicher in Trümmer, und das lebenswichtige Gut in Flammen auf.

Unserem staatstragenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist Syriens Elend trotzdem schon lange kaum noch eine Nachricht wert. Dabei könnte man die US-amerikanische Besatzerbande wie die verantwortlichen EU-Sanktionäre mit Grund beschuldigen, den „Hunger als Waffe“ einzusetzen. Die Politik Washingtons: Die syrische Bevölkerung so lange darben lassen, bis sie revoltiert und ihren Präsidenten Assad stürzt. Dazu spendet die Mischpoke von deutschen Staats- und Konzernjournalisten gemeinsam mit den Berliner regelbasierten Ordnungskünstlern Beifall.

Werfen wir noch einen Blick auf die vertragsrechtliche Konstruktion des Abkommens über ukrainische Getreideexporte via Schwarzes Meer.

Im Prinzip handelt es sich nicht um einen üblichen Vertrag mit bindender Wirkung für alle Parteien. Rußland hatte vielmehr ein separates Abkommen nur mit der Türkei und mit den Vereinten Nationen unterzeichnet. Getrennt davon hatte sich auch die Ukraine mit der Türkei und den UN vereinbart. Darüber hinaus schloß Rußland ein Abkommen mit den Vereinten Nationen zur Sicherstellung eines ungehinderten Exports russischer Agrarprodukte und Düngemittel. Die UN sollten darauf hinwirken, daß der Export dieser Warengruppe nicht mehr infolge der westlichen Rußland-Sanktionen beeinträchtigt wird.

Es liegt auf der Hand, daß der Erfolg des Bündels von Abkommen nicht von Vertragstiteln

abhängt, sondern vom guten Willen aller Beteiligten. Den ließ der Westen aber schmerzlich vermissen. Das Bemühen der UNO, russische Getreide- und Düngemittelausfuhren zu erleichtern, hatte keinen Erfolg. UN-Generalsekretär Guterres und sein Plenum sind gegenüber den Regierungen der USA und der EU nicht nur machtlos, sie müssen ihnen gegebenenfalls sogar Folge leisten.

### Profit schlägt Großmut

Als Präsident Putin sich Mitte September vorigen Jahres bereiterklärte, rund 300 000 Tonnen russischer Düngemittel, die aufgrund von Sanktionen in europäischen Häfen festsetzen, kostenlos an die Entwicklungsländer zu liefern, zeigten ihm unsere „Wertewestler“ sogleich den Stinkefinger. Der Dünger, für Rußland ohnehin nur noch ein Kostenfaktor, hätte mutmaßlich die Preise der transatlantischen Konkurrenz gedrückt und deren Profit geschmälert. Düngemittel und Weizen sind zwar von den Sanktionen ausgenommen, unterfallen aber schweren Nebenwirkungen der gesamten Sanktionspolitik: Hemmnissen beim Transport und bei der Bezahlung beispielsweise, wie beim schon genannten SWIFT-Ausschluss.

Darüber erfuhr man so gut wie nichts in den Mainstream-Medien, auch nicht vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Erst, als das Abkommen im Juli 2023 nicht erneuert wurde, kamen die deutschen „Hunger-als-Waffe“-Experten wieder aus ihren Löchern. An der Spitze der Propaganda-Front: die Grünen. Cem Özdemir: Putin nehme „die Ärmsten der Armen auf dieser Welt in Geiselnhaft für seine grauenhafte Kriegstreiberei“.

(...)

Kapitalistisches Profitstreben ist ein wesentlicher Verursacher von Hungersnöten im globalen Süden. Hunger herrscht, weil der Getreidepreis der Börsenspekulation unterliegt. Unseren Regierenden ist es jedoch bei Strafe ihres Amtsverlustes – gegebenenfalls sogar ihres Lebens – verwehrt, den Börsenhandel mit Nahrungsmitteln zu verbieten. Nicht politische Macht zählt hier, sondern die Macht der Geldelute. Westliche Politiker dürfen nur mit der heuchlerischen Bezichtigung „... Putin setzt den Hunger als Waffe ein!“ auf den Widersacher losgehen.

Zu guter Letzt: Der SWIFT-Ausschluß Rußlands, des weltweit bedeutendsten Getreideexporteurs, und andere seinen Handel beeinträchtigende Sanktionen sind lange vor dem 24. Februar 2022 abgekartet worden. Maulheld Olaf Scholz: „Über Monate hinweg haben wir die Sanktionen bis ins kleinste Detail vorbereitet, damit sie die Richtigen treffen, damit sie wirken“, tönte er im März 2022 vor dem Bundestag in Berlin. Getroffen werden jetzt aber nicht nur russische, sondern auch ukrainische Bauern. Wer sind nun „die Richtigen“? Uns' Olaf hätte besser den Verstand als „Waffe“ eingesetzt. Soweit verfügbar – und soweit er sich „erinnern“ kann ...

**Friedhelm Klinkhammer**  
**Volker Bräutigam**

*Redaktionell gekürzt*

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog>,  
31.8.23

# Eine Stimme aus Österreich zum Nahost-Konflikt

Ende April 2023 hat der jüdisch ethnozentrische Staat Israel den 75. Jahrestag seiner Gründung zelebriert. Im Mai 2023 hat das palästinensische Volk des 75. Jahrestages der Nakba ihres Heimatlandes gedacht. Der Konflikt zwischen den jüdischen Israelis und den palästinensischen Arabern ist einer humanen Lösung nicht nahegekommen.

Seit mehr als 15 Jahren ist der Gazastreifen ein riesiges Freiluftgefängnis, eingeschlossen von israelischen Militärstützpunkten, Mauern und Sicherheitszäunen. Palästinensische Dörfer und Flüchtlingslager wurden seit Jahren von israelischen Militäreinheiten immer wieder durchstreift und die dort in tiefster Armut lebenden Palästinenser, Erwachsene und Kinder, systematisch verängstigt, provoziert und gedemütigt. In den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten werden mit Waffen hochgerüstete jüdische Siedlungen gebaut, Straßen, die nur für israelische Fahrzeuge zugänglich sind, und eine Infrastruktur im Interesse Israels installiert. Das palästinensische Volk ist in seiner Gesamtheit seit vielen, vielen Jahren Opfer eines israelischen Staatsterrorismus, vergleichbar mit dem Terrorismus der herrschenden Klassen in Lateinamerika oder in Afrika.

Zu Beginn des Jahres 2006 hat die Hamas in einer weltweit beachteten Wahl die parlamentarische Mehrheit in Palästina erlangt. Ihre Führer haben immer wieder betont, daß sie eine Zweistaatenlösung akzeptieren würden. Eine solche war von den Vereinten Nationen 1946 vorgesehen. Palästina sollte in zwei Staaten geteilt werden, einen jüdischen und einen palästinensisch-arabischen. Es ist aus verschiedenen Gründen nicht dazu gekommen. Mit der UN-Resolution 3236 vom November 1974 wurde das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in Palästina anerkannt und der Teilungsplan in Erinnerung gebracht. Am 15. November 1988 hat die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) inmitten der Intifada die Gründung des Staates Palästina anerkannt. Österreich begnügte sich mit der Anerkennung Palästinas als Völkerrechtssubjekt, anerkennt es aber nicht als Staat. Die führenden Eliten von Israel haben im Einvernehmen mit den USA mit fadenscheinigen Begründungen eine solche, zum Frieden hinführende, Zweistaaten-Lösung abgelehnt. Im Grunde ging und geht es ihnen um die Vernichtung Palästinas, in dem nach den Worten des

israelischen Verteidigungsministers Yoav Gallant „menschliche Tiere“ leben.

Seit Jahresanfang 2023 sind bis zum 8. Oktober mehr als 250 Palästinenserinnen und Palästinenser im Westjordanland von Israelis massakriert worden, darunter mehr als 40 Kinder. Jetzt hat Hamas entschieden, einen bewaffneten Befreiungskampf zu beginnen, um Gerechtigkeit in Palästina zu verwirklichen. Die Gewaltakte sind schrecklich, nicht anders als in anderen Teilen der Welt, von denen nicht nur Österreich wegschaut.

Indem Österreichs politisches System völlig einseitig dem Vorgehen Israels zur Auslöschung Palästinas demonstrativ zustimmt, ist es für die explosive Gewalt dort mit verantwortlich. Anstatt eine Fahne des Friedens und des Dialogs auf dem Bundeskanzleramt in Wien zu hissen, um zu signalisieren, daß die Republik Österreich sich zur Vermittlung zwischen dem palästinensischen und israelischen Volk anbietet, wird die israelische Flagge gehißt. Das ist wahrlich erbärmlich!

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

*Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 14.10.23*

## Deutsche Strategen

Der Versuch des kollektiven Westens, hinter sich eine Staatenmehrheit gegen Rußland zu sammeln, ist gescheitert. Der globale Süden einschließlich Papst läßt von seiner notorisch unbotmäßigen Sicht nicht ab und will verdächtigerweise Frieden mit Moskau stiften. Ausgerechnet dem „Zeitenwende“-Deutschland, das besonders großmäulig seinen Geldsack fürs Kiewer Faß ohne Boden öffnete und mit Begeisterung Panzer Richtung Osten fahren läßt, bescheinigt nun auch noch der Internationale Währungsfonds, daß der Wirtschaftskrieg Rußland am Wirtschaftswachstum nicht hindert, aber hierzulande besonders großen Schaden anrichtet.

Das läßt die regierenden deutschen Strategen beim Aufflammen des Gaza-Konflikts nicht etwa innehalten. Sie legen eins drauf, zumal sie eine Allparteienkoalition mit noch weniger Ausnahmen als im Februar 2022 hinter sich wissen. Keine Silbe daher vom Bundeskanzler zu den Kriegsursachen. So akribisch Bild, ARD und ZDF die Massaker der dem IS nahefernden Kopfabstreifer schildern, so sorgfältig wird der Staatsterror Israels schöngefärbt oder verschwiegen. Das Verfahren wurde seit 2014 auf das Wüten der faschistischen Bataillone Kiews in der Ostukraine übertragen.

Was sind hierzulande schon 14 000 Tote, wenn es sich überwiegend um „Prorussen“ handelt? Und was 5 418 tote Palästinenser, die von 2007 bis 2022 im belagerten Gaza durch israelisches Militär getötet wurden? Diese Zahl nannte Südafrikas Außenministerin Naledi Pandor am 26. Juli 2022 in Pretoria

auf einer Konferenz palästinensischer Missionschefs in Afrika zum 15. Jahrestag der Einrichtung des Freiluftgefängnisses Gaza für mehr als zwei Millionen Menschen.

Entsprechend unterschiedlich fallen Stellungnahmen aus Berlin und solche aus Südafrika, der Afrikanischen Union, den Staaten Lateinamerikas, des irakischen Ministerpräsidenten am 10.10. beim Treffen mit Putin oder aus Beijing aus. Da stehen obenan Forderungen zum Verzicht auf Gewalt, Zurückhaltung und Frieden zwischen Israel und Palästina, wird die „illegale Besatzung“ verurteilt. Berlin aber kennt allein Israels Recht auf Selbstverteidigung, womit gemeint ist: Wie bei Kiew soll der Krieg mit deutscher Hilfe angeheizt werden. Das übertrifft Joseph Biden, der Israel an die Einhaltung des Kriegsrechts erinnerte. In Berlin fiele das vermutlich unters Sprech- und Demonstrationsverbot. Denn hier sollen nun die „Samthandschuhe“ im Umgang mit muslimischen Organisationen ausgezogen werden (Cem Özdemir), stellen Antideutsche und ihr Anhang in Gewerkschaften, Parteien und Initiativen die Vogelscheuche des „linken Antisemitismus“ in Medien auf. Der gerade in Bayern und Hessen nach oben gehievt islamophobe Rassismus kann so schnell „veressen“ werden. Wie tote „Prorussen“ oder Palästinenser. Der globale Süden erinnert sich aber an sie, die Kluft zu ihm wird so erheblich größer. Eine Berliner Meisterleistung.

**Arnold Schölzel**

*Aus: junge Welt, 12.10.23*

### KLARSICHTFOLIE NAHOST\*

Netanjahu, Benjamin,  
Der Koch am Nahostkessel,  
Zuständig für Zweck und Sinn  
Der Gazastreifen-Fessel.

Die Landesgrenze überwacht  
Das Israeli-Heer.  
Es hat sich ganz schön breitgemacht,  
Sogar vom Wasser her.

Wer dort Palästinenser ist,  
Hat leider nichts zu lachen.  
Daher dieser Befreiungsschlag  
Bedränger Gaza-Wachen.

Die Route 1: „Pro-Israel“  
Ist deutsche Staatsräson.  
„Hamas“ nur denken, geht schon fehl,  
Rennt gegen Stahlbeton.

\* Benjamin Netanjahu (73), Israels Ministerpräsident von 1996 bis 1999, von 2009 bis 2021 und erneut von 2022 bis heute.

*Yanis Varoufakis (62), griechischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker: „Angriffe auf die Infrastruktur, insbesondere die Stromversorgung, sind Kriegsverbrechen. Männer, Frauen und Kinder von Wasser, Strom und Heizung abzuschneiden, ist ein rein terroristischer Akt – es sei denn, die Angriffe gehen von Israel aus. Dann ist es in Ordnung.“*

**Lutz Jahoda**  
15.10.23



# Demokratie – eine politische Hülle

## Ein Blick in die Geschichte der USA

Für die Herausbildung der amerikanischen Nation und für die wirtschaftliche und politische Entwicklung wirkte sich die englische Kolonialherrschaft seit Mitte des 18. Jahrhunderts immer hemmender aus. Die fortwährende Kolonialherrschaft widersprach den Interessen der amerikanischen Bourgeoisie, der Farmer, der Grenzer und landarmen Bauern, der Handwerker, der Arbeiter und der neuen Einwanderer. Seit 1763 verstärkte sich der englische Druck auf die Kolonien und schuf somit die Ursachen für den Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges (1776). Am 4. Juli des Jahres erfolgte die Unabhängigkeitserklärung der USA durch dreizehn britische Kolonien in Philadelphia.

Der Unabhängigkeitskrieg war sowohl eine revolutionäre Befreiungsbewegung als auch eine bürgerliche Revolution. Er endete 1783 mit der Anerkennung der Selbstständigkeit des neuen Staates durch den englischen König. Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika (United States Constitution) wurde von Vertretern der konservativen Großbourgeoisie (Anleihenbesitzer, Bankiers, Kaufleute, Reeder, Fabrikanten, Landspekulanten) ausgearbeitet. Ihre Verabschiedung erfolgte am 17. September 1787 und trug zur kapitalistischen Entwicklung bei. Sie sicherte in gewissem Maße die Vorherrschaft der Plantagen- und Großgrundbesitzer und förderte gleichzeitig die Festigung der bürgerlichen Staatsordnung. Die Plantagenwirtschaft, basierend auf der „Negersklaverei“ im Süden der USA, wurde nicht angetastet.

Die USA sind eine föderale Republik in Form eines Präsidialsystems. Als wichtigste Staatsorgane sind der Präsident, der Kongreß (bestehend aus Repräsentantenhaus und Senat) und das Oberste Gericht (neun Richter) festgelegt worden. Den Präsidenten kann das Volk nur indirekt über Wahlmänner wählen. Er ist sowohl Staatsoberhaupt und Regierungschef als auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte der USA. Er nominiert die Richter des Obersten Gerichtes auf Lebenszeit, die der Senat bestätigt.

Wer für eine „Partei“ Präsidentschaftskandidat wird, entscheiden Vorwahlen. Mit anderen Worten: Wer Präsident der USA werden möchte, braucht politischen Einfluß und viel Geld – sehr viel Geld. Und dieses Geld, z.B. in Form von Wahlkampfspenden, kann nur die Finanzoligarchie aufbringen. Daneben gibt es auch staatliche Wahlkampfhilfen.

Die Verfassung der USA wurde in New Hampshire (9. Staat) am 21. Juni 1788 ratifiziert. Sie trat am 4. März 1789 in Kraft. Zehn Zusatzartikel, Bill of Rights, wurden vom amerikanischen Kongreß am 25. September 1789 beschlossen und in die Verfassung aufgenommen. Sie widerspiegeln Auffassungen der Aufklärung. Am 18. Juni 1812 begann erneut ein Krieg mit England. Die Engländer behinderten die Ausbreitung der USA nach Westen und bereiteten dem

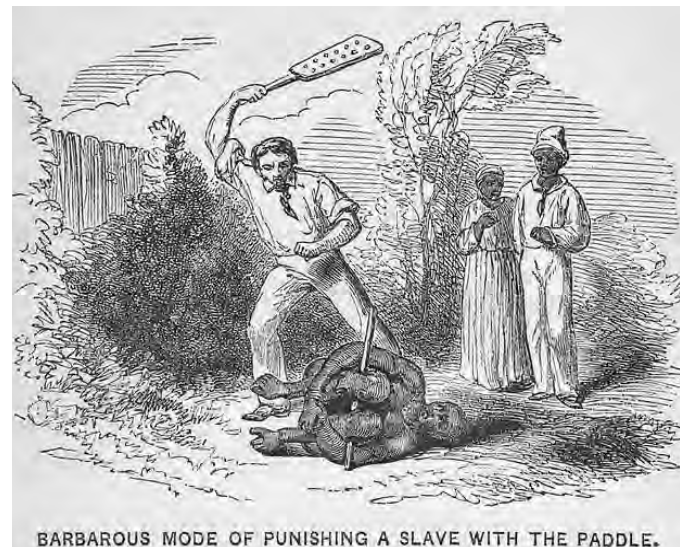
Außenhandel der USA Schwierigkeiten. Der Krieg endete am 24. Dezember 1814 mit dem Frieden von Gent. Die Engländer sicherten zu, sich nicht mehr in die amerikanische Unabhängigkeit einzumischen. Danach nahm die Industrieproduktion schnell zu, wobei das industrielle Schwergewicht im Norden der USA lag. Im Süden beruhte die wirtschaftliche Entwicklung weiter vorrangig auf der Plantagenwirtschaft mit schwarzen Sklaven. Es bestand eine tiefe wirtschaftliche, soziale und politische Spaltung zwischen Nord- und Südstaaten. Insbesondere in der Sklaverei lag die wesentliche Ursache für den Bürgerkrieg von 1861 bis 1865. Sie behinderte die Entwicklung des Kapitalismus. Die Herrschaft der Sklavenhalter in den Südstaaten widersprach den Interessen der Bourgeoisie der Nordstaaten, der Farmer, der Arbeiter und Sklaven. In diesem Sinne war der Bürgerkrieg in den USA eine bürgerlich-demokratische Revolution gegen die Plantagensklaverei. Die Hegemonie im Kampf gegen die Südstaaten übernahm die Großbourgeoisie des Nordens. Auf ihrer Seite lag das ökonomische Übergewicht mit ca. 75 % der Industrieproduktion. Erst im Zusatzartikel XIII, Abschnitt 1, zur Verfassung wurde die Sklaverei 1865 offiziell abgeschafft.<sup>1</sup>

Der Bürgerkrieg machte den Weg frei für eine außerordentliche stürmische Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus. Die USA entwickelten sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zur führenden Industriemacht der Welt und zu einer imperialistischen Großmacht.

Sie setzten und setzen ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen über verflochtene elitäre Zirkel durch. Dazu zählen z.B. organisierte Interessengruppen, die sich in Unternehmens-, Arbeitnehmer-, Berufs- und Agrarverbände u.a.m. unterteilen lassen. Außerdem bestehen Think-Tanks und Stiftungen, die einen wesentlichen Einfluß auf den politischen Meinungsbildungsprozeß in den USA ausüben. Die amerikanische „repräsentative Demokratie“ mit ihrem Zweiparteiensystem ist die Diktatur des Kapitalismus, der Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, äußerte Fidel Castro Mitte der 60er Jahre. Er bezeichnete den nordamerikanischen Staat als ein Instrument der Klassenherrschaft in innenpolitischer wie internationaler Hinsicht

1 <https://usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf>

„Die herrschenden Klassen üben ihre Macht mithilfe des Staates und aller Mittel aus, auf die sie sich zur Verteidigung ihres Systems verlassen können. Sie verlassen sich dazu nicht nur auf den Staat, seine Administration, seine Streitkräfte, sondern auch auf all die anderen Instrumente, die dem System zur Verfügung stehen: die vorherrschenden politischen Parteien, die komplett von diesen Klassen kontrolliert werden und sich an der Macht abwechseln, alle Kommunikationsmittel – Presse, Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen, Magazine, Filme, Verlage, technische und wissenschaftliche Gesellschaften, öffentliches Bildungswesen, die Universitäten. Alle diese Medien sind einem System zu Diensten, das von den Reichen in den Vereinigten Staaten kontrolliert wird.“<sup>2</sup> Die Demokratie ist also eine politische Organisationsform der Machtausübung der herrschenden Klasse mittels des Staates. Sie wird von den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen geprägt, d.h. durch die Produktionsverhältnisse und das Eigentum



BARBAROUS MODE OF PUNISHING A SLAVE WITH THE PADDLE.  
Die USA waren und sind der erste „Rassen“staat der Geschichte (Zeichnung wahrscheinlich 1819)

an Produktionsmitteln. „Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es ... von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.“ (Lenin)<sup>3</sup>

**Dr. Ulrich Sommerfeld**

2 Castros Kuba, Lee Lockwood, Taschen, 2016, S. 187

3 Staat und Revolution, W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Band II, Dietz Verlag Berlin, 1970, S. 328

# Fidel Castro vor 70 Jahren: „Die Geschichte wird mich freisprechen“

„Verurteilen Sie mich, es hat keine Bedeutung. Die Geschichte wird mich freisprechen.“ Mit diesen Worten beendete der 27jährige Rechtsanwalt Fidel Castro am 16. Oktober 1953 sein Plädoyer vor dem Militärgericht in Santiago de Cuba. Kurz darauf wurde er für den Angriff auf die Moncada-Kaserne, den er am 26. Juli 1953 mit seinen Kommandos geführt hatte, zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Melba Hernández und Haydeé Santamaría, zwei legendäre Frauen, die am Angriff auf die Moncada-Kaserne beteiligt waren, hatten sich die Verteidigungsschrift beschafft. Sie druckten heimlich 100 000 Exemplare und organisierten deren Verteilung auf der ganzen Insel.

Im Plädoyer stellt Fidel Castro die Probleme und Übel dar, die Kuba durchlebte. Er faßte sie in sechs grundlegenden Punkten zusammen: Grund und Boden, Industrialisierung, Wohnen, Arbeitslosigkeit, Bildung und Gesundheit. Die Regierung seiner Bewegung würde als erstes eine Verfassungsreform, eine Agrarreform, eine umfassende Reform des Bildungswesens, eine Verstaatlichung der Stromversorgung und eine Beschlagnahme der Vermögenswerte der Herrschenden für Rentenfonds, Krankenhäuser und Pflegeheime durchführen. Fidel bezeichnete das Volk als die wesentliche Kraft im revolutionären Kampf.

Im Plädoyer charakterisierte Fidel Castro das gesamte politische, wirtschaftliche und soziale System, das zu dieser Zeit in Kuba existierte, als US-Kolonie. Der Angriff auf die Moncada-Kaserne am 26. Juli scheiterte, doch mit dem Plädoyer Fidel Castros begann der Siegeszug der „Bewegung des 26. Juli“. Der Angeklagte war zum Ankläger der korrupten Diktatur von Fulgencio Batista geworden.

Mit dem Plädoyer lieferte Fidel Castro gewollt oder ungewollt ein marxistisch-leninistisches Konzept, das, José Martí folgend, an die kubanische Realität angepaßt war und alle Kräfte und sozialen Sektoren in die Revolution einband. Castros Verteidigungsrede gilt deshalb als programmatisches Manifest der Kubanischen Revolution.

Nach zwei Jahren Kerker auf der Isla de Pinos ging Fidel nach Mexiko ins Exil. Dort bereitete er zusammen mit 82 Gefährten den bewaffneten Kampf zum Sturz des Batista-Regimes vor. Am 2. Dezember 1956 landete die „Granma“, aus Mexiko kommend, in Alegría de Pío an der Ostküste Kubas. Dieser Vorgang verlief tragisch, die Gruppe verlor Männer und Gewehre, denn sie landete nicht wie geplant an einem festen Brückenkopf, sondern weit entfernt davon in einem sumpfigen Gebiet. Nach diesem Fehlschlag organisierten Fidel, sein Bruder Raúl, Che Guevara und Camilo Cienfuegos verschiedene Guerilla-Fronten. Der

Marsch durch die Sierra Maestra begann. Er endete am 1. Januar 1959 mit dem Sieg der Revolution.

Wie angekündigt, begann die revolutionäre Macht mit der Lösung der sechs Aufgaben. Fidel Castro sah voraus, daß die Revolution ein „schweres Unternehmen voller Gefahren sein“ wird.

Am 16. April 1960 verkündete Fidel Castro den sozialistischen Charakter der Revolution: „Sie werden uns nicht verzeihen, daß wir direkt vor der Nase der Vereinigten Staaten eine sozialistische Revolution machen ... Wir verteidigen diese sozialistische Revolution mit dem Mut, mit dem unsere Schützen die



angreifenden Flugzeuge mit Kugeln durchlöchernten ... Wir verteidigen diese Revolution nicht mit Söldnern, wir verteidigen sie mit den Männern und Frauen des Volkes ...“

Im Frühjahr 1960 begannen die Terrorakte ehemaliger Batista-Leute gegen die revolutionären Veränderungen. Washington nutzte diese Elemente für intensive Kampagnen gegen Kuba und startete die bis heute fortgesetzte Wirtschaftsblockade gegen Kuba.

Am 17. April 1961 landeten in der Schweinebucht Kriegsschiffe der USA. Das Pentagon und die CIA nannten die Operation „Pluto“. Sie hatte zum Ziel, das Gebiet zu isolieren, einen Flughafen zu besetzen und eine Exilregierung einzusetzen. Nach zweitägigem Kampf befreiten die kubanischen Streitkräfte die Schweinebucht. Fidel Castro bezeichnete diesen Sieg als „eine große Schule für das kubanische Volk, das lernte, keine Angst vor dem Feind zu haben“.

1962 schloß die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auf Betreiben Washingtons Kuba aus ihren Reihen aus. Die kubanische Revolution setzte trotz alledem ihren Konsolidierungsprozeß fort.

Das Land trat der Bewegung der Blockfreien bei. Anfang 1965 bereiste Che Guevara Afrika. Er wollte die Revolution in Algerien

unterstützen. 1966 ging er mit einer Gruppe kubanischer Kämpfer nach Bolivien, um dort zusammen mit der Nationalen Befreiungsarmee die Militärjunta zu bekämpfen. Im Oktober 1967 wurde er vom Militär gefangen genommen und am 9. Oktober 1967 erschossen. Der Tod seines Mitkämpfers traf Fidel Castro zutiefst. Die Unterstützung der Befreiungskämpfe in den Ländern der Dritten Welt ging jedoch weiter. Kuba stand an der Seite der Regierung Salvador Allendes in Chile. Nach dem Putsch 1973 half sie den Verfolgten der Pinochet-Diktatur. In Algerien, Äthiopien, der Republik Kongo, Angola, Mozambique, Namibia und Südafrika unterstützte

Kuba mit Truppenkontingenten oder militärischen Beratern deren anticolonialen Befreiungskampf. Nach dem Sieg der Sandinistischen Volksrevolution am 19. Juli 1979 half Kuba bei der Umgestaltung Nicaraguas und der Verteidigung der Revolution gegen die Contras.

Mit der Niederlage des Sozialismus in Europa verlor Kuba seine strategischen Verbündeten und mit ihnen 1990 seine bedeutenden Energie- und Warenlieferer. Die kubanische Führung startete die „Spezialperiode in Friedenszeiten“. Sie sah unter anderem vor, die Zuckerproduktion umzugestalten, die Maschinenarbeit in der Landwirtschaft zu verringern, neue Energiequellen zu akquirieren und den Tourismus als neue Devisenquelle zu forcieren.

Zudem suchte Fidel Castro neue Verbündete in Lateinamerika. Anfang 1990 traf er mit dem brasilianischen Gewerkschaftsführer und späteren Präsidenten Brasiliens Lucio Ignacio „Lula“ da Silva zusammen. Sie vereinbarten, die linken Parteien und Organisationen Lateinamerikas und der Karibik zu einer Beratung einzuladen. Am 4. Juli 1990 kamen Vertreter von 48 kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Lateinamerikas und der Karibik in die brasilianische Hafenstadt São Paulo. Ein Jahr später gab sich die Versammlung in Mexiko-Stadt den Namen „Forum von São Paulo“. Es ist heute ein bedeutender Zusammenschluß linker Parteien und Organisationen.

In seiner These von der Integration Lateinamerikas und der Karibik bekräftigte Fidel, daß die politische und wirtschaftliche Union ihrer Nationen dazu beitragen würde, ihre eigene Entwicklung voranzutreiben und den Einfluß der USA in der Region zu verringern. Auf der Grundlage der Prinzipien der Einheit und Integration gründete Fidel Castro zusammen mit Hugo Chavez im Dezember 2004 die Bolivarische Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA-TPC). 2005 folgte zunächst PETROCARIBE und 2007 die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR).



2011 trafen sich die Regierenden der Völker Lateinamerikas und der Karibik in Caracas, um die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) zu gründen. Mit seiner strategischen Vision von der Einheit und Integration der Völker Lateinamerikas und der Karibik setzte Fidel Castro die Ideen großer Unabhängigkeitsführer wie Simón Bolívar, Emiliano Zapata, José Martí und Augusto C. Sandino fort.

Ein weiterer Grundsatz Fidels war, „nicht das zu geben, was übrig ist, sondern zu teilen, was man hat.“ Das erklärt die große Hilfsbereitschaft, mit der Kuba auf den Gebieten der Medizin, des Sports und der Bildung international auftritt. Auf Initiative Fidel Castros wurde 1999 die Lateinamerikanische Schule für Medizin (ELAM) ins Leben gerufen. Zusammen mit Venezuela entwickelte Kuba den Plan für die „Misión Milagro“ zur Heilung von Augenerkrankungen. Mit Hilfe der Methode „Yo sí puedo“ lernten Millionen Menschen in der Region lesen und schreiben. Dank Kubas Hilfe wurden Länder wie Bolivien, Nicaragua und Venezuela frei vom Analphabetismus erklärt. Der Internationalismus wurde Praxis der Außenpolitik der kubanischen Revolution. Fidel Castro legte großen Wert auf den Schutz der Natur, die nachhaltige Entwicklung und die Umweltbildung der jungen Generation.

Bereits in den 60er Jahren, als über diese Themen kaum gesprochen wurde, ergriff Kuba Maßnahmen zum Umweltschutz. Fidel verurteilte verschwenderisches Konsumverhalten und sagte die Auswirkungen des Klimawandels und seine Folgen für Entwicklungsländer und kleine Inselstaaten voraus. Er prangerte die Industrienationen an, die am meisten zum aktuellen Zustand der Umwelt beigetragen haben und versuchen, sich ihrer Verantwortung zu entziehen.

2022 überstand die Inselrepublik die jüngsten Sanktionen des US-Imperialismus und seiner Verbündeten. Sie überstand den Brand in Matanzas und den Hurrikan Ian. Kuba bekämpfte erfolgreich die Corona-Pandemie und entwickelte die wirksamen Impfstoffe Abdala und der Soberana-Reihe, die es millionenfach auch anderen Ländern vorbehaltlos zur Verfügung stellt.

Kuba fiel nie vor den USA auf die Knie, wie Washington hoffte. Auf Fidel gab es Hunderte Attentat-Versuche, um ihn auszuschalten. Doch der Respekt und die Unterstützung der Menschen auf der ganzen Welt für die Kubanische Revolution sind aufgrund ihres anhaltenden Widerstands ständig gewachsen.

Der Politikwissenschaftler Atilio Borón von der Universität Buenos Aires meinte, daß die Geschichte Lateinamerikas und der Karibik

ohne die von Fidel Castro angeführte Revolution anders verlaufen wäre: „Wir hätten nicht Lula, Dilma, Chávez, Maduro, Néstor, Cristina, Lugo, Rafael, Evo, Daniel, Sánchez Cerén, Tabaré und „Pepe“. Populäre und revolutionäre Führer wie Allende, Velasco, Alvarado, Juan J. Torres, Goulart, Torrijos und Roldós standen unter dem Einfluß der kubanischen Revolution.“

Im Dezember 2003 führte der Chefredakteur der französischen Monatszeitung „Le Monde“ Ignacio Ramonet ausführliche Gespräche mit Fidel Castro. Ihr Wortlaut wurde im Buch des Rotbuch-Verlags „Fidel Castro – Mein Leben“ veröffentlicht. Auf dem Cover steht geschrieben: „Er gilt als der am längsten amtierende Staatsmann der Geschichte: Ein halbes Jahrhundert stand der ‚Maximo Lider‘ an der Spitze Kubas und beeinflusste das Weltgeschehen. Er überdauerte neun US-Präsidenten und unterhielt persönlich Kontakte zu den wichtigsten Köpfen der Welt. Er rauchte Zigarren mit Nikita Chruschtschow und Willy Brandt, empfing Papst Johannes Paul II., pflegte Freundschaften mit Gérard Depardieu, Nelson Mandela und Ernest Hemingway.“

Fidel Castro starb am 25. November 2016.

Die Geschichte hat ihn freigesprochen.

**Wolfgang Herrmann**

Dreesch

## Solidarität unter Brüdern

### Ein halbes Jahrhundert seit dem historischen Besuch des Comandante in Vietnam

Am Jahrestag des historischen Besuchs des Oberbefehlshabers in den befreiten Gebieten Südvietnams wurde im Fidel-Castro-Ruz-Zentrum dieses Besuches gedacht, der bis heute in den Herzen des vietnamesischen Volkes weiterlebt.

An der Zeremonie, die unter dem Vorsitz des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Kubas und Präsidenten der Republik, Miguel Díaz-Canel Bermúdez, stattfand, nahmen auch der Präsident der Nationalversammlung der Volksmacht, Esteban Lazo Hernández, der Sekretär für Organisation des Zentralkomitees, Roberto Morales Ojeda, und andere Mitglieder des Politbüros sowie der vietnamesische Botschafter in Havanna, Le Thanh Tung, teil.

Morales Ojeda erinnerte an den Aufenthalt des Comandante en Jefe in dem asiatischen Land vom 12. bis 17. September 1973 und betonte: „Das Bild unseres Comandante en Jefe, der die Fahne der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams über einem Panzer auf der Höhe 241 schwenkt, erschüttert immer noch. Er ging dorthin mit dem Wunsch, mit eigenen Augen das wilde Schlachtfeld und den heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes zu sehen. Deshalb ist dieses Foto in einer Gegend, in der es noch nach Schießpulver roch, ein Symbol für die Brüderlichkeit zwischen Kuba und Vietnam.“ Morales Ojeda erinnerte daran, daß der Revolutionsführer die Orte besuchte, an denen der Krieg sein zerstörerischstes Ausmaß



Foto: Granma-Archiv

erreicht hatte, und beim Wiederaufbau sofort die Hilfe von der Karibikinsel kam. „In dem ständig bombardierten Hafen von Haiphong kamen Schiffe mit Zucker aus unserem Land an. Kuba nahm Tausende vietnamesischer Studenten auf, die in verschiedenen Fächern ausgebildet wurden, darunter auch in der spanischen Sprache. Hunderte unserer Landsleute arbeiteten unter anderem beim Aufbau

von Krankenhäusern- und Straßen.“ Er fügte hinzu, daß diese Seiten der Solidarität den unschätzbaren Schatz der beispielhaften Beziehungen zwischen den beiden Ländern und der besonderen Freundschaft bilden, die von den Führern Ho Chi Minh und Fidel Castro begründet wurde. „Die Entfernung war nie ein Hindernis, und das vietnamesische Volk hat in Kuba immer eine offene Hand und ein kämpferisches und aufrichtiges Engagement gehabt.“ Er dankte Vietnam auch für seine entschlossene Haltung gegen die kriminelle Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade durch die Vereinigten Staaten. Diese gegenseitige Solidarität wurde auch von Le Thanh Tung gewürdigt, der darauf hinwies, dass Kuba Vietnam nicht nur politisch und diplomatisch unterstützt, sondern auch großzügige materielle Hilfe geleistet und Menschen ausgebildet hat, die das Land entwickeln können.

„Die von unseren historischen Führern Ho Chi Minh und Fidel Castro begründeten und geleiteten Bande der brüderlichen Solidarität, der umfassenden Zusammenarbeit und des uneingeschränkten gegenseitigen Vertrauens zwischen unseren beiden Parteien, Staaten und Völkern wurden in den letzten sechs Jahrzehnten unaufhörlich gestärkt und vertieft und sind bereits zu einem Symbol geworden“, sagte Le Thanh Tung.

**Nuria Barbosa León**

internet@granma.cu, 13.9.23

# Was ist aus Afghanistan nach zwei Jahren Taliban-Herrschaft geworden?

Der 20 Jahre US-geführte Krieg hat das Land am Hindukusch nicht nur mit Personenminen verseucht, sondern die ökonomischen, sozialen und ethisch-moralischen Fundamente der ganzen Gesellschaft zerstört. Die USA haben samt ihrer Entourage das Land verlassen, aber die Folgen ihrer Zerstörung müssen jetzt über sehr viele Jahre die Afghanen ertragen.

Die sogenannte internationale Gemeinschaft hat in der langen Zeit ihrer Präsenz keine nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen geschaffen. Im Gegenteil. Durch die Politik der „offenen Tür“ wurde die nationale Wirtschaft zerstört und der Drogenökonomie Vorrang gegeben. Es existiert lediglich eine Dienstleistungsökonomie für die Versorgung der NATO, der NGOs und weiterer internationaler Organisationen. Die Folge ist, daß über die Hälfte der Bevölkerung vom Hungertod bedroht ist. In Afghanistan sind immer noch 1199 km<sup>2</sup> Boden durch Personenminen verseucht. Seit Anfang 2022 hat es 122 Minenexplosionen mit 390 Verletzten, darunter 166 Kindern und 90 Toten gegeben.<sup>1</sup> Bei dem Tempo und der bisherigen Kapazität wird es vierhundert Jahre dauern, bis die Minen restlos geräumt sind, wie die Vereinten Nationen vor Jahren angaben. Nach vierzig Jahren Krieg und ausländischer Einmischung<sup>2</sup> ist die gesamte Entwicklung von Afghanistan für unabsehbare Zeit massiv zurückgeworfen worden.

Am 15. August 2023 haben die Taliban den zweiten Jahrestag ihrer Machtübernahme gefeiert und den Tag zu einem nationalen Feiertag erklärt. Doch gibt es einen Grund zu feiern? Die Taliban sagen: Ja! Wir haben die US-Supermacht samt ihrer ausländischen und afghanischen Entourage aus dem Land vertrieben, den USA damit die größte historische Niederlage nach Vietnam bereitet, die Sicherheit im ganzen Land wiederhergestellt, die Kriminalität beseitigt. Dem wird auch von der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung zugestimmt. Aber die allererste Maßnahme des Taliban-Regimes war, die Frauen aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Insofern ist das Land kaum noch von den Zuständen während der ersten Herrschaft von 1996 bis 2001 entfernt. Während es damals „immerhin fünf Jahre“<sup>3</sup> dauerte, bis die Taliban ähnlich drastische Verordnungen erließen, haben sich jetzt „die Dinge sehr schnell in eine sehr besorgniserregende Richtung entwickelt.“<sup>4</sup> Es wurde ein regelrechter Kulturkampf gegen die Frauen entfacht. Am 6. Oktober 2022 verbot der Hochschulminister

Mullah Neda Mohammad Nadim unter Verweis auf den „Erlaß 28“<sup>5</sup> des Kabinetts von 2021, den Studentinnen, weiter die Universitäten zu besuchen.<sup>6</sup> Dies betraf sowohl die staatlichen wie auch die privaten Hochschulen.<sup>7</sup> Damit waren 20 Millionen junge Frauen vom Studium ausgeschlossen.

Am 24. Dezember 2022 forderte der Wirtschaftsminister Mohammad Hanif alle afghanischen und internationalen „Non-Governmental Organisations“ (NGOs) auf, ihre Mitarbeiterinnen – ausgenommen blieben nur medizinische Einrichtungen – zu entlassen. Ansonsten würden diese ihre Akkreditierung verlieren.<sup>8</sup> Gerade die über 50 NGOs waren es, die schon nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft und dann im kalten Winter das Leben von über 28 Millionen Menschen gerettet hatten. Da die Hilfsorganisationen u.a. auch Frauenprojekte betreuen, sind sie auf weibliche Kräfte vor Ort angewiesen. Deswegen setzten zahlreiche NGOs, darunter Save the Children, Care International, International Rescue Committee (IRC), Norwegian Refugee Council und Caritas International ihre Tätigkeit vorläufig aus. „Wir können Kinder, Frauen und Männer in dringender Not nicht ohne unsere weiblichen Angestellten erreichen“<sup>9</sup>, ließen die NGOs in einer gemeinsamen Erklärung am 25. Dezember 2022 verlautbaren.

„Für uns Frauen ist es die schlimmste Zeit unseres Lebens“<sup>10</sup>, sagte eine Juristin aus Herat, die aus Angst vor Repressalien namentlich nicht genannt werden wollte. Die Taliban „zögern nicht mehr damit, jedes erdenkliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen“<sup>11</sup>. Die frauenfeindlichen Maßnahmen des Taliban-Regimes lösten weltweite Kritik aus. Auch die islamischen Länder und die Vereinten Nationen forderten die unverzügliche Rücknahme dieser schändlichen Akte. Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 27. Dezember 2022 eine Entschließung, in der er seine tiefe Besorgnis zum Ausdruck brachte „über Berichte, wonach die Taliban weiblichen Angestellten von Nicht-Regierungsorganisationen und internationalen Organisationen verboten haben, zur Arbeit zu gehen, was erhebliche und unmittelbare Auswirkungen auf humanitäre Ein-

sätze im Land [...] und die Bereitstellung von Hilfs- und Gesundheitsarbeit hätte, und daß diese Einschränkungen den Verpflichtungen der Taliban gegenüber dem afghanischen Volk sowie den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft“<sup>12</sup> widersprechen. Die Frauenpolitik der Taliban weise auf eine zunehmende Aushöhlung der Menschen- und Freiheitsrechte hin, hieß es in der veröffentlichten Erklärung. Dies stehe auch im Widerspruch zu allen Verpflichtungen der Taliban im Rahmen des Abkommens zwischen USA und Taliban in Doha von 29. Februar 2020. Für die Hardliner um den Taliban-Führer Mullah Heibatullah Achundzada schienen allerdings all diese internationalen Reaktionen und die besorgte Öffentlichkeit kein Hindernis zu sein. Er erklärte öffentlich, seine Vorstellungen von einem – man muß es Steinzeitislam nennen – umsetzen zu wollen; sein Ziel sei „die totale Abkapselung des Landes von der modernen Welt.“<sup>13</sup>

Innerhalb der Taliban-Führung entbrannte eine offene Auseinandersetzung über zentrale politische und kulturelle Fragen, wie z.B. die Stellung der Frauen in der Gesellschaft. Aus dem inneren Kreis des Regimes wurde der Presse zugespielt, daß die „Mehrheit der Minister gegen die Schließung der Universitäten für Frauen wie auch gegen die jüngste NGO-Anordnung war.“<sup>14</sup> Doch am 5. Januar 2023 wurde bekanntgegeben, daß die NGOs entweder ohne weibliche Ortskräfte arbeiten müssen oder das Land zu verlassen hätten.<sup>15</sup> Daraufhin haben vier NGOs insgesamt 4 313 Mitarbeiterinnen entlassen müssen.

In ganz Afghanistan existierten über 12 000 Schönheitssalons. Davon 3 100 in Kabul. Über 60 000 Frauen haben dort gearbeitet, um ihre Familien zu ernähren.<sup>16</sup> Auf Anordnung des Talibanführers hat das Sitten-Ministerium des Taliban-Regimes eine Schließung aller Salons angeordnet.<sup>17</sup> Sie seien im Widerspruch zur islamischen „Scharia“, verkündete der Sprecher des Ministeriums, Mohammad Sadeq Atef. Die Kosmetikerinnen haben das Regime aufgefordert, „gebt unseren Männern eine Arbeit, damit wir nicht arbeiten müssen. Wir sind die einzigen Ernährerinnen unserer Familien. Wenn das Arbeitsverbot nicht aufgehoben wird,

1 Tolo News TV, 14.7.2023.

2 Siehe ausführlich dazu: Baraki, Matin: Afghanistan – Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg, Köln 2023.

3 „Ohne Frauen können wir in Afghanistan nicht arbeiten“: Samira Sayed-Rahman im Gespräch mit Franca Wittenbrink, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30.12.2022, S. 4.

4 Ebenda.

5 Eine Abschrift des Erlasses liegt dem Verfasser vor. Siehe auch: Haneke, Alexander: Der Emir hat das letzte Wort, in: FAZ, 22.12.2022, S. 2.

6 Weil sein Vorgänger Abdul Baqi Haqqani zu lange gezögert hatte, den Erlaß umzusetzen, wurde er am 22.10.2022 entlassen. Kurz nach seiner Amtsübernahme verkündet Nadim in einer Rede, daß diejenigen Taliban, die während des Bürgerkrieges die meisten Minen gelegt hätten, ohne Aufnahmeprüfung eine Zulassung zum Studium bekommen sollten.

7 Afghanistan International TV, 22.12.2022.

8 Ariana News TV, 24.12.2022.

9 Afghanistan: NGOs stellen Arbeit ein: dpa, 27.12.2022.

10 Matern, Tobias: „Schlimmste Zeit unseres Lebens“, in: SZ, 22.12.2022, S. 7.

11 Ebenda.

12 Presseerklärung des UN-Sicherheitsrates zu Afghanistan: Presseerklärung des UN-Sicherheitsrats zu Afghanistan/ UNAMA (unmissions.org), 27.12.2022.

13 Vgl. Haneke, Alexander: Mit aller Macht in die Isolation, in: FAZ, 27.12.2022, S. 2.

14 Haneke, Alexander: Mit aller Macht in die Isolation, in: FAZ, 27.12.2022, S. 2.

15 Afghanistan International TV, 5.1.2023. Nach dieser Bekanntgabe verhandelte Markus Potzel, Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Afghanistan, mit den zuständigen Stellen des Taliban-Regimes, um eine Zulassung weiblicher Ortskräfte zu erwirken.

16 Afghanistan International TV, 6.7.2023.

17 Tolo News TV, 3.7.2023.



werden wir an einer Kreuzung in der Stadt eine kollektive Selbstverbrennung durchführen.“<sup>18</sup> „Brot, Arbeit und Gerechtigkeit“<sup>19</sup>, riefen die protestierenden Frauen. Durch das theokratisch-absolutistische Taliban-Regime wird in Afghanistan zunehmend eine „Gender-Apartheid“<sup>20</sup> praktiziert und das Leben für die Frauen zur Hölle gemacht.<sup>21</sup> Durch das Verbot, die extra für Frauen reservierten Parks zu betreten und das Reiseverbot ohne männliche Begleitung, bekommt Afghanistan zunehmend den Charakter einer riesigen Frauenhaftanstalt.

### Bilanz des Grauens!

Der stellvertretende Leiter des Obersten Gerichtshofs der Taliban, Abdul Malik Haqqani, hat bekannt gegeben, daß das Gericht bis Anfang Mai 2023 insgesamt 175 Qisas-Urteile (Wiedervergeltung), 37 Steinigungsurteile und vier Urteile, wobei auf die Menschen eine Mauer gestürzt wird, verhängt habe. Haqqani sagte, die Urteile würden „Schritt für Schritt“ vollstreckt, sobald sie vom Führungsrat und dem Taliban-Kabinetten genehmigt werden. Heibatullah Achundsada hat alle Gerichte angewiesen, die Urteile von Qisas zu vollziehen, und religiöse Gesetze sollten sorgfältig auf Übereinstimmung mit der islamischen Scharia geprüft und dann der Führung zur Genehmigung vorgelegt werden. Wenn die Entscheidungen „sorgfältig getroffen wurden, sieht das Islamische Emirat kein Hindernis für ihre Umsetzung“<sup>22</sup>, sagte Haqqani.

18 Tolo News TV, 6.7.2023.

19 Tolo News TV, 19.7.2023.

20 Matern, Tobias: Wie die Frauen in Afghanistan ihre Zukunft verlieren, in: Süddeutsche Zeitung (SZ), 11.8.2023, S. 7.

21 Vgl. Dahlinger, Miriam und Tobias Matern: „Mein Leben ist zur Hölle geworden“, in SZ, 12./13.8.2023, S. 43.

22 Der Oberste Gerichtshof der Taliban wartet auf die Zustimmung der Führung zu Dutzenden von Todesurteilen, Steinigungen und Mauerstürze, BBC News 4.5.2023.

Die erhoffte internationale Anerkennung des Taliban-Regimes rückt in immer weitere Ferne, es ist sogar auf dem besten Wege, international geächtet zu werden.<sup>23</sup>

Dies ist vielen hohen Taliban-Funktionären längst bewußt. Sie wollen verhindern, daß Afghanistan in einer Sackgasse steckenbleibt. Deshalb ist der Machtkampf, der in der Führungsetage des Regimes in vollem Gange und noch nicht entschieden ist, in eine neue Phase getreten. Er wird in einer zuvor nie dagewesenen und unerwarteten Schärfe nun sogar auch öffentlich geführt. Bis vor kurzem traute sich nur der politische Staatssekretär im Außenministerium Mohammad Abbas Stanikzai, öffentlich und kritisch zu den Maßnahmen der Talibanführung bezüglich des Arbeitsverbots für Frauen und des Bildungsverbots für Schülerinnen und Studentinnen Stellung zu nehmen. Am 11. Februar 2023 sprach eines der Schwergewichte innerhalb der Taliban-Führung, Innenminister Seradjuddin Haqqani, in einer Rede in der Provinz Khost, ohne den Talibanführer Heibatullah Achundsada namentlich zu erwähnen, von seinem diktatorischen Führungsstil, der nicht mehr zu akzeptieren sei. Der Sprecher des Regimes, Sabihullah Mujahed, wies allerdings abschwächend darauf hin, man solle doch die Kritik nicht öffentlich, sondern lieber intern ausüben.

Am 15. Februar 2023 wurde aus Anlaß des 34. Jahrestags des Abzuges der sowjetischen Armee aus Afghanistan eine Veranstaltung organisiert. Diese nutzten die Opponenten von Achundsada, um ihn weiter zu attackieren. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Abdul Salam Hanafi, nannte ihn konzeptionslos. „Wer etwas verbietet, muß dann aber auch eine Alternative anbieten“<sup>24</sup>, hob Hanafi

23 Der Innenminister Seradjuddin Haqqani sagte dazu jedoch: „Wir benötigen keine internationale Anerkennung“. Afghanistan International TV, 26.7.2023.

24 Berichteten Afghanistan International TV, Ariana News TV am 15.2.2023.

hervor. Der Verteidigungsminister und Sohn des ersten Talibanführers Mullah Mohammad Omar, Mohammad Yaqub Mujahed, und der Minister für Minen und Petroleum, Schahabuddin Delawar, beides einflußreiche Talibanfunktionäre, forderten alle Funktionsträger auf, die Interessen des Volkes zu berücksichtigen. Eine Herrschaft müsse die Interessen ihres Volkes widerspiegeln. Es sei an der Zeit, mit Selbstgefälligkeit und Arroganz Schluß zu machen, betonten sie. Das war unmißverständlich an die Adresse von Achundsada gerichtet. „Wir sind durch die Opfer des Volkes an die Macht gekommen“,<sup>25</sup> hob Delawar hervor. Nun müßten alle staatlichen Funktionäre, ob Minister, Richter, Gouverneure, Distriktchefs und sogar der allgegenwärtige Sittenminister, diese Tatsache berücksichtigen. Die öffentliche Auseinandersetzung eskalierte weiter. Frontale Angriffe gegen den Talibanführer nahmen zu. Verteidigungsminister Mohammad Yaqub Mujahed rief am 24. Februar 2023 in einer Rede anläßlich der Verabschiedung von Absolventen der Militärakademie ganz offen zum Ungehorsam bis hin zur Befehlsverweigerung gegenüber Achundsada auf: „Der liebe Gott hat uns Verstand und Denkvermögen gegeben und uns dazu verpflichtet, niemals blind einem Befehl zu folgen, also auch nicht meinem.“<sup>26</sup>

Es ist nicht ganz auszuschließen, daß es eine afghanische Lösung,<sup>27</sup> wie die Jahre des afghanischen Bürgerkrieges mehrfach gezeigt haben, geben könnte, die den Tod bzw. die Ermordung des Talibanführers zur Folge haben würde. Wie dieser erbitterte Machtkampf letztendlich ausgehen wird, ist momentan nicht absehbar.

**Dr. Matin Baraki**

25 Ebenda.

26 Berichteten Afghanistan International TV und 1 TV am 24.2.2023.

27 Von 1978 bis 1996 wurden schon vier Präsidenten, nämlich Mohammad Daud, Nur Mohamad Taraki, Hafizullah Amin und Najibullah ermordet.

## Thailand: Die Wähler wurden betrogen

Es ist gekommen wie vorhergesagt. Die Pheu Thai hat alle Wahlversprechen über Bord geworfen und eine Regierungskoalition aus 11 Parteien geformt. Ministerpräsident ist jetzt ein Immobilienhai aus Bangkok mit besten Verbindungen zum Großkapital und zum Banksektor. Damit ist die Militärjunta des Putschgenerals und Premiers Prayuth de facto wieder mit in der Regierung und in Ämtern. Nur der Wahlsieger, die Move Forward-Partei, bleibt draußen in der Opposition. Natürlich ist damit an eine Politikänderung oder gar an eine Reform der Monarchie inklusive der Abschaffung des berüchtigten Art. 112 (Majestätsbeleidigung), mit dessen Hilfe jede Opposition gegen das Militär oder „ihre Majestät“ mundtot gemacht wird, nicht zu denken.

Thaksin, der frühere Premier und Drahtzieher hinter der heutigen Pheu Thai ist aus dem Exil nach Thailand zurückgekehrt. Der König hat seine Gefängnisstrafe von acht Jahren auf ein Jahr reduziert. Aber er sitzt nicht im Gefängnis, sondern haust, wegen angeblicher Gesundheitsprobleme, in einer Luxussuite im Polizeikrankenhaus. Im Februar wird er wohl begnadigt und auf freien Fuß gesetzt. Die Wähler wurden betrogen.

Hatte Ende der 90er Jahre noch Thaksin Shinawatra und die Bewegung der Rothen die armen Bauern und die städtischen Arbeiter begeistert, übernahm nach dem Militärputsch von 2014 die liberale Move Forward Partei die Führungsrolle in der Oppositionsbewegung. 2020 ging eine radikale Jugendbewegung, die Zehntausende für den Kampf um Demokratie mobilisierte, auf die Straße. Deren Anführer sitzen heute für Jahre im Gefängnis, meist wegen „Majestätsbeleidigung“ und anderer geringfügiger Delikte.

Die politische Krise und die Unruhen seit dem Militärputsch von 2006 gegen die Regierung von Yingluck Shinawatra, der Schwester von Thaksin, sind Ausdruck eines Klassenkampfes zwischen den reichen Eliten und dem Militär auf der einen und der städtischen Arbeiterklasse und armen Bauern auf der anderen Seite. Dazu hat sich in jüngster Zeit eine neue fortschrittlich gesinnte Jugend gesellt. Der Klassenkampf hat Thailand erschüttert und wichtige politische Fragen über die Rolle der Institutionen aufgeworfen. Die Krise kann durch die neue „zivile“ Regierung nicht gelöst werden.

Daß größere Unruhen angesichts des offenen Verrates am Volkswillen bisher ausblieben, ist erstaunlich. Ob sich allerdings die neue Quislingsregierung lange an der Macht halten kann, wird die Zeit zeigen.

**KLJ**  
17. Oktober 2023

# Verdorrtter „Garten Europa“ – In der EU grassiert die Armut

*Eigentlich sollte die Europäische Union den Wohlstand ihrer Bürger fördern. Nur ist davon heute nichts mehr zu sehen. Das Leben der großen Masse wird prekärer, die Armut grassiert. Welche Rolle spielt die EU bei dieser Entwicklung?*

Eine Studie folgt der anderen. Sie ähneln sich alle und bestätigen den unaufhaltsamen Anstieg von Prekariat und Armut. Dies gilt für die Länder der Europäischen Union (die doch schon 1958 in den Römischen Verträgen versprochen, Wohlstand und Wohlergehen zu sichern ...). Die reichsten Mitgliedstaaten, darunter Frankreich, sind keineswegs verschont geblieben.

Dies hat eine Umfrage ergeben, die vom SPF, einer der größten französischen Wohltätigkeitsorganisationen, in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos kürzlich in zehn europäischen Ländern (davon sieben in der EU) durchgeführt wurde.

Mehrere Zahlen veranschaulichen diese Feststellung auf erschreckende Weise. So geben 29 Prozent der Befragten an, daß sie sich dauerhaft in einer prekären Situation befinden. Und mehr als jeder Zweite (51 Prozent) mußte in den letzten sechs Monaten in mindestens einem lebenswichtigen Bereich verzichten: Gesundheit, Ernährung, Heizung. Insbesondere gaben für alle zehn Länder zusammengekommen 37 Prozent der Befragten an, auf bestimmte medizinische Behandlungen verzichten zu haben. Frankreich und Italien liegen genau auf diesem Niveau.

Die gleiche Zahl (36 Prozent) entfällt auf Personen, die auf wesentliche Dinge für ihre Kinder verzichten, wie z. B. Arztbesuche, Schulgebühren, Kleidung oder sogar Mahlzeiten.

Wenig überraschend ist Griechenland eines der Länder, denen es am schlechtesten geht. Seit der Krise 2008 wurden dem Land von den europäischen Oberhäuptern erhebliche Opfer – bei Löhnen, Renten, im öffentlichen Dienst usw. – auferlegt. Die „Troika“ – bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds – war damals für die Ausarbeitung der aufeinanderfolgenden Sparpläne und deren Umsetzung durch die nationale Regierung verantwortlich gewesen, die seinerzeit von Alexis Tsipras geführt worden war. Dieser, obwohl als „radikaler Linker“ eingestuft, hatte es vorgezogen, sich dem Diktat zu unterwerfen – trotz eines massiven Nein im Referendum im Juli 2015, damit das Land in der Eurozone bleiben konnte.

Auch heute noch, neben den Opfern in den wesentlichen Lebensbereichen, geben 60 Prozent der Befragten in Griechenland zu, daß sie sich an Verwandte wenden, um sich Geld zu leihen oder schenken zu lassen. Und 75 Prozent geben an, daß sie sich bei ihren Transportbedürfnissen einschränken.

Die Heimat von Sokrates war eines der ersten Länder, in denen die Mittelschicht von

Entbehrungen betroffen war. Dieses Phänomen breitet sich mittlerweile in ganz Europa aus, heißt es in der SPF-Studie. Und auch Frankreich bleibt nicht verschont. So behaupten 58 Prozent der befragten Franzosen, daß sie befürchten, in absehbarer Zeit in prekäre Verhältnisse zu geraten. Und 45 Prozent sehen sich in Schwierigkeiten, medizinische Behandlungen zu bezahlen. Schließlich können sich 32 Prozent keine gesunden Lebensmittel in ausreichender Menge für drei Mahlzeiten am Tag leisten. Fleisch ist der größte Posten, der geopfert wird, aber auch der Kauf von frischem Obst und Gemüse ist schwer betroffen. Und all diese Indikatoren haben sich seit der letzten Erhebung verschlechtert. Dies ist natürlich keine Überraschung angesichts der galoppierenden Inflation der letzten 18 Monate, einer Inflation, die alle Länder der Eurozone trifft. In ihrer Rede am 13. September versuchte die Präsidentin der Europäischen Kommission zu betonen, daß sich die Inflation seit dem Höhepunkt im Oktober 2022, als sie 10,6 Prozent erreicht hatte, verlangsamt habe. In Wirklichkeit betrug die Quote im August 2023 immer noch 5,3 Prozent und lag damit weit vor den Lohn- und Rentenerhöhungen.

In einigen Ländern sind es die Gesundheitsausgaben, die die privaten Haushaltsbudgets am stärksten belasteten, in anderen die Energiepreise. In Frankreich waren die Lebensmittelpreise 2022 im Vergleich zu 2021 um 22 Prozent in die Höhe geschwollen. Dieses jährliche Tempo dürfte sich laut Prognosen für diesen Sektor für 2023 auf plus 11,8 Prozent belaufen.

Natürlich hat die Europäische Union keine Ausschließlichkeit in bezug auf Armut und prekäre Lebensverhältnisse. Diese richten auf allen Kontinenten verheerende Schäden an. Aber einerseits sollte die EU die Bürger vor der Härte der Globalisierung „schützen“. „Vereint sind wir stärker und wohlhabender“ bleibt einer der beliebtesten Slogans der Befürworter der europäischen Integration.

Andererseits und insbesondere tragen die Grundsätze und die Politik der EU, die ihre

DNA ausmachen, massiv zur Verarmung der Völker bei, angefangen beim freien Kapitalverkehr und der Unterstützung des Prinzips des globalen Wettbewerbs.

Darüber hinaus besteht die Brüsseler Wirtschafts-„Governance“ aus Regeln und Mechanismen, die darauf abzielen, Sparmaßnahmen zu erzwingen – und das nicht nur für die Griechen. Der Stabilitätspakt – dessen Zweck es ist, das Überleben des Euro zu sichern – ist das bekannteste Instrument. Er wurde nach dem Post-COVID-Wirtschaftsdebakel vorläufig ausgesetzt und soll in den nächsten Monaten wieder in Kraft treten. Die Diskussionen über eine Reform, die ihn theoretisch flexibler machen sollte, kommen nur schleppend voran. Selbst wenn sie zu einem Ergebnis führen, besteht keine Chance, daß dies in Richtung einer Belebung der Kaufkraft der Haushalte geht.

Die privaten Haushalte, angefangen bei denen am unteren Ende der Skala, sind also noch nicht am Ende ihrer Bemühungen angelangt. Sie können sich aber immer damit trösten, die Großzügigkeit der EU in einem bestimmten Bereich zu betrachten: der Unterstützung für die Ukraine.

Seit dem Ausbruch des Krieges haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten insgesamt mehr als 77 Milliarden Euro an Hilfgeldern gezahlt. Eine pharaonische Summe, die makroökonomische, humanitäre und militärische finanzielle Unterstützung umfasst. Für den ersten Posten hat die Kommission im Juni ein neues Manna von 50 Milliarden für den Zeitraum 2024 bis 2027 vorgeschlagen.

Die militärische Unterstützung für Kiew hat sich seit Februar 2022 bereits auf 5,6 Milliarden Euro summiert. Hinzu kommen mindestens zehn Milliarden Euro an direkten Waffenlieferungen aus den einzelnen Mitgliedsstaaten auf bilateraler Basis. Und hierbei handelt es sich nur um offizielle Zahlen. Wer sagt, daß die EU nur Sparmaßnahmen durchführt?

**Pierre Lévy**

*Quelle: RTDE, 18.9.2023*

## Verarmung ohne Ende

Immer mehr Bürger sind voller Frust und Verzweiflung angesichts der Situation, die besonders für Geringverdienende, Alleinerziehende und Rentner prekär ist. Eine Folge der Politik der Ampel-Regierung. Die ständig steigende Inflation bringt viele Bürger an ihre Belastungsgrenzen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes. Hinzu kommen die sich ständig weiter verschlechternde Wirtschaftslage oder der Gang in den finanziellen Konkurs vieler Firmen, welche die enorm gewachsenen Energie- und Materialpreise – besonders in der Grundstoff- und Bauindustrie – nicht mehr zahlen können.

Zur Kasse gebeten werden müßten zuallererst die tonangebenden Kräfte der Partei Die Grünen, die nicht nur sich und ihr personales Umfeld finanziell absichern, sondern ständig die Erweiterung von Kriegsausrüstungen für die Ukraine fordern und auch andere, ihnen genehme Länder mit finanziellen Zuwendungen beglücken. So ist abzusehen, daß Deutschland dank der desaströsen Regierungspolitik immer weiter dem Niedergang entgegengeht. Soll das so weitergehen?

**Damian Schittko, Magdeburg**



# Schlechte Zeiten für den Westen

*IWF senkt globale Wachstumsprognose für 2023. Bislang rechnet sich der Wirtschaftskrieg von USA, EU und Anhang nicht. Und Deutschland steht dumm da*

Es sind keine guten Nachrichten, die im Herbst den globalen Westen in Sorge versetzen. Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) wird die Weltwirtschaft einer korrigierten Prognose zufolge in diesem Jahr deutlich langsamer wachsen als bisher erwartet. „Auf eine zaghafte Erholung im Jahr 2021 folgten zunehmend düstere Entwicklungen im Jahr 2022“, heißt es im weltweiten Ausblick der internationalen Finanzorganisation. Und: Ein „plausibles Alternativszenario“ wäre sogar noch pessimistischer, verkündete IWF-Chefvolkswirt Pierre-Olivier Gourinchas Anfang Oktober.

Die erste schlechte Nachricht lautete: Das Wachstum in den drei größten Volkswirtschaften der Welt – den Vereinigten Staaten, China und dem Euro-Raum lasse nach. Dabei hat Peking noch die besten Karten, denn die prognostizierte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5,2 Prozent ist zwar für die Volksrepublik eher spärlich, verglichen mit den USA (2,1 Prozent) und der Euro-Zone (0,7 Prozent) dennoch deutlich besser. Besonders müde scheint die BRD-Wirtschaft. Die eifrigen Kämpfer gegen Rußland der „Ampel“-Regierung mußten verduzt zur Kenntnis nehmen, daß die weltweit immer noch viert- bzw. fünftgrößten Volkswirtschaft (je nach IWF-Berechnungsweise) als einziges der „wichtigen“ Länder schrumpfen werde – voraussichtlich um 0,5 Prozent. Da ist die Hoffnung auf ein prognostiziertes Wachstum um 0,9 Prozent 2024 kaum ein Trost.

Als Grund für die miese Lage mußten zwei Narrative erhalten: „Der Krieg in der Ukraine“ und die „anhaltend hohe Inflation“. Inzwischen weiß fast jeder, der sich ein wenig mit Weltwirtschaft beschäftigt, daß dies nur Erscheinungen sind, die als ökonomische Reaktion auf die extreme Sanktionspolitik der westlichen Staaten folgten. Ja, die krisenhafte Entwicklung zeichnete sich bereits vor dem Februar 2022 ab. Aber richtig Fahrt nahm das Desaster erst nach dem Versuch auf, Rußlands Wirtschaft möglichst vollständig zu isolieren. Das Dilemma ist also hausgemacht, es wird weiterhin aber nicht eingestanden. Dabei ist das Fazit logisch: In einer globalisierten kapitalistischen Weltwirtschaft ist das Instrument Wirtschaftskrieg ein ungeeignetes Mittel, weil es auf die Anwender zurückschlagen kann. Nicht zwangsläufig zwar, aber in jedem Fall, wenn man den falschen Gegner angeht. Rußland ist ein solcher. Eine Volkswirtschaft, die nahezu autark lebensfähig ist, dazu einer der weltweit wichtigsten Rohstofflieferanten, zwingt man nicht auf diese Weise in die Knie. Nicht verwunderlich, daß der IWF die Wirtschaft Rußlands um 2,2 Prozent wachsen sieht. Das ist eine Lektion, die die aktuellen Anführer des Westens nur widerwillig zu lernen bereit sind.

Klar ist: Sanktionen und Boykotte können Staaten (und deren Bewohner) in extreme Not bringen. Es sind feindselige Maßnahmen, sie zerstören Vertrauen und sind ungeeignet für eine Politik der friedlichen Koexistenz. Nur, wer auf der Welt vertraut schon den USA oder der in ihrem Fahrwasser dümpelnden EU? Allerdings sind die meisten der fast 200 existierenden Staaten mehr oder weniger stark abhängig von den imperialistischen Hauptakteuren.

Jene „Meister“ des Boykotts und des Wirtschaftskrieges (und auch der militärischen Aggression) handeln weiterhin aus einer Position der Stärke. Sie kontrollieren nach wie vor erhebliche Teile der finanziellen und kommerziellen globalen Infrastruktur. Die USA, die City of London (damit ist nicht die britische Regierung gemeint) und die Strippenzieher einige EU-Länder bestimmen immer noch die Art und Weise der internationalen Austauschbeziehungen (Terms of Trade), haben über starke Börsenplätze erheblichen Einfluß auf die Weltmarktpreise oder beeinflussen UN-Teilorganisationen. Nicht zuletzt sind zahllose Nichtregierungsorganisationen auf dem Globus aktiv, die das Klischee des westlichen Weltbildes unermüdlich propagieren. Jedes Außenamt der Westmächte dirigiert zudem eine Heerschar von Leuten aus „Schlüsseländern“, die als eine Art fünfter Kolonne agieren. Auch die „Soft Power“ – von inzwischen immer „woker“ daherkommenden Hollywood-Filmen, Netflix- und Disney-Serien sowie des gesamten westlichen Kultur- und Propagandabetriebes – hat seine Wirkungsmacht noch nicht verloren.

Faktisch abgesichert wird diese Dominanz in erster Linie von den Militär- und Sicherheitskräften der USA. Navy, Army, Air Force oder Marine Corps stehen mit mehr als einer Million Bewaffneter bereit, jederzeit zu intervenieren. Das US-Militär unterhält weltweit mehr als 900 Stützpunkte – einige der größten davon in Deutschland. Hinzu kommen CIA, NSA und (offiziell) weitere 16 Geheimdienste, die dafür sorgen sollen, daß weltweit nichts anbrennt. Allein das schlägt im offiziellen US-Budget mit mehr als 1.000 Milliarden Dollar (eine deutsche Billion) pro Jahr zu Buche. Und das wird mehr und mehr auf Pump finanziert. Zahlen müssen das neben den US-Steuerzahlern all jene Geschäftsleute, Regierungen und Einzelpersonen auf der Welt, die sich direkt oder indirekt des Dollars bedienen. Nach wie vor kaufen Kleinanleger, Geschäftsleute und Regierungen US-Bonds. Die 10jährigen Anleihen rentierten Mitte Oktober mit 4,70 Prozent. Das ist mehr als Banken bieten oder die meisten Aktien an Dividende versprechen. Der Dollar – und nicht das Militär – ist das Rückgrat des US-Imperiums. Und der ermöglichte es bisher, die Schulden einfach mit dem Drucken weiterer Dollars zu begleichen.

Allerdings funktioniert das schlechter als früher. Denn die offizielle Staatsverschuldung wuchert weiter. Von 2021 zu 2022 erhöhte

sich das Defizit um etwa 1.500 Milliarden (1,5 Billionen) auf insgesamt rund 31 Billionen US-Dollar. Für dieses Jahr rechnen Finanzmedien und Experten mit einem Anwachsen der Verbindlichkeiten auf fast 33 000 Milliarden (33 Billionen) Dollar. Es ist die nominell höchste Staatsverschuldung weltweit und gemessen an der „Wirtschaftsleistung“ (BIP) findet sich die Supermacht auf Platz zwölf der Staaten mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung.

Das ist in vielerlei Hinsicht eine Zeitbombe für die Weltwirtschaft. In der spielt die US-Währung immer noch eine Hauptrolle als Zahlungsmittel und Zirkulationsmittel (Cash), aber auch bei der „Schatzbildung“ (in welcher Währung halten Personen und Institutionen ihr Finanzvermögen vor). Zudem könnte der massenhafte Verkauf von US-Bonds von enttäuschten Investoren den Globus in eine extreme wirtschaftliche und soziale Krise stürzen. Nicht umsonst wollen US-Kongreß und -Regierung einen Zahlungsausfall unbedingt vermeiden. Die aktuelle US-Schuldengrenze liegt bei etwa 31,4 Billionen Dollar. Und sie wurde bereits im Januar erreicht. Der Staat kann demnach keine weiteren Kredite aufnehmen, um laufende Rechnungen zu begleichen. Es sei denn, der Kongreß genehmigt es. Der allerdings ist handlungsunfähig, bis ein neuer Sprecher des Abgeordnetenhauses gewählt ist – und dann ist das Resultat ebenfalls offen. Ein Zahlungsausfall würde nicht nur die Staatsbediensteten treffen, sondern auch Käufer von US-Schuldverschreibungen abschrecken. Das ist ein existentieller Unsicherheitsfaktor für Washington.

Ein Warnsignal mußte das US-Schatzamt in der zweiten Oktoberwoche registrieren. Bei einer Anleiheauktion von 30jährigen Bonds erwies sich die Nachfrage Medienberichten zufolge als erschreckend gering. Das trieb nicht nur die Rendite dieser Bonds um 16 Basispunkte nach oben, sondern verunsichert zugleich die US-Finanzwelt und ließ die Börsenindizes abrutschen. Insidern ist klar: Sollte dieser Trend anhalten, gerät das System als Ganzes in Gefahr.

Bislang gaben sich die westlichen Regierungen lernunwillig. Dabei finanzieren USA und EU faktisch seit Kriegsbeginn die Ukraine. Ohne US- und EU-Milliarden könnte Kiew weder seinen Militärapparat noch die Straßenfeger bezahlen. Auch die Panama-Konten der Anführer würden sich nicht weiter füllen. Doch seit sich im Nahen Osten der Konflikt zwischen Hamas und Israel in einen Krieg verwandelt hat, der die gesamte Region in Flammen zu setzen droht, machen sich einige mediale und politische „Multiplikatoren“ Sorgen. So wird über Prioritäten nachgedacht. Israel habe Vorrang vor der Ukraine, so der Tenor. Und was wird aus dem Selenskyj-Regime? Man wird sehen.

**Klaus-Dieter Fischer**

# Die erfolgreichste Regierung aller Zeiten



Unterwegs im Auftrag der Profite: die Ampel-Regierung (Foto: picture alliance/dpa | Michael Kappeler | Bearb.: UZ)

Zu Beginn der sogenannten Haushaltswoche im Bundestag konnte Finanzminister Christian Lindner (FDP) den Abgeordneten das präsentieren, was sie von ihm erwarteten: den teuersten Kriegshaushalt Europas. Mit Militärausgaben in Höhe von 85,5 Milliarden Euro (nach NATO-Kriterien) zieht die Bundesrepublik an allen anderen EU-Staaten und auch an der Russischen Föderation vorbei, die im vergangenen Jahr nach Angaben des SIPRI-Friedensforschungsinstitutes umgerechnet rund 80,5 Milliarden Euro für Militär und Rüstung ausgab.

Solche Tatsachen hindern die Ampel-Koalition nicht daran, Rußland als ultimative Bedrohung

für das hochgerüstete westliche Kriegsbündnis (Militärausgaben 2023: 1,2 Billionen Euro) darzustellen. Unter diesem Vorwand wird nicht nur der Stellvertreterkrieg in der Ukraine befeuert, sondern auch weiterhin das Ziel verfolgt, Russland mit einseitigen Sanktionen zu „ruinieren“, wie Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) es ausdrückte. Die ökonomischen Verwüstungen durch diese Politik zeigen sich jedoch vor allem in den leeren Geldbeuteln der deutschen Bevölkerung. Während Rüstungs- und Energiekonzerne Rekordgewinne verzeichnen, wird das Leben für die große Mehrheit immer teurer. Während wöchentlich neue Subventionen erdacht werden,

um die Profite des Kapitals zu steigern, legt die Regierung die Axt an die verbliebenen Reste des Sozialstaates. BAföG, Wohngeld, Bildung, Kinderschutz und Katastrophenhilfe – die Liste des sozialen Kahlschlages ließe sich lange fortsetzen.

SPD, Grüne und FDP streiten über vieles, aber nicht über diese Prioritätensetzung. Eine parlamentarische Opposition müssen sie angesichts der zunehmenden Einbettung einer niedergehenden Linkspartei nicht fürchten. Denn was CDU und AfD im Bundestag zu kritisieren hatten, war nur, dass nicht noch mehr Geld für die Bundeswehr ausgegeben wird und dass nicht noch mehr Steuergelder in Konzerngewinne fließen. Die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Politik ist unumstritten, der Zank im Bundestag eine Serie von Scheingefechten. Den vorläufigen Höhepunkt erreichte das Theater, als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zu einer „nationalen Kraftanstrengung“ aufrief. Der „Deutschlandpakt“ soll die Opposition einbinden. Er soll Länder und Kommunen dazu bringen, die Lasten der Kriegspolitik zu schultern. Er soll den Weg für weitere Milliarden geschenke an Großkonzerne ebnet und jede Kritik an der Regierungslinie ins politische Abseits stellen. Wer will schon widersprechen, wenn es doch darum geht, „entschlossen Tempo und Mut“ zu zeigen?

Es ist ein Pakt der Milliardäre und Kriegsgewinnler gegen die Menschen, die täglich darum kämpfen, ihre Miete zu bezahlen. Und er existiert schon lange. Regierung und die rechte Opposition waren sich bereits einig, als es darum ging, die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst zu sabotieren. Länder und Kommunen standen an der Seite des Bundes, um das Klagelied der hohen Staatsausgaben anzustimmen. Unvergessen die Verhandlungsführung von Karin Welge (SPD), der Präsidentin der kommunalen Arbeitgeberverbände, die schon nach einem Tag gemeinsamen Warnstreiks von ver.di und EVG behauptete, daß das Streikrecht „inflationär ausgereizt“ werde. Die kämpferischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren das erklärte Feindbild dieses „Deutschlandpaktes“, der damals noch keinen Namen hatte. Heute werden sie als Mitstreiter umworben und von genau den Politikern umgarnt, die ihnen Reallohnverluste bescherten.

Die Ampel mag zerstritten sein, doch keine der beteiligten Parteien streitet dabei für einen Ausweg aus der derzeitigen Situation, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter für Krieg und Krise aufkommen. Diesen Ausweg könnte es nur geben, wenn Friedensverhandlungen aufgenommen, der Wirtschaftskrieg gestoppt und die Reichen zur Kasse gebeten würden. Dass der Kanzler stattdessen an das nationale Gewissen appelliert, wird in den bürgerlichen Medien als Zeichen der Stärke gewertet. Tatsächlich ist es ein Bekenntnis dazu, dass diese Regierung den Verlierern ihrer Kriegspolitik nichts mehr zu bieten hat als Nebelkerzen und Scheinpatriotismus.

## Rechtsruck im Maximilianeum

Erklärung der DKP Bayern und der SDAJ Bayern zum Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen

Der massive Erfolg für die Rechtsparteien AfD, CSU und Freie Wähler wird neue Angriffe auf die sozialen Rechte der lohnabhängigen Bevölkerung mit sich bringen und stärkt die Funktion des Bundeslands Bayern als „Ordnungszelle“ Deutschlands, der es seit über 100 Jahren nachkommt: Die meisten Einschränkungen politischer und sozialer Grundrechte werden zuerst als Testballon in Bayern probiert und dann im Bund.

Die CSU fuhr ihr schlechtestes Wahlergebnis bisher ein, rechts neben ihr steht ihr massiv gestärkter Regierungspartner Freie Wähler, und die parlamentarische Opposition wird künftig durch die nationalistisch-rassistische AfD angeführt. Alle drei Rechtsparteien zusammen verfügen über mehr als zwei Drittel der Abgeordneten. Im Wahlkampf inszenierte sich die Regierungspartei CSU als „vernünftige Wahl“ in der

Außenpolitik und trat für Kooperation statt Konfrontation ein. Die AfD forderte sogar angeblich Diplomaten statt Raketen. Dagegen stehen die reale Politik der CSU, die jahrelang Teil der Bundesregierung und seit jeher auf die NATO-Einbindung der deutschen Außenpolitik gesetzt hat und die parlamentarischen Vorschläge der bayerischen AfD, die sich u. a. für den Auf- und Ausbau der bayerischen Rüstungsindustrie im Bereich Kampfdrohnen einsetzt. CSU und AfD liegen damit auf Linie mit allen anderen im Landtag vertretenen Parteien. Frieden, Arbeit und Solidarität wird es mit keiner der im bayerischen Landtag vertretenen Parteien geben. Für eine Wende hin zu sozialem, demokratischem und ökologischem Fortschritt müssen wir in unseren Betrieben und Gewerkschaften sowie auf der Straße weiter kämpfen.

Redaktionell gekürzt

Aus: UZ, Zeitung der DKP, 10.10.2023

Vincent Czesla

Entnommen der UZ, Zeitung der DKP, 15.9.23



# BRD-Rechtsstaatlichkeit heute

Aus gutem Grund manifestiert der bürgerliche Staat sein Glaubensbekenntnis zu dem Gebilde, das er „Rechtsstaat“ nennt, in Art. 3 Grundgesetz (GG) mit den Worten „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“. Wenigstens „vor dem Gesetz“ sollen die gleichbehandelt werden, in deren Lebens- und Arbeitsverhältnisse ansonsten höchste Ungleichheit eingepreßt ist. In Bertolt Brechts Aphorismensammlung „Me-ti. Buch der Wendungen“ lesen wir: „Der Schüler Rho sagte: Dass es Arme und Reiche gibt, das ist eine große Ungerechtigkeit. Me-ti fügte hinzu: der Reichen. Der Schüler Rho sagte: Die Liebe zur Gerechtigkeit ist bei den Armen größer. Me-ti sagte: Das weiß ich nicht. Aber die Armen sind auf die Gerechtigkeit angewiesen, die Reichen sind auf die Ungerechtigkeit angewiesen, das entscheidet.“ Was in den Verhältnissen zwischen denen, die nichts anderes zu veräußern haben als ihre Arbeitskraft und jenen, die die Produktionsmittel eignen, gerade „gerecht“ ist, hängt vom Interesse der einen und der anderen Seite sowie den Kräfteverhältnissen zwischen Oben und Unten ab. Karl Marx: Die „Gerechtigkeit ist immer nur der ideologisierte (...) Ausdruck der bestehenden ökonomischen Verhältnisse, bald nach ihrer konservativen, bald nach ihrer revolutionären Seite hin.“ (MEW 18, 276). Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Und weil „Gerechtigkeit“ kein von außerhalb der Rechtsordnung herbeigeholter wirkmächtiger Maßstab ist, fiel es 2020 dem Bundesverfassungsgericht nicht schwer, die Bestrafung zweier Studentinnen, die im Abfallcontainer eines Supermarkts nach Eßbarem suchten, mit schlanker Begründung zu rechtfertigen. Das durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Eigentum genieße als „Grundlage privater Initiative“ und „Ausdruck der „persönlichen Freiheit des Einzelnen“ essentielle Bedeutung und dürfe prinzipiell nicht in Frage gestellt werden (Beschluss vom 5. August 2020 – 2 BvR 1985/19). Daß auch Juristen, zumal Richter, an geltenden Gesetzen keine Zweifel haben sollten, belegte das Strafverfahren gegen den Nazi-Richter Hans-Joachim Rehse. Rehse hatte als Richter am Volksgerichtshof 231 Todesurteile unterschrieben. Der Volksgerichtshof verhängte über 5 200, Kriegserichte, Sondergerichte und Standgerichte weitere etwa 30 000 Todesurteile (zumeist wegen Hochverrats oder Wehrkraftzersetzung). Keiner der beteiligten Richter und Staatsanwälte wurde in der Bundesrepublik rechtskräftig verurteilt. Rehse gehörte zu der Handvoll Juristen, die immerhin überhaupt angeklagt, anschließend aber freigesprochen wurden. Zu seiner Verteidigung brief er sich 1967 vor dem Landgericht Berlin-Moabit auf seine richterliche Pflicht, dem geltenden Gesetz Folge zu leisten. Das geltende Gesetz war § 5 Kriegssonderstrafrechtsverordnung: „Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft“. Im Freispruch des Landgerichts Berlin vom Vorwurf der Rechtsbeugung (§ 339 StGB) hieß es: „Ein Richter kann nur dann bestraft werden, wenn er (...) wider bessere Überzeugung die Todesstrafe verhängte. Das

ist dem Angeklagten (...) nicht nachzuweisen“, beim Volksgerichtshof handele es sich „um ein unabhängiges, nur dem Gesetz unterworfenen Gericht“. Daß der Bundestag erst im Mai 1998 ein „Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege“ erließ, mußte über 50 Jahre nach den Morden keinen der Täter mehr interessieren. Inzwischen hatte die bundesdeutsche Justiz anderes erledigt: Nach 1989 führten über 35 000 Ermittlungsverfahren und 223 Anklagen wegen Rechtsbeugung zu 27 Verurteilungen von DDR-Richtern und Staatsanwälten.



Ruine des Volksgerichtshofes in der Berliner Bellevuestraße am Potsdamer Platz 1951

Es ging um den gleichen Rechtsbeugungsstatbestand wie im „Fall Rehse“. Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit der Feststellung von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest: „Euer Recht ist nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse, dessen Inhalt von den materiellen Bedingungen eurer Klassenexistenz abhängt.“ Heute ist in der bürgerlichen Rechtstheorie, die das Fundament im Umgang mit Gesetzen liefert, eine Renaissance des sogenannten Rechtspositivismus zu beobachten. Der Rechtspositivismus geht in seinem Kern auf den Juristen Hans Kelsen zurück, der 1934 in der „Reinen Rechtslehre“ entwickelte, die Rechtstheorie müsse das positive Recht (juristisches Synonym für das geltende Gesetz) bereinigt von ethischen, psychologischen, soziologischen, politischen und ökonomischen Einflüssen und Interessen verstehen. Letztlich wird der normative Inhalt einer Norm damit auf ihren nackten Wortlaut beschränkt. Praktische Auswirkung: Der Richter muß sich um das Politische des Rechts nicht mehr sorgen. Die „Wegnahme“ im Sinne des Diebstahls (§ 242 StGB), also das Brechen fremden Gewahrsams, liegt hiernach stets vor, gleich ob ein vergammelter Joghurt aus dem Mülleimer der Supermarktfiliale oder ein Pfandbond im Wert von 25 Cent aus der Kasse genommen wird. Ein zynischer Erweis der vom Gesetzgeber tatsächlich gemeinten „Gleichbehandlung“. Auf diese Weise befreit von noch vorhandenen

rechtsstaatlichen Überbleibseln, konnte die herrschende Klasse sodann unbeschwert innerhalb der letzten Dekade den Umbau des Strafrechts, Strafprozessrechts und der Länderpolizeigesetze vorantreiben (siehe Übersicht). Produziert werden die Gesetzesentwürfe zu den Gesetzen des Staatsschutzkomplex wie z.B. §§ 80a bis 83, 84 bis 91, 94 bis 100a, 102 bis 104a, 105 bis 108e, 109 bis 109h, 126, 129a, 129b, 130, 140, 188 und 241a StGB und jene zur StPO in der Abteilung II, Unterabteilungen II.B.1 und II.B.5 des Bundesjustizministeriums. Die Verschärfungen der Polizei-

gesetze, welche zeitversetzt auf Länderebene von statten geht, werden jeweils zuvor durch die „Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ (IMK) koordiniert, die zweimal jährlich tagt und in ihrem „Arbeitskreis II“ die Materien aufarbeitet. Eine Vereinheitlichung des Polizeirechts, das nach Art. 30 GG „eigentlich“ ausschließlich den Ländern zugewiesen ist, erfolgt fortlaufend auf der Basis des im November 1977 ausgearbeiteten und seither ständig aktualisierten „Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes (ME-PolG)“. Die IMK, die ebenso wie ihr Pendant auf der Ebene der Justizminister (Justizministerkonferenz „JuMiKo“) kein Gesetzgebungsorgan ist, transportiert somit informell auf Bundesebene (StGB, StPO, Geheimdienstgesetze) entwickelte Inhalte von Gesetzesnovellen in den Bereich der polizeilichen Prävention. Generelle Kennzeichen all dieser Reformen sind: Vorverlagerung der Strafbarkeit vom vollendeten Delikt hin zu seiner Vorbereitung), Zunahme bloßer Gefährdungsdelikte, bei der schon das Auslösen einer „abstrakten Gefahr“ für ein Rechtsgut geahndet wird, Rückschnitt bisher bestehender Verteidigungsrechte im Verfahren, Schaffung neuer Strafnormen wie § 130 Abs. 5 StGB sowie den breiten Ausbau der Überwachung elektronischer Kommunikation und die Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse der Polizei.

# Gau(c)klerische Weisheiten für Ostdeutsche

Um das mediale Sommerloch zu stopfen, hatte das ZDF tief in die politische Motenkiste gegriffen und mit Joachim Gauck den wohl überheblichsten Bundespräsidenten a.D. aller Zeiten hervorgeholt. Ihm ginge es derzeit gut, betonte das in zwischen 83jährige ehemalige Staatsoberhaupt. Er komme gerade aus dem Urlaub von der Ostsee, das Leben sei sommerlich schön. Das war dann auch schon der erste Schlag ins Gesicht für all die Menschen in der BRD, deren Haushaltsbudget seit Jahren keinerlei Ferienfahrten mehr zulässt – egal ob in Ost oder in West lebend.

Doch Gauck hatte sich nicht vor die Fernsehkameras gestellt, um über Sonne, Strand und Meer zu philosophieren, sondern um das aktuelle Wahlverhalten der Bürger der früheren DDR zu kritisieren und seine einstigen Landsleute wieder auf „demokratischen“ Kurs zu bringen. Denn schließlich sei die Demokratie das „Sehnsuchtsziel“ der Ostdeutschen nach 1989 gewesen. Noch bei seiner Antrittsrede als Bundespräsident hatte der ehemalige Pfarrer im März 2012 in bezug auf die politische Rechte verlauten lassen: „Ihr werdet Vergangenenheit sein und unsere Demokratie wird leben.“ Angesichts von Wahlumfragen, die der AfD in den neuen Bundesländern derzeit mehr als 30 Prozent bescheinigen, schaute Gauck nun etwas dumm aus seinem Maßanzug und konstatierte: „Die Vergangenenheit wird noch etwas auf sich warten lassen.“

Die Schuldigen an diesem raketartigen Aufstieg der AfD seien alle jene Ostdeutschen, die in einem „Zwischenreich“ leben und „mit der offenen Gesellschaft fremdeln“. Mit dieser Äußerung wurde Gauck seiner Lieblingsrolle als

Spalter einmal mehr gerecht. Er, der seinen Platz in der Welt der Herrschenden gefunden hat, verhält sich eben wie ein Herrschender. Viele frühere DDR-Bürger saßen der Illusion auf, daß ihnen die BRD ein bestimmtes Maß an Mitspracherecht einräumen würde, nicht nur auf politischer, sondern auch und gerade auf betrieblicher Ebene. Pustekuchen! Und die Kürzungen im Sozialbereich der vergangenen Jahrzehnte lassen die Leute mit diesem System nicht nur „fremdeln“, sondern rufen zunehmend die Erinnerung an ein Land wach, in dem es Arbeits- und Obdachlosigkeit nicht gab. Es ist eben schwer vorstellbar, daß eine Frau, die in einem mittelgroßen VEB für die gesamte Lehrlingsausbildung verantwortlich war und sich nach der Kehrtwende von 1989 erst im Einzelhandel und später noch in einer Currywurstbude wiederfand, diesem Land viel Gutes abgewinnen kann. Und dem hauptamtlichen Parteisekretär, der plötzlich hinter dem Tresen einer Autovermietung stand, wird es wohl ähnlich ergangen sein.

Gauck meint, die BRD sei ein Staatsgebilde, das so organisiert ist, daß „keiner unter Brücken schlafen“ muß. Wie ignorant kann man eigentlich sein! Dem ehemaligen Bundespräsidenten ist ein Rundgang durch die Berliner Bezirke Mitte oder Lichtenberg zu empfehlen und dabei das Elend zahlloser Menschen selbst in Augenschein zu nehmen.

Widerlich sind Gaucks neuerliche Versuche, die DDR und die Hitler-Diktatur historisch auf eine Stufe zu stellen. So spricht er in einem Atemzug von der „braunen“ und der „roten“ Diktatur. Weiter bemüht er die Äußerung der Großeltern-Generation: „Es war nicht alles

schlecht beim Führer“ und ergänzt: „Es war auch nicht alles schlecht in der DDR. Es gab Frühling, Sommer, Herbst und Winter.“

Nun ja, wie Gauck zum Arbeiter-und-Bauern-Staat stand, ist bekannt. Denn die DDR konnte dem damaligen Pfarrer trotz seines eher ungetriebenen Verhältnisses zum Ministerium für Staatssicherheit natürlich nicht das bieten, was er heutzutage sein Eigen nennen darf. Gaucks geschätztes Vermögen soll sich auf etwa fünf Millionen Euro belaufen. Den Ehrensold als Altpräsident in Höhe von 214 000 Euro pro Jahr gibt es als Taschengeld noch oben drauf.

In bezug auf die AfD ist sich Gauck in einem Punkt ganz sicher: „Diese Typen kommen bei uns nie an die Macht!“ Und wie war es mit Hitler? Weiß Gauck nicht, daß dessen Machtantritt durch politische Kungelei in Hinterzimmern sowie auf Wunsch einflußreicher Kreise der deutschen Wirtschaft und einer Vielzahl anderer Verbände und Vereinigungen vorbereitet worden ist?

Derweil Gauck über die ehemaligen DDR-Bürger herfiel, kletterte die AfD in Umfragen auf 15 Prozent in Bayern, 20 Prozent in Baden-Württemberg, 23 Prozent im Saarland und 16 Prozent in Rheinland-Pfalz. Doch dazu gab der Altpräsident lieber keine pastorale Erklärung ab. Vielmehr bemängelte er, daß in der DDR nur etwa 93 000 Ausländer gelebt hätten. „Wir hatten keine Kontakte mit denen“, führte er in arroganter Art aus. Gauck vielleicht nicht, eine Vielzahl von DDR-Bürgern, denen die internationale Solidarität Herzensangelegenheit war, dafür umso intensiver und regelmäßig.

**Rico Jalowietzki**

## Oskar Lafontaine: „Vorboten des Faschismus sind nach Berlin zurückgekehrt“

*„Untertanengeist, Nationalismus, Militarismus, sogar erste Vorboten des Faschismus sind nach Berlin zurückgekehrt.“ Das sagt der frühere SPD- und Linkspartei-Vorsitzende Oskar Lafontaine in einem Beitrag in der aktuellen Ausgabe der Schweizer Wochenzeitung „Die Weltwoche“ vom 19.9.23.*

Es sei das Gegenteil dessen eingetreten, was der frühere SPD-Politiker Erhard Eppler erhofft hatte, als er in den 90er Jahren für den Umzug der bundesdeutschen Hauptstadt nach Berlin stimmte. Eppler habe damals gesagt: „In Berlin, da reden die Steine, und manche Steine schreien. Ich möchte, daß die, die Deutschland künftig regieren, mit diesen schreienden Steinen konfrontiert werden, jeden Tag.“

„Er hat sich gründlich geirrt“, stellt Lafontaine nun fest.

Die Aussage der grünen Außenministerin Annalena Baerbock, Rußland „ruinieren“ zu wollen, sei „faschistoide Sprache, weil es ein Kennzeichen des Faschismus ist, den Menschen und seine Leiden auszuklammern“. (...) Für die Wiederkehr des wilhelminischen Untertanengeistes steht für ihn das derzeitige

Verhältnis zu den USA, welche „die deutsche Außenpolitik bestimmen, mit Nord Stream eine zentrale deutsche Energieversorgungsleitung zerstörten oder zerstören ließen und mit den Grünen ihren verlängerten Arm im Deutschen Bundestag haben“.

Lafontaine zählt weitere Kennzeichen der deutschen Spielart des Faschismus auf, den er leider mit dem in herrschenden Kreisen benutzten falschen Etikett „Nationalsozialismus“ versieht. Dazu gehörten der Antisemitismus und der Antislawismus.

„Heute unterstützt die Bundesregierung das korrupte Regime in Kiew, das die tausendfachen Judenmörder Stepan Bandera und Roman Schuchewytsch zu Nationalheiligen erhoben hat. Und der Antislawismus spiegelt sich in der täglichen Hetze der deutschen Medien gegen Rußland und in der Lieferung von Waffen wider, mit denen erneut Russen getötet werden.“ Er fragt, ob die 27 Millionen Opfer der Sowjetunion durch den deutschen faschistischen Vernichtungskrieg 1941 bis 1945 „wirklich zu nichts“ verpflichteten.

Lafontaine kritisiert auch die Aussagen des gegenwärtigen SPD-Vorsitzenden Lars

Klingbeil, Deutschland müsse „den Anspruch einer Führungsmacht haben“, und daß Friedenspolitik bedeute, „auch militärische Gewalt als Mittel der Politik zu sehen“. Damit werde die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts abgeräumt, deren Maxime gewesen sei: „Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen.“

„Den Vogel, wenn es um die neue Führungsmacht geht, schoß der Grünen-Politiker Robert Habeck ab“, so Lafontaine. Habeck habe den USA versichert: „Wenn Deutschland Verantwortung übernimmt, dann muß es dienend führen. Wir tun gut daran, Leadership nicht mit Pathos und Stolz gleichzusetzen.“

Der grüne Wirtschaftsminister habe versucht, die Europäer damit zu beruhigen, daß Deutschland „ein zuhörendes Ansagen“ praktizieren müsse. Lafontaines Kommentar:

„Das wäre zwar keine feministische, aber eine fahrradgemäße Außenpolitik: nach oben buckeln und nach unten treten. Mit diesem Bild beschrieben die Deutschen schon immer den Untertanengeist.“

*Redaktionell gekürzt*



# Die deutsche Zwei-Staaten-Lösung

## Nachgedanken zum 3. Oktober 2023

3. Oktober – Feiertag. Was fängt man an mit diesem „Geschenk“? Raus in die Natur? TV? Ich entschied mich fürs Lesen. Ich nahm mir Dirk Oschmanns Buch „Der Osten: Eine westdeutsche Erfindung“ aus dem Regal. Nach gefühlt 1000 Rezensionen, Annotationen und Diskussionen über dieses Werk, die nicht spurlos an einem vorbeigegangen sind, wollte ich ihn mir nun endlich auch mal selbst zu Gemüte führen, paßt ja irgendwie zu diesem Tag. Und ostdeutsch sozialisiert bin ich auch. Nach einer längeren Weltbetrachtung, bei der ich nur Australien ausgelassen habe, zog es mich wieder zurück in mein Geburtsland nordöstlich von Berlin. Also dorthin, wo die stramm-deutsch-Nazionalen von der AfD mittlerweile 30 Prozent einfahren. Man sollte meinen, das wäre ein triftiger Grund für die Linken hier, sich um diesen Teil der Republik wieder mal zu kümmern. Ich könnte dem Genossen Bartsch auf Anhieb einige dutzend weitere Gegenden in der BRD im Norden, Westen, Süden und natürlich im Osten ans Herz legen, die für die Linken ein unerschöpfliches Betätigungsfeld wären. Doch die Genossen zerfleischen sich lieber selbst. Apropos Genosse, noch schlimmer war der Nachruf des „Genossen“ Steinmeier auf die arme, geschundene ostdeutsche Seele in seiner präsidialen Ansprache vor dem Tag des Beitritts. Gruselig. Obwohl, gruseliges ist man von den „Sozis“ gewöhnt, schon bevor der Osten beigetreten wurde. Es ist doch bezeichnend, daß immer dann, wenn dem (erst weimar-republikanischen, dann westdeutschen, dann gesamtdeutschen) Volk soziale Härten verkündet wurden, Sozialdemokraten an der Regierung waren. Um mal in der jüngeren Geschichte zu bleiben, wären da Notstandsgesetze, Berufsverbote, Agenda mit Hartz IV usw. Und mit

solchen Kräften wollten die Linken koalieren? Ist denen nicht aufgefallen, daß die Gründung der „Linken“ nur möglich war, weil sich mit der WASG Menschen mit Grausen von der SPD abgewandt hatten? Kam da wirklich zusammen, was zusammengehörte? Vielleicht, wenn man sich gegenseitig zugehört hätte, vielleicht, wenn sich die PDS nicht, mehr als 30 Jahre nach der SPD, völlig von ihren theoretischen Wurzeln verabschiedet hätte? Vielleicht, wenn der Antikommunismus nicht auch die Grundtorheit der gegenwärtigen Epoche wäre, ohne daß der Kommunismus eine aktuell an die Pforte der Welt klopfende Sache ist? Und die alles überdeckende Frage: Gibt es zwei Ethnien in diesem so schönen Land von Kap Arkona bis Neuschwanstein? Man muß Dirk Oschmann wohl zustimmen, wenn er meint, der Diskus über die jüngere deutsche Geschichte wird in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft, in den Medien und in den oberen Politiktagen ausschließlich von Westsozialisierten bestimmt. Demzufolge ist die westdeutsche Geschichte das „Normale“, das „Richtige“ und 40 Jahre DDR nur „Abweichung vom Normalen“. Mit anderen Worten: quasi ein Geschwür am deutschen Volkskörper. DDR-Bürger haben also ein falsches Leben gelebt in Verdummung, Unfreiheit und Diktatur. Was für ein hanebüchender Unsinn! Natürlich hat sich das westdeutsche ökonomische System über den Osten gestülpt, natürlich mußte alles beseitigt werden, was auch nur nach DDR roch. Wir hätten es wissen müssen, wissen können, was auf uns zukommt nebst Westkaffee, Westseife und Westauto. Genügend Aufklärung gab es doch. Doch die wirkliche Teilung in Deutschland geht nicht durch Ost und West. Es gibt hüben wie drüben Gewinner und Verlierer aus den letzten

33 Jahren, es gibt dumme, gerissene, skrupellose, träge sowie kluge, kämpferische, selbstlose, nichtegoistische Menschen in allen Landesteilen. Nein, die Spaltung gibt es in diesem Land tatsächlich – aber nicht zwischen armen Osis und arroganten Wessis. Diese Mär eignet sich hervorragend, um von den realen Problemen abzulenken. Deutschland ist wie alle kapitalistischen Länder gespalten in die, die haben und die, die geben. Die einen haben die Produktionsmittel und die anderen geben ihre Arbeitskraft. Dieses Land spaltet sich in Klassen. Und weil die Bourgeoisie im Moment die absolute Macht in den Händen hält, denn die antagonistische Klasse hat ihre Kämpfe fast eingestellt, wahrscheinlich, weil sie annimmt, daß der doppelt freie Lohnarbeiter heute nicht mehr am Band bei VW oder Ford, in den Büros am Rechner, in der Pflege, im Service oder malochend bei der Landarbeit vorkommt, kann sie tun, was sie will. Ökonomische, ökologische, soziale Krisen, Kriege, sich verschärfende Armut – das alles ist Ausdruck gegenwärtiger Klassenverhältnisse. Und keine noch so gut gemeinte Kosmetik an den bestehenden ökonomischen Strukturen wird das ändern. Ob Umweltrrettung oder gleichberechtigte Teilhabe am Reichtum für alle Menschen – beides kann nur durch grundlegende Umwälzung der Verhältnisse erreicht werden. Aus dem „Tag der deutschen Einheit“ als Feiertag sollte der Tag der Einigkeit in Ost und West im Kampf gegen die Herrschenden werden. Der Feind ist weder der Russe noch der Ostdeutsche, nicht einmal der US-Amerikaner, die Feinde sind die Machthaber jenes imperialistischen Systems, das diese Welt gerade mit Macht zugrunde richtet. Organisiert Euch! Kämpft! Bevor es zu spät ist.

**Uli Jeschke**

## DDR-Anschluß heute Im Niedergang

Bei Reportagen über Ostdeutsche habe sie oft das Gefühl, sie nehme an einer „Zooführung“ teil, schreibt Redakteurin Anja Reich am 30. September in der Berliner Zeitung: „Dem westdeutschen Publikum wird erklärt, was mit den Ostdeutschen nicht stimmt.“ Gegenwärtig wird allerdings der in Großmedien allein zugelassene „Zooblick“, der Abnormes und Ekliges am östlichen deutschen Bevölkerungskörper beäugt, mit einer Gegenanschauung beantwortet: Jüngst teilte stern.de mit, laut einer Umfrage meinten 60 Prozent aller Bundesbürger, das Trennende zwischen Ost und West überwiege, im Osten waren es 75 Prozent. Einen ähnlichen Stand soll es 2008 gegeben haben. 2019 war bundesweit immerhin eine knappe Mehrheit von 51 Prozent bei der jährlichen Umfrage der Auffassung, das „Zusammenwachsen“ sei gelungen. Der DDR-Anschluß wird nämlich in „Zooblick“-Redaktionen und vom politischen

Personal fast ausschließlich in Gefühls- und Stimmungslagen oder in Gärtner- („wachsen“) und Reisekategorien („in der Demokratie ankommen“) gemessen. Die ersparen das Studium der Verhältnisse – schon gar bei Eigentum oder Macht – und füllen jede Feiertagsrede ohne Folgen.

Nur die Bundesbank schert aus und teilte zum Beispiel im April mit, daß 2021 das sogenannte Medianvermögen – die Mitte zwischen armen und reichen Haushalten – im Osten bei 43 400 Euro lag, im Westen bei 127 900 Euro, also ungefähr dem Dreifachen. Bei Jahreseinkommen lauten die Durchschnittszahlen 58 000 Euro West, 45 000 Euro Ost. Nicht zu vergessen: Laut Bundesbank besitzen zehn Prozent aller Bundesbürger 56 Prozent von allem. Und selbst der „Ostbeauftragte“ der Bundesregierung – einer für Bayern wäre wichtiger – notiert in seinem jüngsten „Elitenmonitor“: Im Jahr 2022 waren nur zwölf Prozent der Führungspositionen mit Ostdeutschen besetzt. In den Medien acht Prozent, in der Justiz zwei. Will da einer Chef sein? Mehr als Verwaltung plus schöner Lackierung des Niedergangs ist 33 Jahre nach dem

DDR-Anschluß für Führungskräfte nicht drin. War 2008 in der anbrechenden Weltwirtschaftskrise vom „Abgrund“ die Rede, hat die amtierende Bundesregierung dem Trend dorthin einen gewaltigen Schub gegeben: fossile Energie aus Rußland abbestellen, dann händeringend nach Ersatz suchen – auch beim neuen Erzfeind. Minister zwecks Gehirnklaue von den Philippinen bis nach Südamerika um Fachkräfte betteln lassen und feststellen: Die wollen nicht zu „uns“. Wer einfach so kommt, weil er nach 20 Jahren Afghanistan-Krieg und allen übrigen „Werte“-Feldzügen dazu gezwungen ist, darf im Mittelmeer ertrinken oder soll ins Lager. Fabriken für Spitzentechnologie werden mit Milliardensubventionen aus den USA oder Taiwan gelockt. Krieg, Hochrüstung und Waffenlieferungen gehören notwendig dazu. Wenn wesentlich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche da nicht mitmachen wollen, besagt das etwas über Sinn für Realität. Erfasst kein „Zooblick“.

**Arnold Schölzel**

Aus: *junge Welt*, 2./3.10.23

# Das Aiwanger-Syndrom

## Spätfolgen eines Gründungsmakels

Der Ekel schnürt einem die Kehle zu: „Freiflug durch den Schornstein von Auschwitz“, „Kostenlose Kopfamputation durch Fallbeil“, „Eine Nacht Aufenthalt im Gestapokeller, dann ab nach Dachau“ ... Ein Flugblatt mit solchen „Preisauslobungen“ hatte der Schüler Hubert Aiwanger in seiner Mappe. Der heutige Freie-Wähler-Chef und bayerische Vizeministerpräsident, mit diesem Vorwurf konfrontiert, sprach angesichts der bevorstehenden Landtagswahl von einer „Schmutzkampagne“ und schloß seinen Rücktritt aus. Schließlich war Bruder Helmut als Verfasser des Pamphlets ausgemacht, während Hubert die „Jugendsünde“ bereute und versicherte, daß er „seit dem Erwachsenenalter, die letzten Jahrzehnte kein Antisemit, kein Extremist, sondern ein Menschenfreund“ gewesen sei. Ministerpräsident Söder beeilte sich zu erklären, daß in den 35 Jahren seither „nichts Vergleichbares“ in Aiwangers Vita vorgefallen sei. Da muß Bavaria aber aufgeatmet haben! In die Entrüstung einer konsequent antifaschistisch eingestellten Öffentlichkeit über die Causa selbst mischt sich nun Entsetzen, daß die Partei des so mäßig Abgewatschten plötzlich deutlich höhere Umfragewerte erhält. Der düpierte Söder tut das als „Fieberkurven aus Solidarität“ ab. Er wird nicht beachtet haben, daß Fieberkurven Krankheit signalisieren.

Die Art, in der die Vorgänge um die bayrische „Flugblattaffäre“ abgewiegelt werden, zeigt über das Lokale hinaus das aktuelle Symptom einer verschleppten, nie ausgeheilten, zu graduellen Rückfällen neigenden Malaise bundesdeutscher Geschichte. Diese chronisch gewordene Krankheit – halbherziger bis verlogener Antifaschismus – war schon als Gründungsmakel der BRD zu beklagen und zieht sich mit Spätfolgen bis ins Heute. Jenseits der „Nürnberger Prozesse“ unterblieb einst der einschneidende Bruch mit den braunen Eliten aus Politik und Wirtschaft, Banken und Presse, Geheimdiensten und Heer. Nachfolgeriegen mit ihrer geistigen Welt wurde der Zugang zur bundesdeutschen Parlaments- und Debattenkultur ermöglicht. Der Verfolgungsfleiß, den das unselige KPD-Verbot auslöste, verebte hier mit Bedacht. Und die Geschichtsaufarbeitung duldet noch immer fatale Radierungen. Daß Hitler durch das große Kapital an die Macht gehoben wurde oder daß bedeutende deutsche Geldvermögen der Jetzt-Zeit aus östlicher Sklavenarbeit herrühren, liest man in keinem Schulbuch. Dafür sind Gaulands „Fliegenschiff“-Vergleiche und Höckes profaschistische Pöbeleien zu ertragen, während wir mit größter Sorge hören, wie die CDU über eine punktuelle Zusammenarbeit mit der AfD streitet. Denn lauter wird auf Marktplätzen der Verdrängung wieder

„Schluß mit der Schraubzwinge historischer Schuld“ gerufen. Ergo: Aiwangers flugblättrige „Jugendsünden“ in den Reißwolf des Vergessens? Ins Vergessen sowieso nicht. Das widerliche Flugblatt wurde 1988 in der Schultasche eines Gymnasiasten gefunden. In dem Alter und zu jener Zeit darf eine versäumte Chance unterstellt werden, sich gegen von wem auch immer zugeraunte nazistische und antisemitische Parolen geistig gewappnet zu haben. Ehrfurcht vor den Toten von Auschwitz und Dachau, vor den Opfern des Holocausts und des Widerstands gegen die Hitler-Barbarei sollten einem angehenden Abiturienten der Nachkriegsgeneration abverlangt werden. Nach dem Sakrileg wäre ein erkennbares Umdenken und Bedauern ethische Pflicht gewesen, ehe die Süddeutsche Zeitung in der Vergangenheit grub. Heute ist Aiwangers Widerrede der empathielose Versuch, die Schimäre einer politischen Hexenjagd in Wählervoten umzumünzen. Und sein Vorbehalt, gegen die „Verdachtsberichterstattung“ der Presse juristisch vorzugehen, setzt eher auf Zurückschlagen denn auf moralisch gebotene Demut. Der Politiker an sich ist mir schnuppe. Das Aiwanger-Syndrom nicht. Es frißt an dem fragilen antifaschistischen Selbstschutz der Gesellschaft.

**Hartmut König**

Redaktionell geringfügig gekürzt  
UZ, 6.10.23

## Wie ich die DDR erlebte

Die DDR betrachte ich als das Thema meines Lebens, obwohl ich mich an ihre Gründung nicht erinnern kann. Nach Geburt und Wohnort lebte ich damals in Westdeutschland. Bei bürgerlicher Herkunft war meine gesellschaftspolitische Ahnungslosigkeit nicht einmal ungewöhnlich. Durch die Eltern wußte ich früh, daß die Nazi-Herrschaft Verbrechen am eigenen Volk und anderen Völkern bedeutete. Ich haßte den Krieg. Beides hielt ich nach der Befreiung für erledigt. Erst Adenauers Kurs der Wiederaufrüstung weckte mich auf. Meine Teilnahme an der Friedensbewegung brachte mir den Vorwurf ein, Kommunist zu sein. Dieses unfreiwillige Kompliment für den Kommunismus ging mir ebenso wie die faktische Selbstentlarvung der spätbürgerlichen Klasse noch gar nicht auf. Indessen lenkte es zum ersten Mal meine Aufmerksamkeit auf die DDR. Wie sehr diese mit allen sozialistischen Ländern den Frieden brauchte und wie ehrlich sie ihn wollte, und wie dagegen jeder Schritt weiterer Aufrüstung vom Westen ausging, war dann unschwer zu erkennen. Als ich 1957 im Alter von 28 Jahren in die DDR kam, hatte ich schon keine Berührungssängste mehr. Aber es überraschte mich doch, wie spannend ich sie erlebte. Ich lernte Kommunisten kennen, die meine Vorbehalte selbstverständlich sofort durchschauten und mich dennoch ohne Vorbehalt willkommen hießen. Ich spürte, daß so ihre Einstellung zu den Menschen überhaupt ist, und ebenso,

daß sie von jedem seinen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus verlangten.

Meine Teilnahme weckte natürlich auch das Interesse an den Klassikern des Sozialismus. Es führte theoretisch und praktisch zu der Überzeugung, daß nur der Sozialismus gerechte Eigentumsverhältnisse schafft, daß dies Sache der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist, und daß dazu jeder Mensch gebraucht wird. Dies ist der Weg zum Frieden.

Die dauernde Beschäftigung der Menschen im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit und ihre solidarische Verbundenheit untereinander haben mir die DDR zur Heimat gemacht. Ich habe oft gesagt: Welche Nöte wir auch durchmachen müssen, Arbeitslosigkeit und Hakenkreuz wird es bei uns nicht mehr geben. Daß beide zurückgekehrt sind, und daß Armut, Unterdrückung und Krieg weltweit zugenommen haben, ist eine bittere Niederlage. Sie spricht wirklich nicht für die Sieger. Gegen den Imperialismus bleibt nur unser sozialistischer Weg und damit auch mein persönliches Lebensthema richtig, auch wenn er nun über steinigere Strecken führt.

**Dr. Dieter Frielinghaus, Brüssow**

*Dieter Frielinghaus studierte in Göttingen evangelische Theologie. 1956 wurde er zum Doktor der Theologie promoviert. Er gehört von Beginn an zu den Lesern und Unterstützern des „RotFuchs“.*

Aus: Rote Kalenderblätter, 2003  
Herausgegeben vom DKP-LV Brandenburg

## Die DDR – mein Zuhause

Zum Gründungstag am 7. Oktober 1949

An diesem Tag, das ganze Jahr,  
So denke ich, wie gut es war  
Nicht mit Moral von den Banditen  
Zu vegetier'n, die mir verbieten  
Die Sicherheit, den Frieden und  
Stets geben Heuchelei nur kund.

Gesundheit heut zum Fremdwort ward  
Wie Leben auch, woran gespart.  
Am Rüstungswahn bis hin zum Krieg  
Jedoch die Bundesrepublik  
Sich nicht entblöden kann und will,  
Auf daß die Lüge tönent schrill.

Reglementiert auf Schritt und Tritt  
Erleb ich jeden Tag nun mit  
Beim Duschen, Heizen, Leben gar,  
Das nennt sich Freiheit. Sonderbar!  
Einst, wo ich wußte auch wofür,  
Hab ich gelebt die Pflicht als Kür.

E. Rasmus



# Mehr als eine Familiengeschichte

## Horst Schumann hat die Schicksale seiner Vorfahren aufgeschrieben

Es ist ein berührendes Buch, das Horst Schumann (geboren 1948) geschrieben hat: „Widerstand und Zuversicht. Eine Familiengeschichte“. In seinem abschließenden Resümee heißt es: „Die Berichte über unsere Familien, unsere Vorfahren enthalten nur wenig Spektakuläres. Sie erzählen von Menschen, die in den letzten fast zwei Jahrhunderten lebten, Familien gründeten, ihren Platz in der Gesellschaft hatten und manchmal auch Bleibendes schufen. Das Besondere dieser Menschen besteht in ihrer gemeinsamen Stellung: Fast alle waren Kommunisten. Viele von ihnen waren im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland aktiv. Dafür wurden sie in Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingesperrt. Einer von ihnen bezahlte seine politische Überzeugung und seine Aktivitäten mit seinem Leben. Georg Schumann gilt als eine herausragende Persönlichkeit in unserer Familie und darüber hinaus. Nach der Zerschlagung des Faschismus waren die Mitglieder der großen Familie in gesellschaftlichen Funktionen bis in die Spitze der politischen Strukturen der Deutschen Demokratischen Republik tätig.“ Knapper und einfacher läßt sich der Inhalt des Bändchens nicht zusammenfassen und die Zusammenfassung läßt kaum ahnen: Hier wird

Atemberaubendes erzählt, nämlich Einblick in Privates gegeben, das in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts verflochten war, aber auch in die großen hoffnungsvollen Umwälzungen – Weltkriege, Faschismus und Konterrevolution auf der einen Seite, Novemberrevolution, antifaschistischer Widerstand und Aufbau der DDR auf der anderen. Vergleichbares gibt es so nicht, vielleicht, weil es kaum eine vergleichbare Familie gibt, die zwar weit verzweigt war und ist, aber zugleich eine so einheitliche Haltung einnahm. Bescheidene Leute, die zu Hause, so der Verfasser, „eine Atmosphäre von Zuneigung, Achtung, Vertrauen und Freundschaft“ schufen, die sich der Klasse, aus der sie kamen, ohne großes Aufhebens bewußt waren, Klassenbewußtsein hatten und Anstand bewahrten. Horst Schumann beschreibt das so: „Mit Fug und Recht kann man unsere Vorfahren als wahre Patrioten bezeichnen. Ihr Patriotismus spiegelte sich vor allem in ihrem Kampf für den Frieden und gegen den imperialistischen Krieg wider.“ Sie nahmen Verfolgung und Unterdrückung auf sich, als Millionen Deutsche den Nazis jubelnd in Weltkrieg und Zerstörung folgten, setzten sich für den Aufbau des Sozialismus ein und, so der Autor, „als ihr Wirken für eine bessere Zukunft erneut an

Parolen und Gebrüll scheiterte, ließen sie sich nicht beirren und vertraten ihren Standpunkt“. Die Schicksale von Georg und Johann Schumann, Ruth und Arthur Rößler, Horst und Margot Schumann, Arthur und Elsa Hübner, Gerhard und Marianne Heidenreich, Hans und Frieda Bügel, die der Autor (der mehrere Familienmitglieder als Unterstützer nennt) zum Teil detailliert schildert, ohne „Fehler und Macken“ auszulassen, sind Stoff für ein Epos, für große Kunst. Das ist nichts für jene „Wissenschaftler“, für die das „Faust“-Wort gilt: „Wie nur dem Kopf nicht alle Hoffnung schwindet, / Der immerfort an schalem Zeuge klebt, / Mit gier'ger Hand nach Schätzen gräbt, / Und froh ist, wenn er Regenwürmer findet!“ Hier liegt ein Schatz. Dem Buch vorangestellt ist der Satz: „Unser revolutionäres und antifaschistisches Erbe zu bewahren, ist Anspruch und Verpflichtung für die nachkommenden Generationen.“ Das ist aktuell wie lange nicht.

**Arnold Schölzel**

*Horst Schumann: Widerstand und Zuversicht. Eine Familiengeschichte. 109 Seiten, 19,95 Euro. Zu beziehen über: Tredition GmbH, Abteilung „Impressumservice“, An der Strusbek 10, 22926 Ahrensburg. Im Internet: [shop.tredition.com](http://shop.tredition.com)*

## Ein ganz gewöhnliches Leben

Jetzt bin ich 92 und blicke zurück auf mein Leben. Es begann in der Weimarer Republik. Ich erlebte die Nazizeit, den Krieg ... Erst mit der Gründung der DDR bekam es Sinn und Inhalt. Ich begann als Kreisliteraturvertriebsleiterin im Parteiapparat, war eine Art Buchhändlerin ohne Ausbildung. Neben Parteiliteratur wurde auch eine Menge Belletristik vertrieben. Das geschah auf ungewöhnliche Art. Ich packte mir einen Rucksack voll Bücher und besuchte die Kulturdirektoren der größeren Betriebe. Mit einem leeren Rucksack kam ich zurück und hatte ca. 300 Mark umgesetzt. Und das jeden Tag. Man hat mir einmal gesagt, das sei der Grund für die Gründung der Volksbuchhandlungen gewesen. Ich machte diese Arbeit gern, denn ich war schon immer ein großer Bücherfreund.

Mein Großvater hatte die große Buchhandlung von Stralsund am Alten Markt gegenüber dem bekannten und prachtvollen Rathausbau. Als Stralsunder Kind fand ich es unumgänglich, auf der Volkswerft zu arbeiten, wo ich als Brenner in der Produktion tätig war, nicht ohne für die Betriebszeitung „Unsere Werft“ zu schreiben. Ich war stolz, am Aufbau einer DDR-Fischfangflotte mitwirken zu können. Ich wollte auf keinen Fall wieder Krieg und Kapitalismus. Meine Erlebnisse flossen in einen Roman ein, den ich zu einem Literaturwettbewerb der Stadt Stralsund einreichte und den 1. Preis erhielt. Nach der Heirat mit Prof. H.-E. Bölsche ging ich mit nach Brandenburg, wo das dortige Theater einen Musikalischen Oberleiter suchte. In der Havelstadt war ich im Kultursektor beschäftigt. Um herauszufinden, wo ich gelandet war, durchwanderte ich die Umgebung, wurde

Wanderleiter und schrieb zwei Wanderbücher. Außerdem engagierte ich mich mit meiner Prosa und Lyrik im Zirkel Schreibender Arbeiter, der dem Stahl- und Walzwerk angehörte. Wo ich auch tätig war, ich fand in jedem Fall Förderung in vollem Maße und das ohne dafür zu bezahlen. Ich war stolz auf unseren Staat, in dem Krieg und Ausbeutung Fremdwörter waren. Für mich bedeutet „Wende“ Konterrevolution. Sie traf mich ganz persönlich. Das Wort Eigenbedarf warf mich aus dem Haus, in dem ich wohnte, weil es verkauft wurde. Wahrscheinlich könnte ich heute die Miete dort nicht mehr bezahlen. Heute lebe ich in einem Dorf in der Mark und denke mit Wehmut und Sehnsucht an die Jahre meines Lebens in der DDR.

**Beate Bölsche**  
Beetzsee

## Mein Leben in der DDR muß mir keiner erklären

Nach einigen Jahren des Schweigens habe ich heute, am 7. Oktober, das Bedürfnis meiner Seele Luft zu verschaffen, bevor ich in diesem Land ersticke. Natürlich wandern die Gedanken an so einem denkwürdigen Tag in die Vergangenheit, in die schönsten und erfolgreichsten Jahre eines langen Lebens. Als 14-jähriges Mädchen, einem konservativen Elternhaus entronnen, an einem Institut für

Lehrerbildung erzogen, gebildet und auf einen schönen Beruf als Unterstufenlehrerin vorbereitet, begann ein neuer Lebensabschnitt: Ein kostenloses Studium mit Vollverpflegung, mietfreiem Wohnen und Stipendium. Auch meinen Kindern standen später alle Wege offen, sich durch ein hohes Bildungsniveau an unseren Schulen, eine kostenlose, gut organisierte Freizeitgestaltung durch Hort, Sportvereine und Arbeitsgemeinschaften das Rüstzeug für die spätere Berufsorientierung zu erwerben.

Ich erlebte eine Jugend im Aufbruch für eine neue gerechte Gesellschaft ohne Überfluß und Luxus. Mir muß kein Wessi erklären, wie ich in der DDR gelebt habe, ich habe in meiner Republik gelebt und bin dankbar für alles, was mir dieser Staat gegeben und ermöglicht hat! Übrigens, meinen damaligen Direktor des Lehrerbildungsinstituts Kyritz Helmut Helge grüße ich auf das herzlichste. Diesen Namen kann jeder „RotFuchs“-Leser in unserer Zeitschrift finden.

**Karin Gruhne**  
Burg Sreewald

# Über „kampfloses Aufgeben der DDR“

In der September-Ausgabe des RF fragt Roland Winkler in seinem Beitrag „Es war ein Weg vom Ich zum Wir“ (S. 20): „Kommunisten und Freunde im westlichen Deutschland haben oft berechtigt die Frage gestellt, warum habt ihr euch alles kampflos aus der Hand nehmen lassen? Wer hat die plausible Antwort, die richtige und vor allem revolutionäre?“

Ja, die Frage muß beantwortet werden, immer wieder – richtig, und auch revolutionär (wenn's geht). Und das heißt auf dem Boden nur von Tatsächlichem und Erkenntnissen, die zu übernehmen sind für eine Zukunft. Ich würde allerdings vorschlagen, unmittelbar nicht nur die nach dem Schicksal der DDR, sondern die viel allgemeinere zu stellen: Die nach dem Schicksal des Sozialismus an sich. Der allgemeine, weltweite Blick sagt mehr aus auf die obige Frage, als der auf Nationen, Einzelstaaten bezogene.

Beginnen wir mit der allgemeinsten Frage: Ist denn die Sozialismusfrage dadurch, dass es 1989/90 zu einem Staatskollaps gekommen ist, an sich aus der Weltgeschichte verschwunden? Nein. Zunächst: Die Sozialismusfrage ist im Eigentlichen gar nicht an Staaten oder Staatsexistenz gebunden. Gebunden, also abhängig im objektiven Sinne, ist die Sozialismusfrage aufgrund des Übergangs von einer Arbeit erst privaten (oder auch individuellen) Charakters zu einer Arbeit gesellschaftlichen Charakters. Erst im Rahmen dieser Entwicklung entsteht eine Arbeiterklasse, und mit dieser erst die Frage einer Gesellschaftsordnung durch diese Klasse. Vorher nicht.

Wie ist hier die Lage – weltweit? So, dass die Menschheit erst im Begriff ist, zu einer solchen Arbeit gesellschaftlichen Charakters überzugehen. Diese besondere Welt, diese besondere Menschheit ist, weltweit gesehen, erst im Entstehen begriffen. Nur erst einzelne Länder können wirklich von sich sagen, daß sie dieses Stadium schon erreicht haben.

Wie war der Stand der bisherigen Staaten sozialistischen Charakters in dieser Frage? Er war so, daß überhaupt nur Länder eines noch nicht gesellschaftlich entwickelten Stadiums der Arbeit zum Aufbau des Sozialismus übergangen: Dadurch fiel die Aufgabe, diesen Status zu entwickeln, erst in den ... „Sozialismus“; und das wiederum hieß, in einen solchen Sozialismus, der erst dem politischen, dem subjektiven Anspruch auf ihn gerecht werden konnte, keineswegs aber schon dem ökonomischen.<sup>1</sup>

Damit war (oder ist) aber auch die Sozialismusfrage bisher erst im Stadium ihres Entstehens begriffen, also halb. Oder „halb“, d.h. halb ja, halb nein. Wir müssen beim bisherigen Sozialismus davon ausgehen, daß er eine Geschichtsperiode der Menschheit erst eröffnet hat. Uns mag sein vorzeitiges Ende

erschüttern, ein Grund, ihn zu beerdigen, besteht nicht. Vom Objektiven her, d.h. vom Stand/Entstehen der Ökonomie her, bewegt sich die Menschheit immer näher der Notwendigkeit, eine sozialistische anstelle einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen, zu.

Aber nun dieselbe Frage konkret: Ist denn überhaupt der Beginn des Sozialismus in der Menschheitsgeschichte mit dem Ende der Sowjetunion, DDR und weiterer schon sozialistischer Staaten in Osteuropa wirklich aus der heutigen Welt verschwunden? Nein. Betrachten wir diese Frage von Beginn und Ende genauer, so hat das „Ende“ nur solche Staaten getroffen, deren Sozialismus in Folge des Sieges der Roten Armee über die Armee Hitler-Deutschlands entstand. Keiner dieser Sozialismen beruhte – anders also als in Rußland – auf politischen Revolutionen ihrer arbeitenden Klasse; er wurde quasi von außen übertragen. Länder nahmen einfach sowjetischen Charakter, d.h. den Charakter des siegreichen Staates im 2. Weltkrieg an. Ein Mangel an subjektiver Voraussetzung führt in der Regel aber auch zu einem Mangel an subjektivem Bekenntnis. So kann sich „kampfloses Beenden“ auch erklären lassen – nach 40 Jahren allerdings in Grenzen.

Aber wie allgemein ist denn dieses Problem (ein Beenden des Sozialismus) für unsere Frage allgemeinsten Art? Wie man's nimmt. Es gibt ja auch noch andere Völker bzw. Staaten, die dem Beispiel Rußlands/der Sowjetunion gefolgt sind, Länder, deren Entwicklung zum Sozialismus eben kein Einmarsch einer sowjetischen Armee vorausging. Das ist doch frappierend: Alle Staaten mit sowjetischem Einmarsch haben den sozialistischen Status aufgegeben, alle Staaten ohne diesen haben ihn behalten – und entwickeln ihn weiter. Und das soll ein Ende des Sozialismus sein? Wenn ja, dann nur ein partielles. Von einem wirklichen Ende des Sozialismus weltweit kann nicht gesprochen werden.

Wir haben davon auszugehen, daß sich die Staatsgeschichte des Sozialismus – oder auch konkrete Form der Geschichte des/zum Sozialismus – von der allgemeinen Geschichte des Sozialismus unterscheidet. Die eine läßt uns ins Grübeln kommen, die andere nicht einmal ansatzweise daran zweifeln, daß der Sozialismus-Gedanke sich real (!) in der Geschichte weiterentwickelt. Seine Europa-Geschichte ist ins Wanken geraten (und was der Grund, wird Frage), seine über Europa hinausgreifende Geschichte bleibt Gegenstand unseres Studierens und Lernens.

Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen, lautete in der DDR ein unser Verhältnis zu diesem Land symbolisierender Satz. Er erlangte dann in der Tat auch eine für die DDR schicksalhafte Bedeutung. Die Sowjetunion siegte ja nicht nur. Sie unterlag – und unterliegt – auch einer inneren Geschichte. Und die ist, um es vorsichtig auszudrücken, Schwankungen unterlegen.

Wenn wir nach den Gründen für das Ende der DDR usw. fragen, müssen wir nicht nur nach der eigenen Geschichte der DDR, sondern auch nach der inneren Geschichte der Sowjetunion fragen. Unsere „eigene“ war immer getragen/inspiriert von der sowjetischen. Wie der Anfang der DDR mit der Sowjetunion, ist auch das Ende der DDR mit dem „Ende“ der UdSSR erklärt. Aber: Es ist – in Rußland – ja nur ein Ende in sozialer Hinsicht, eben keines in staatlicher Hinsicht. In Rußland geht es zur Zeit nur darum, die Stärke des russischen Staates zu erhalten, bis auch die russische Ökonomie den modernen Standard, gesellschaftlich entwickelt zu sein, erreicht hat. Kurz gesagt: Indem sich die Sowjetunion/Rußland 1989/90 auf die Frage des Staatserhalts, d.h. die Lösung des konkret gesellschaftlichen Widerspruchs seiner Entwicklung zurückzog, zog es sich aus der Lösung des allgemeingesellschaftlichen Widerspruchs, d.h. der Sozialismusfrage, zurück. Mit einem Wort: Nur aus einem sozialen Verhältnis zog sich der Staat zurück, aus seinem Staat als solchen nicht. Das ist der große Unterschied zur DDR. Sie mußte – aufgrund der Lösung eines Problems der innerrussischen Geschichte – sowohl ihren staatlichen als auch ihren sozialen Status aufgeben.

Das Rußland nach der Sowjetunion experimentiert mit seinen Verhältnissen, es probiert aus, was es als Staat stark macht. (Es probiert also auch kapitalistische Verhältnisse aus). Starke Staaten, widerstandsfähige Staaten sind aber heute (noch) die Voraussetzung allgemeinnotwendiger, also sozialer Geschichte. Es bleibt Rußland, auch wieder sozialistisch zu werden. Ohne Staatserhalt ginge das nicht. Die konkrete DDR konnte die UdSSR staatlich nicht ersetzen, insofern „scheiterte“ sie aufgrund des Rückzugs der Sowjetunion nach „Rußland“ staatlich und sozial. Wir, die DDR, sind das Opfer einer innergesellschaftlich notwendigen Entwicklung Rußlands. Wir müssen um die Abhängigkeit bisheriger deutscher sozialistischer Geschichte von sowjetischer staatlicher Geschichte wissen, dann begreifen wir Geschichte konkret.

Ein Wiederbeginn allerdings der DDR, also eines deutschen Staates mit sozialistischem Image, wird nicht mehr seine Voraussetzung in einer inneren Geschichte Rußlands haben, sondern nur noch in einer inneren Entwicklung der BRD. Übertragen von Land zu Land wird Sozialismus wohl nicht mehr, aber entwickelt zu werden ist überall auf der Welt möglich, bzw. wird auch wieder möglicher. (Die allgemeine Möglichkeit zum Sozialismus ist ja in einer Entwicklung der Arbeit gegeben). Auch, natürlich, in Rußland. Wie weit Revolutionen ausstrahlen, ist keine Frage der allgemeinen, sondern eine der konkreten Geschichte. Und die ist bunt.

<sup>1</sup> Eine Ausnahme machte hier vielleicht die DDR. Man hätte ihr die Beantwortung der Frage, was Sozialismus ist, überlassen sollen.



# „Das Land unserer Hoffnung“ – der Bund der Freunde der Sowjetunion

„In einem Augenblick, in dem die Republik der Arbeiter und Bauern sich anschiekt, ihr elfjähriges Bestehen zu feiern, ist es von allergrößter Bedeutung, daß in allen Ländern und so auch in Deutschland, diejenigen, deren Hoffnung das Land mit Hammer und Sichel im Wappen ist, sich vereinigen, um ihre Sympathie, ihre Kameradschaft mit den Genossen erneut zu bekräftigen.“ Mit diesen Worten eröffnete der Berliner Arzt Dr. Max Hodann am 4. November 1928 im ehemaligen Plenarsaal des Preußischen Herrenhauses in Berlin den Reichsgründungskongreß des Bundes der Freunde der Sowjetunion. Der Linksintellektuelle Max Hodann hatte sich in einer Reihe von Fragen dem Standpunkt der Kommunistischen Partei angenähert. Er war aktiv in der Internationalen Arbeiterhilfe tätig, gehörte 1926 dem Reichsausschuß der Werktätigen an und kämpfte auch später in der Emigration aktiv gegen den Faschismus.

165 Delegierte waren zusammengekommen, entsandt von 49 Organisationen aus ganz Deutschland und von 35 Berliner Großbetrieben. Unter ihnen befanden sich 58 Mitglieder der Kommunistischen Partei, 35 Sozialdemokraten, drei Vertreter des Sozialistischen Bundes und ein Mitglied der Christlich-Sozialen Reichspartei. 66 Delegierte waren parteilos, zwei gehörten dem Kommunistischen Jugendverband an. Repräsentativ vertreten waren das Einheits-Komitee, das bisher Reisen von Arbeiterdelegationen in die UdSSR

organisiert hatte, die Internationale Arbeiterhilfe, der Rote Frauen- und Mädchenbund, die Liga für Menschenrechte und die Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland.

Außer Max Hodann sprachen auf dem Kongreß unter anderen der Schriftsteller Ernst Toller, der Historiker Prof. Dr. Emil Julius Gumbel und Theo Overhagen im Namen der Arbeiterdelegationen, die bisher die Sowjetunion besucht hatten.

Als Ziel und Zweck des Bundes war „die Zusammenfassung aller Kräfte“ erklärt worden, „die den imperialistischen Krieg bekämpfen und bereit sind, die Sowjetunion zu verteidigen, sowie die weiteste Aufklärung über die wirkliche Lage in der Sowjetunion zu verbreiten“. Das sollte geschehen durch die Herausgabe von Zeitschriften, Lichtbild- und Filmvorführungen und anderen Veranstaltungen.

Das Schwergewicht wurde auf die Verbreitung von Kenntnissen über die UdSSR gelegt, teils durch Gäste, teils durch Vorträge von „Rußland-Reisenden“.

Der Kongreß wählte ein aus 29 Personen bestehendes Reichskomitee. Ihm gehörten neben anderen an: Max Hodann, der Schriftsteller Dr. Kurt Hiller, Prof. Emil Julius Gumbel, Dr. Helene Stöcker vom Bund für Mutterschutz und der Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland, Adolf Deters als Vertreter der Berliner Verkehrsbetriebe. Dominierend waren die Kommunisten, die durch die

Reichstagsabgeordneten Helene Overlach, Franz Dahlem und Fritz Heckert sowie Willi Münzenberg, Mitglied des ZK der KPD und Generalsekretär der Exekutive der Internationalen Arbeiterhilfe, vertreten waren.

Der Bund der Freunde der Sowjetunion war auf der Basis der Betriebe organisiert. Im Unterschied zur 1923 gegründeten „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland“ war er eine Massenorganisation, die vor allem Arbeiter, aber eben auch viele Vertreter der Intelligenz zu ihren Mitgliedern zählte.

1929 übernahm der Bund die Organisation von Arbeiterstudienreisen in die UdSSR. Dazu zählten die Fahrten zum 12. Jahrestag der Oktoberrevolution sowie der 5. und der 6. deutschen Arbeiterdelegation 1930 und 1931. Den deutschen Behörden waren die zunehmenden Aktivitäten des Bundes ein Dorn im Auge. Daher verschärfte das Reichsinnenministerium 1932 die Bestimmungen für Auslandsreisen, besonders in die UdSSR. Das preußische Innenministerium wollte sogar Delegationen zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution „erforderlichenfalls unter Anwendung unmittelbarer Gewalt“ an der Ausreise hindern.

Das Jahr 1933 brachte das Ende für die legale Existenz des Bundes der Freunde der Sowjetunion. Doch viele Mitglieder setzten ihr Leben im Kampf gegen die faschistische Diktatur ein.

**Dr. Kurt Laser**

## UNVERGESSEN

In der Bundesrepublik nehmen die rechtsradikalen und nazistischen Vorfälle und Straftaten immer mehr Fahrt auf. In einem Land, das sich offiziell als Rechtsnachfolger des 3. Reiches sieht und zugleich die Last eines durch Hitlerdeutschland entfesselten Weltkrieges mit über 60 Millionen Toten tragen muß. Über und über Opfer, Männer, Frauen und Kinder, in Vernichtungslagern der Nazis, der Holocaust mit mehr als sechs Millionen Ermordeten und hunderttausenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, verhungert und erschlagen. Mit dem 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung vom Grauen des Krieges, folgte die Mehrzahl der Menschen in ganz Deutschland dem Schwur der Buchenwaldhäftlinge „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Doch schon im Zuge der Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen begann eine zweigeteilte Entwicklung in Deutschland. Im Osten wurden die Grundlagen für die Entwicklung einer antifaschistischen Ordnung gelegt, wurde die Entnazifizierung in der Gesellschaft, u.a. durch Antifaschisten und Kämpfer gegen den Faschismus in Verwaltung, Justiz

und Polizei sowie Neulehrer, vorangetrieben. In den drei Westzonen und später in der BRD sorgte man dafür, daß Hitlers Akteure, Parteigänger und Helfer wieder in Amt und Würden kamen. Exemplarisch dafür stehen Globke als Staatssekretär, Filbinger als Ministerpräsident, Gehlen als Chef des neuen Geheimdienstes, Heusinger als Generalinspekteur der Bundeswehr, Buback als Generalbundesanwalt, Schleyer als Arbeitgeberpräsident. Kasernen der Bundeswehr und Straßen sowie Plätze tragen oder trugen Namen von früheren faschistischen Funktionären oder Offizieren/Generälen, wie von Manteuffel, Moeller, Freiherr v. Fritsch, Rommel, Lent, Marseille, Lilienthal. Nach Angliederung der DDR an die BRD kamen sogenannte Aufbauhelfer und „Neubürger“ in den Osten. Zu ihnen gehören beispielsweise der Gymnasiallehrer Höcke, Richter Meyer, der Oberst der Bundeswehr Paderski, der Bundeswehrfallschirmjäger Oberfeldwebel Kalbitz. Sie zeichnen hauptsächlich mitverantwortlich für den Aufbau rechter sowie nazistischer Strukturen und Parteien in den neuen Bundesländern. Der gesellschaftliche Umbruch zurück in

kapitalistische Verhältnisse war im Osten geprägt von einem Sturm zur Tilgung des Vermächtnisses von Antifaschisten. Erinnerungsorte, Straßen und Denkmäler für Menschen, die für ihre Überzeugung und ihren Kampf gegen den Faschismus Haft und Folter erlitten oder gar den Tod fanden, wurden gestohlen, entfernt bzw. geschleift. In Chemnitz, unserem Wirkungskreis, fand nach 1990 eine durch nichts zu rechtfertigende Straßennamenstürmerei statt, Gedenktafeln wurden zerstört oder entfernt und vor allem Schulen ihres antifaschistischen Erbes beraubt. Allein für Chemnitz stehen über 30 entfernte Straßennamen und über 15 getilgte oder mit dem Abriß der Schulen verschwundene Schulnamen.

Der bis heute andauernde Angriff auf das Wertesystem der Menschen in der DDR schließt zugleich den Bruch mit allen antifaschistischen Traditionen der DDR ein.

Doch der Kampf der Menschen, die sich gegen Faschismus und Krieg erhoben, war nicht umsonst. Die Erinnerung an sie wird unauslöschlich sein.

**Peter Blechschmidt, Raimon Brete**  
Chemnitz

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

**Das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution 1918/19**

*Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.*

RF

21. Dezember 1978

„Morgen treten aus ganz Deutschland Vertreter der meistgehaßten, meistverleumdeten, meistgehetzten politischen Richtung, des Spartakusbundes, zusammen ..., um in kurzer Beratung, vom heißen Atem der Revolution umweht, über weitere Ziele und Wege zu beschließen ...“ Mit diesen Worten kündigte Rosa Luxemburg am 29. Dezember 1918 in der „Roten Fahne“, dem Zentralorgan des Spartakusbundes, ein historisches Ereignis an: die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Knappe Worte, aber sie lassen spüren, unter welcher ungewöhnlichen, dramatischen Umständen die Partei der deutschen Kommunisten geboren wurde: Diese Parteigründung im Feuer der Revolution mußte zugleich im Kreuzfeuer der gesamten Konterrevolution von Krupp und Stinnes, den kaiserlichen Generalen bis hin zu den Rechtssozialisten Ebert, Scheidemann und Noske vollzogen werden. Mußte – denn die ersten beiden Revolutionsmonate hatten bewiesen: Der Elan der Massen, die unermüdliche Agitation des Spartakusbundes und aller Heldenmut dieser entschiedenen und zielklaren Minderheit konnte nicht das Wirken einer revolutionären Massenpartei ersetzen. Die Erfahrungen der deutschen Revolution hatten vollauf bestätigt, was Lenin wenige Wochen zuvor in der „Prawda“ geschrieben hatte: „Das größte Unglück und die größte Gefahr für Europa bestehen darin, daß es dort keine revolutionäre Partei gibt. Es gibt Parteien von Verrätern wie den Scheidemännern ... oder von Lakaienseelen wie Kautsky. Eine revolutionäre Partei gibt es nicht.“

Diese Einsicht setzte sich im Laufe des Dezember 1918 auch immer stärker in den Organisationen des Spartakusbundes durch. Gedrängt durch die bitteren Erfahrungen des Reichsrätekongresses Mitte Dezember und anderer Erfolge der Konterrevolution überwand sie die Unterschätzung der Rolle der Partei. Eine Reichskonferenz des Spartakusbundes am 29. Dezember beschloß nach kurzer Debatte bei nur drei Gegenstimmen die endgültige Trennung von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und die Gründung einer selbständigen revolutionären Partei.

Am 30. Dezember 1918, vormittags um 10 Uhr, konstituierten sich die Delegierten im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses als Gründungsparteitag der KPD.

Charakteristische Umstände beleuchten die bürgerkriegsähnliche Situation, die der Parteitag zu berücksichtigen hatte: Alle eintreffenden Delegierten wurden vor Betreten des Sitzungssaales einer strengen Kontrolle unterzogen. Eine Wachmannschaft aus revolutionären Matrosen der Volksmarinedivision sorgte für die militärische Sicherung des Parteitages.

Insgesamt nahmen am Parteitag 127 Delegierte aus 56 Orten teil. Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden Wilhelm Pieck aus Berlin und Jacob Walcher aus Stuttgart gewählt. Karl Liebknecht appellierte an die Delegierten, „heute, jetzt, vor aller Öffentlichkeit den großen Trennungsstrich zu ziehen“. Er forderte die „Lossagung von allen lauen und opportunistischen Elementen“. Und Liebknecht umriß wie folgt die Grundaufgabe: „Wenn wir heute auseinandergehen, muß eine neue Partei gegründet sein, eine Partei, die im Gegensatz zu den scheinsozialistischen Parteien steht, ... im Gegensatz zu den Parteien, die das Wort Sozialismus mißbrauchen, um die Massen zu verwirren ...“. Dann faßte der Parteitag den historischen Beschluß: „Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USP konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).“

Es ist also festzuhalten: Die KPD formierte sich im Zeichen des unversöhnlichen Kampfes gegen den Opportunismus. Sie entsprach damit einer Grunderfahrung der deutschen – und der internationalen – Arbeiterbewegung: Gerade die Revolutionswochen hatten mit aller Schärfe gezeigt, daß es nicht genügt, sich mit dem Opportunismus theoretisch auseinanderzusetzen und sich von seiner Politik zu distanzieren. Die Arbeiterklasse bleibt politisch desorganisiert und aktionsunfähig, wenn die Revolutionäre sich nicht auch organisatorisch von den Opportunisten trennen; denn alle geschichtlichen Erfahrungen bestätigen, daß der Opportunismus sich stets gegen die Revolution stemmt und damit den Weg zum Sozialismus blockiert. Zu allen Zeiten haben die Opportunisten die Arbeiter daran gehindert, entschlossen für ihre Klasseninteressen zu kämpfen; sie haben sich dem Aufstieg der Arbeiterklasse zur Macht entgegengestellt und damit die sozialistischen Ziele preisgegeben. Sie haben stets die Interessen der

Arbeiter denen des Großkapitals untergeordnet und damit die Arbeiterklasse gespalten. Deshalb war die Gründung einer selbständigen revolutionären Partei die entscheidende Voraussetzung, um die Kräfte der deutschen Arbeiterklasse zu vereinen und auf die Verfechtung ihrer Gegenwarts- und Zukunftsinteressen zu richten. Diesem Vermächtnis des Gründungsparteitages – sich von Opportunisten zu trennen und der durch sie herbeigeführten Spaltung der Arbeiterbewegung nach Kräften entgegenzuwirken, bis sie schließlich völlig überwunden ist –, diesem Vermächtnis ist die KPD stets treu geblieben. In seinem Sinne ergriff sie die Initiative, um 27 Jahre nach ihrer Gründung, im April 1946, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als einheitliche revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu schaffen.

Wie Feuer und Wasser unterschied sich die neugegründete Kommunistische Partei sowohl von der opportunistisch versumpften SPD als auch von deren zentristischem Ableger – der prinzipienlos hin- und herschwankenden USPD. Die Kommunisten knüpften konsequent an die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung – den Bund der Kommunisten und die revolutionäre Sozialdemokratie August Bebel – an. Mit vollem Recht konnte Rosa Luxemburg auf dem Parteitag erklären: „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner.“

Im Geiste von Marx und Engels bestimmten die deutschen Kommunisten das Wesen ihrer Partei, ihren Platz im Kampf der Arbeiterklasse. Das von Rosa Luxemburg ausgearbeitete Parteiprogramm charakterisierte die Partei als den zielbewußtesten Teil des Proletariats, „der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt“. Bei dieser Partei handelte es sich nach den Ausführungen Karl Liebknechts um „eine Partei, die entschlossen und rücksichtslos die Interessen des Proletariats vertritt, eine Partei, die geschlossen und einheitlich zusammengesetzt ist im Geiste und im Willen, ... eine Partei, in der das Ziel und die Mittel zum Ziele gewählt sind ... nach den Interessen der sozialistischen Revolution, nach den Interessen, die die sozialistische Weltrevolution erfordert“.

Das Streben nach einer solchen revolutionären Kampforganisation hatte sich beim



bewußtesten Teil der deutschen Arbeiterbewegung desto schärfer ausgeprägt, je mehr die Sozialdemokratische Partei entartet war, je skrupelloser deren Führer das sozialistische Programm und die marxistischen Traditionen der Partei verraten hatten. So hatte Karl Liebknecht schon im März 1916 mit allem Nachdruck betont, daß „eine völlige innere Umwandlung“ der Arbeiterpartei notwendig sei, „wenn sie befähigt werden soll, die proletarische Masse in ihrer geschichtlichen Mission zu leiten“. Und Liebknecht forderte, sie so umzugestalten, daß sie geeignet ist, „als schneidige Waffe des Klassenkampfes zu dienen“.

Den Weg zu einer solchen Partei wies die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Bereits wenige Tage nach ihrem Siege hat Clara Zetkin sie als Triumph des Wirkens der bolschewistischen Partei gewürdigt. Und Rosa Luxemburg notierte in ihrer Gefängniszelle: „Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten.“ Ihnen bleibt „das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorgegangen zu sein ...“

So war es geradezu selbstverständlich, daß der Gründungsparteitag leidenschaftlich seine internationalistische Solidarität mit den Bolschewiki bekundete. Welcher Geist die Gründer der KPD beseelte, spricht allein schon aus der Tatsache, daß als erstes Dokument nach dem Beschluß über die Konstituierung der Partei ein Begrüßungstelegramm an die russische Sowjetrepublik verabschiedet wurde.

Doch schon zu diesem frühen Zeitpunkt verband die deutschen Kommunisten mit der Partei Lenins mehr als nur Klassensolidarität. „Wir müssen ... von ihnen lernen“, hatte Rosa Luxemburg vor dem Parteitag einem sozialdemokratischen Politiker entgegengehalten und auf die Erfahrungen verwiesen, welche bisher allein die Bolschewiki gesammelt hatten. „Wir können uns die reife Frucht dieser Erfahrungen aneignen“ – mit diesen Worten hatte sie die Sohrittmacherrolle der Leninschen Partei hervorgehoben. Welcher Abgrund die junge KPD vom sozialdemokratischen Opportunismus trennte, wie eng sie hingegen schon bei ihrer Gründung in den Kernfragen mit der bolschewistischen Bruderpartei konform ging, das wurde klar und unmißverständlich von Rosa Luxemburg in ihrem Grundsatzreferat über das Parteiprogramm zum Ausdruck gebracht – als hätte sie geahnt, daß ganze Generationen antikommunistischer Geschichtsfälscher mit immer neuen Tricks versuchen würden, ihre entschiedene Abgrenzung von der revisionistischen Sozialdemokratie zu vertuschen oder wenigstens herunterzuspielen, dafür aber einen Gegensatz zwischen ihr und dem Leninismus zu konstruieren. Doch die historischen Tatsachen lassen dafür keinen Raum. Rosa Luxemburg verurteilte nicht nur

die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie prinzipiell und auf das schärfste – nach ihren Worten waren das „Judas der sozialistischen Bewegung“, „die infamsten und größten Halunken“ –, sie entlarvte auch ganz entschieden den Antibolschewismus und wies die internationale Bedeutung der Erfahrungen und Lehren der Oktoberrevolution nach. Sie erinnerte daran, daß beispielsweise auch die unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Arbeiter und Soldaten bei Ausbruch der Novemberrevolution sofort althaltenden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet hatten, und daß sie damit offensichtlich dem Vorbild ihrer russischen Klassenbrüder gefolgt waren. Die Kommunisten sollten deshalb antibolschewistischen Verleumdungen offensiv entgegentreten und mit Hinweis auf den Rätegedanken die Frage stellen: „Wo habt Ihr das Abc Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt Ihr's geholt ...“ Und sie betonte: „Gerade darin haben wir das



Plakat aus dem Jahr 1919

einigende internationale Band unseres Vorgehens ... Die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat ...“

Das von Rosa Luxemburg verfaßte Programm ging von dem weltgeschichtlichen Ringen zwischen Sozialismus und Imperialismus aus. Es bewies, daß auch das werktätige deutsche Volk nur im Sozialismus eine Perspektive hat. Die Darlegungen über die sozialistische Gesellschaft und den Weg zu ihrer Verwirklichung widerspiegeln eine sorgsame Beachtung der in Sowjetrußland erworbenen praktischen Erfahrungen. Sie sind nach wie vor von überraschender Aktualität.

Voller Realismus kennzeichnete das Programm die Verwirklichung des Sozialismus als „die gewaltigste Aufgabe ... der

Weltgeschichte“. Es versprach kein „sozialistisches Schlaraffenland“. Ganz im Gegenteil! Mit allem Nachdruck wurde ausgeführt, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus an die Arbeiterklasse höhere Anforderungen als bisher stelle. Mit beeindruckender Klarheit wurde die Frage nach der Rolle und Verantwortung der Werkstätigen als sozialistische Eigentümer aufgeworfen. „Fleiß ohne Unternehmerpeitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber ... Höchster Idealismus im Interesse der Allgemeinheit, straffste Selbstdisziplin“ – alle diese Forderungen wurden als objektive Erfordernisse einer sozialistischen Entwicklung erkannt.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Programms über den Weg zum Sozialismus. Sie gingen von den Erfahrungen sowohl der russischen als auch der deutschen Revolution aus. Kleinbürgerliche, reformistische Wunschvorstellungen, man könne mit dem Stimmzettel, durch Parla-

mentsbeschlüsse das Großkapital mattsetzen und den Sozialismus „einführen“, wurden als „ein toller Wahn“ abgetan. Die imperialistische Bourgeoisie, so warnte das KPD-Programm, „wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird ... rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird ... jede sozialistische Maßnahme durch taugliche Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen“. Alle geschichtlichen Erfahrungen bis zum heutigen Tage haben diese Warnung bekräftigt. Als wirkliche Marxisten und Revolutionäre wichen die Begründer der KPD nicht den Konsequenzen dieser geschichtlichen Wahrheit aus. Sie orientierten darauf, den Widerstand der gestürzten Bourgeoisie – wie es im Programm heißt – „mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie“ zu brechen. Dazu bedürfe es der Diktatur des Proletariats, der vollen politischen Macht in den Händen des werktätigen Volkes.

Dem Programm von 1918 sind die deutschen Kommunisten stets treu geblieben. Mit der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik, des sozialistischen deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates als einer

Form der Diktatur des Proletariats, und mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wurde es (im Osten Deutschlands über vier Jahrzehnte, RF) Wirklichkeit.

Die Gründung der KPD erwies sich als Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterklasse besaß wieder eine organisierte revolutionäre Vorhut mit einem klaren marxistischen Programm, die sich unter neuen historischen Bedingungen als revolutionäre Kampfpartei der Arbeiterklasse bewährte und so das Werk des Bundes der Kommunisten und der revolutionären Sozialdemokratie weiterführte.

Diese historische Tragweite kennzeichnet die Gründung der KPD als das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution.

# „RotFuchs“-Veranstaltungen im November

## ■ Regionalgruppe Halle

**Am 7. November um 15 Uhr spricht**

Wilfried Handwerk (Osteuropa-Berater) zum Thema: **Ukraine aktuell**

**Ort:** Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

## ■ Regionalgruppe Rostock

**Am 11. November um 10 Uhr spricht**

Frau Dr. Cornelia Mannewitz vom Friedensbündnis Rostock zum Thema: **Zur Geschichte der Ukraine im Spiegel des aktuellen Krieges**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

## ■ Regionalgruppe Magdeburg

**Am 14. November um 16.30 Uhr spricht** Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Was für eine linke Partei wird gebraucht?**

**Ort:** Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43 (Straßenbahn Linie 9, Haltestelle Fermersleber Weg), 39120 Magdeburg

## ■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

**Am 15. November um 15 Uhr lesen** Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer aus ihrem Buch **„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist am Ende. Aber ein Ende ist nicht in Sicht“**

**Ort:** Restaurant „Zur Linde“, Rudolf-Breitscheid-Straße 26, 23968 Wismar

## ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am 15. November 18 Uhr spricht** Dr. Inge Pardon (Historikerin) zum Thema: **Sergej Iwanowitsch Tjulpanow – Brückenbauer zwischen Russen und Deutschen**

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

## ■ Regionalgruppe Dresden

**Am 18. November um 10 Uhr spricht**

Peter Müller zum Thema: **Die russische Föderation heute – ein Reisebericht**

**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

## ■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

**Am 18. November um 10 Uhr spricht** Dr.

Holger Michael zum Thema: **Revolutionen und Konterrevolutionen in Europa seit 1918**

**Ort:** Gaststätte Lindenhof, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee OT Pätz

## ■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

**Am 21. November um 18 Uhr spricht** der Militärwissenschaftler Günter Bunte mann zum Thema: **Neoliberalismus – Strategie des Imperialismus**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

## ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 24. November um 14 Uhr spricht**

Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **„Die Umwelt- und Klimapolitik der Bundesregierung“**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

## ■ Regionalgruppe Harz

**Am 24. November um 14 Uhr spricht** der Rechtsanwalt Ralph Dobrawa zum Thema: **Krieg und Frieden im bürgerlichen Rechtsstaat**

**Ort:** Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

## ■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

**Am 24. November um 15 Uhr spricht** Wilfried Handwerk (Osteuropa-Berater) zum Thema: **Zur Entwicklung in der Ukraine**

**Ort:** MehrGenerationenHaus Mikado, Franz-Mehring-Straße 20, 15230 Frankfurt (Oder)

## ■ Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau

**Am 25. November um 10 Uhr spricht**

Sabine Zimmermann, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, zum Thema: **Die linke Idee lebt.**

**Ort:** Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

## ■ Regionalgruppe Strausberg

**Am 30. November um 15 Uhr spricht**

Dr. Heinz Günther zu seinem Buch: **„Erinnerungswertes aus drei Systemen“**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

## Veranstaltung Dezember

### ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am 2. Dezember um 10 Uhr spricht** der Wirtschaftsfachmann Uwe Trostel zum Thema: **Vergesellschaftung, Gemeinwohl, Gewinnverteilung – was von der DDR zu lernen ist**

**Ort:** Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

Am 17. November begeht

## Wilmar Rutt

Vorsitzender der „RotFuchs“-Gruppe Magdeburg, seinen 80. Geburtstag. Wir danken Dir, lieber Wilmar, für Dein Engagement zur Aktivierung der politischen Bildungsarbeit unter den Magdeburger „RotFüchsen“ und Dein Bemühen, den Kontakt zur regionalen Friedensbewegung zu festigen und auszubauen.

Wir wünschen Dir weiterhin maximale Kraft und Gesundheit.

**Vorstand und Redaktion**

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats November!

Zum 95. Geburtstag  
Dr. Dieter Frielinghaus (Brüssow) am 14. November

Zum 94. Geburtstag  
Horst Scholz (Berlin) am 16. November

Zum 93. Geburtstag  
Siegfried Lorenz (Berlin) am 26. November

Zum 92. Geburtstag  
Horst Schlueter (Neubrandenburg) am 2. November

Zum 91. Geburtstag  
Martin Küster (Berlin) am 4. November  
Adalbert Hermann (Königs Wusterhausen) am 24. November

Zum 90. Geburtstag  
Rolf Reisener (Möckern) am 8. November

Zum 85. Geburtstag  
Helmut Richer (Pößneck) am 3. November  
Peter Schellenberger (Chemnitz) am 8. November  
Michael Walther (Struppen) am 14. November  
Hannelore Uhlig (Bernau bei Berlin) am 25. November

Zum 80. Geburtstag  
Ernst Hornig (Berlin) am 9. November  
Karl-Heinz Endler (Sandersdorf) am 12. November  
Hans Roscher (Spremberg) am 23. November  
Michael Wünsche (Ahrensfelde) am 23. November  
Rolf Peter Weidemüller (Wismar) am 25. November

Lutz Naumann (Chemnitz) am 27. November

Zum 75. Geburtstag  
Horst Lange (Bitterfeld/Wolfen) am 6. November  
Achim Kreuzer (Weimar) am 10. November  
Christa Huth (Wiegendorf) am 29. November

Zum 70. Geburtstag  
Ludwig Pretzsch (Eisenhüttenstadt) am 4. November

Zum 65. Geburtstag  
Bernhard Bröstler (Marktheidenfeld) am 19. November

Zum 60. Geburtstag  
Kerstin Broockmüller (Berlin) am 24. November

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.





Probleme weg- oder schönreden ist keine Lösung. Menschengemachte Probleme beim Namen nennen muß erster Schritt sein. Menschenhaß fördert Krieg, anderen Völkern alles zumuten, sie allein lassen, bedauern, Flüchtende fern unserer Grenzen verrecken lassen, Jagd auf „Schleuser“, die auch mal als Helden galten - das ist deutsche Politik wie sie immer war, wie sie nach den fallenden Masken in ihrer ganzen Realität sichtbar ist.

**Roland Winkler, Aue**

### Was Faschismus ist

Erlebt habe ich sie nicht, die Nazi-Zeit; was ich hier schreibe, weiß ich aus Erzählungen meiner Vorfahren.

Bei meiner Oma saß ein SS-Mann auf dem Küchentisch, ließ die Beine baumeln und sagte: „Jeder, der mal was von Kommunismus gehört hat, muß aufgehängt werden!“

Ein ehemaliger SS-Mann, den ich selbst noch kannte, sprach so: „Wenn die Russen nicht gespurt haben, habe ich denen eine gescheuert, da lag gleich der Kopp daneben.“ Er war in jungen Jahren etwa 1,90 m groß und gelerner Schlachter.

Ein Spruch des Dorfschullehrers war: „Das höchste, was ein Mensch werden kann, ist SS-Mann.“

Seine beiden Söhne wurden SS-Männer. So haben diese Leute gedacht, gefühlt und gehandelt. Wie sind sie so geworden?

In den Schulen gab es noch Züchtigung. Wer dem Ideal eines oft alkoholisierten Nazilehrers nicht entsprach, mußte viel aushalten können. Später an der Mittelschule, nur für Jungen, kam „pumpen“ hinzu (Kniebeuge, Liegestütze) bis zur Erschöpfung.

Bei der Hitlerjugend mußten die Gruppen eines Ortes gegen die des Nachbarortes kämpfen. Wer nicht hart genug zugeschlagen hatte, bekam zum Schluß vor versammelter Mannschaft vom Scharführer eine „eingeschwenkt“, damit er lernt, was harte Schläge sind. Mein Vater hat nie wieder so viel Prügel bezogen wie bei der HJ. Dieses „hart wie Kruppstahl, zäh wie Leder, flink wie die Windhunde“ prägte seine Schulzeit.

Ein Cousin meines Vaters ist beim Reichsarbeitsdienst gestorben. Er bekam Lungenentzündung, statt Krankenbett wurde er als Simulant eingestuft und mußte weiterarbeiten (10 Std. tägl.). Als es dann nicht mehr ging, wurde sein Vater informiert, ihn abzuholen, aber als der Vater ankam, war es zu spät, sein Sohn starb in seinen Armen.

Die Schulklasse meines Vaters hatte sich als Flakhelfer verpflichtet. Doch mein Vater (17 Jahre) kam zurück. Weil der Krieg offiziell noch nicht zu Ende war, sollte er als Deserteur bestraft werden, doch die Rote Armee war schneller.

Meine Erkenntnis: Faschismus bedeutet Gewalt, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßt.

**Reinhard Albrecht, Mirow**

### Empörung reicht nicht!

Was mich so empört, ist nicht in erster Linie die Kriegslüsterheit, die maßlose Heuchelei, die Verlogenheit der heute

Herrschenden und ihrer korrupten Medien, denn ehrlich gesagt, haben wir das doch alles gewußt, obgleich es in seiner Deutlichkeit und machtbessenen Dreistigkeit bislang einmalig ist.

Der Tag der feindlichen Übernahme der DDR, der zum 3. Oktober jährlich als „Tag der Einheit“ präsentiert wird, war in diesem Jahr der unrühmliche Höhepunkt der Hetze gegen unser Leben in der DDR, gegen jeden, der seinen ihm gegebenen oder erworbenen Verstand benutzen möchte.

Wer in dieser Atmosphäre seinen Kopf hebt und seine nicht der Staatsräson ergebene Meinung öffentlich artikuliert, verdient unsere Unterstützung und Anerkennung. Auch Mut gehört dazu.

Am 2. und 3. Oktober stellte sich auf dem Augustusplatz Leipzig (früher Karl-Marx-Platz) der Verein „Unentdecktes Land“ der öffentlichen Diskussion. Über den ganzen Platz vor dem Gewandhaus ragte ihr Transparent „Diese Grenze wurde aufgehoben, damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen“. Deutschland ist wieder im Krieg gegen Rußland – in totaler Geschichtsvergessenheit und Gewissenlosigkeit. Vor diesem ausdrucksstarken Transparent wurde die DDR vorgestellt, die bekanntlich nicht in den Krieg zog und ihren Bürgern ein friedliches, menschenwürdiges Leben ermöglichte, mit all seinen Vorzügen, Schwächen und auch Fehlern.

Die Mehrheit der Menschen, die vorbeikamen und interessiert stehenblieben, diskutierten über ihre Erfahrungen und das Heute. Es gab auch Vereinzelte, die sich provoziert fühlten. Vor allem junge Menschen, die logischerweise die DDR nicht erlebt hatten, tauschten sich aus. Ich weiß, Empörung reicht nicht – man muß sich wehren!

**Edmund Pelzer, Leipzig**

### Es muß eine politische Lösung gefunden werden

Mit dem Hamas-Angriff auf Israel hat es viele Tote gegeben. Der Angriff kam für Insider sicher nicht überraschend. Für den deutschen Historiker Michael Wolffsohn sind zwei Millionen Palästinenser eine „Zeitbombe“, die nun explodiert ist. Die USA zögerten nicht mit einer militärischen Antwort und schickten postwendend einen Flugzeugträger samt Kampfjets und weiteren Kriegsschiffen in die Krisen-Region.

Ein weiterer Schritt der US-Einmischung in Nahost, der unweigerlich zur weltweiten Eskalation führen wird. Mit Vergeltung und Bomben werden Ursachen von Gewalt und Terror nicht bekämpft. Im nun schon viele Jahre andauernden Konflikt zwischen Israel und Palästinensern muß eine politische Lösung gefunden werden. Terror und Krieg treffen die schutzlose Bevölkerung mit Zerstörungen und vielen Toten in unvorstellbarem Ausmaß. Ein neuer Kriegsherd und wieder wird das Recht auf Leben mit Waffengewalt verhindert. Auch die deutsche Regierung steht in der Pflicht, die Finanzierung von Israels Militär einzustellen.

**Ernst Jäger, Panketal**

### Deutsche Dialektik 2023

Warum wird wieder bedrohlich „Flüchtlingskrise“ als Hauptthema gebraucht?

Wie schreckliche mediale Bilder und Kommentare belegen, sind es Menschen, also eine Menschenkrise, eine Krise dieser Gesellschaft. Wie wertgeleitet menschenrechtlich ist, was wir zu hören und sehen bekommen?

Wer und warum tut so, als müßten Menschen alternativlos auf der Flucht wie Feinde behandelt werden, die uns mehr bedrohen als alle Kriege und unsere selbst gemachten Katastrophen? Von welchen Werten sprechen Politiker, wenn sie uns Migration als größte aktuelle Bedrohung rund um die Uhr in den Medien erklären? Wessen Geschäft macht die Anti-Flüchtlings-Stimmungspolitik besser als AfD und Co. selbst? Haben Deutschlands Politiker Interesse an hochkochender Feindschaft, Haß, Angst, Sorge vor und gegen Menschen, Flüchtlinge?

Wäre es nicht Aufgabe, Aufklärungs- und Informationspflicht, zu Ursachen, Lebensumständen in Fluchtländern mehr zu sagen? Hat die eigene Politik nichts damit zu tun? Welch Zynismus und Verlogenheit, die Schuld für alles den Fluchtregionen anzudichten, um den Haß zu befeuern!

Wer hat Interesse daran, daß Kommunen an Grenzen kommen bei der Aufnahme Geflüchteter?

Ist es wirklich so, daß Deutschland nicht mehr kann, Obergrenzen haben, Bleiberecht regeln, Flüchtende bekämpfen muß und den Deal mit Ländern braucht, die ihnen die Drecksarbeit abnehmen? Sind das neu definierte Menschenrechte? Wer legt die „sicheren Herkunftsländer“ fest, ohne dort Lebende zu fragen? Wie sicher würden sich die Reglementierer in deutschen Behörden dort fühlen? Aus Syrien gelangen Flüchtende verstärkt zu uns. Wer denkt nicht daran, das Land zur Ruhe kommen zu lassen, sich von Besatzern zu befreien, dem Volk Zukunft zu geben? Millionen Flüchtende aus der Ukraine machen keine Probleme bei Unterbringung, Aufnahme usw.? Wie das?

Um welche Migranten werben wir für den Arbeitsmarkt, die uns nicht zu viele werden, unterzubringen sind, integriert werden müssen? Nützliche und unnütze Menschen nach neuem Werte- und Menschenrechtsverständnis?

### Selenskyjs Dummenfang

„Um den Süden ins Boot zu holen, braucht es eine multilaterale Welt mit unipolarer Dominanz“, fordert der ukrainische Präsident.

Das soll einer verstehen. Ein echter Frieden kann doch nur einer zu Bedingungen werden, denen alle den Krieg beendende Seiten, also mindestens Ukraine und Rußland, zustimmen können, oder nicht?

In letzter Zeit ist oft von „Siegfrieden“ die Rede. Wir konnten mit dem aktuellen Auftritt Selenskyjs erleben, wer den Krieg antreibt und wer selbst die UNO unter dem Vorwand des Interesses an deren Reformierung tatsächlich instrumentalisiert. Daß er sich dann noch für die Mitgliedschaft der BRD als „Friedens- und Gerechtigkeitsbringer“ im UN-Sicherheitsrat ausspricht, karikiert das außenpolitische Auftreten der deutschen Politiker einmal mehr. Ob Selenskyj mit dieser „Referenz“ die Länder des Globalen Südens auf seine Seite ziehen kann, ist eher zweifelhaft.

In der September-Ausgabe des RF wird darüber berichtet, daß das ukrainische ASOW-Regiment, eines von mehreren paramilitärischen Einheiten im Ukraine-Krieg, offiziell und ungehindert in der Ukraine unter Kriegsteilnehmern rechtsradikales Gedankengut bedient und vor allem mordet. Gerade unter den Ländern des Globalen Südens richteten „Todesschwadronen“ mit Duldung des jeweiligen Regimes immer wieder Mörder an.

Rechnet man etwa damit, daß wir aus unserer Geschichte schon verbannt haben, welchen Anteil paramilitärische NS-Formationen an Verbrechen in den letzten Kriegstagen gegen die alliierten Soldaten und Zivilbevölkerung, einschließlich kriegsmüder Wehrmachtssoldaten und Antifaschisten, hatten? Mitnichten!

**Peter Blechschmidt, Chemnitz**

### Streubomben und Deutschlands Untertanengeist

In Osteuropa tobt seit 2014 ein Krieg, den es nicht geben würde, hätten die USA und die NATO die Ukraine nicht gegen Rußland bis an die Zähne bewaffnet. Nun jagt ein Kriegshöhepunkt den anderen. Die USA liefern der Ukraine seit einiger Zeit international geächtete Streubomben, außer Atombomben eines der gefährlichsten Waffensysteme gegen die Zivilbevölkerung. Die auch als „Oslo-Abkommen“ 2010 bezeichnete völkerrechtsverbindliche Erklärung zum Verbot von Streumunition verpflichtet in Artikel 21 alle Unterzeichner, Staaten, die nicht Vertragspartner sind, davon abzuhalten, Streumunition einzusetzen.

Deutschland hat dieses Abkommen unterzeichnet, die USA nicht. Aber Bundespräsident Steinmeier erklärte pflichtwidrig: „Wir können den USA nicht in den Arm fallen!“

Warum eigentlich nicht?

Fühlt sich die BRD als europäischer Dominanzstaat zu schwach, die USA von einem Kriegsverbrechen abzuhalten? Fürchtet sie sich davor, dann als Gegenwirkung auf das umweltschädliche und überbeuerte

US-Fracking Gas verzichten zu müssen und dadurch ihre Energiekrise zu verstärken, nachdem sie selbst den Gashahn aus Rußland zugesperrt hat? Selbst unter der Schablone, dem NATO-Bündnis verpflichtet zu sein, wäre die BRD nicht daran gehindert, sich eindeutig gegen die Anwendung von Streumunition einzusetzen. Fast alle NATO-Mitgliedsländer haben die „Oslo-Konvention“ über Streubomben unterzeichnet. Damit sind in diesen NATO-Ländern die Produktion, Lagerung, Handel und Einsatz von Streubomben strengstens verboten.

Da der ukrainische Waffenbettler die Streubomben für seine Eroberungsziele der Krim sowie der Ost- und Südregionen der Ukraine, deren Bevölkerung sich seit 2014 für zu Rußland zugehörig entschieden hat, einsetzen will, wird die russische Gegenwehr vor allem aber zur Gefahr für die Zivilbevölkerung der Ukraine selbst umschlagen. Die „souveräne“ USA-Entscheidung wird in Folge des Kriegsverlaufes vor allem die Opfer von spielenden ukrainischen Kindern, ukrainischer Bauern bei der Feldbestellung und Ernte sowie von in Wäldern erholungssuchender ukrainischer Bürger erhöhen. Ein militärischer Erfolg für die ukrainische Armee wird ausbleiben.

**Manfred Wild, Berlin**

### USA – Kapitalismus – Imperialismus

Die „Vereinigten Staaten von Nordamerika“ haben in ihrer mehr als 200-jährigen Geschichte nur sieben Jahre lang keinen Krieg geführt. Sie haben die Urbevölkerung enteignet und dezimiert, jahrzehntelang war dieser Staat ein Sklavenhalterstaat. Ein Viertel der weltweit inhaftierten Menschen sind in Haftanstalten der USA und noch immer wird in den USA die Todesstrafe praktiziert. Nur die USA haben Atombomben auf Menschen geworfen, mit zwei Schlägen mehr als 150 000 Zivilisten getötet.

Rüstung, Waffenexport, Geheimdienste, Militärstützpunkte weltweit, angezettelte Kriege rund um den Globus etc. sind die „Markenzeichen“ dieses Staates.

Sie stehen an der Spitze des aggressiven Kriegsbündnisses NATO. Ihre Staatsdoktrin ist der Antikommunismus. Im eigenen Land wurden mehrere Präsidenten und politische Persönlichkeiten ermordet. Wie der deutsche Imperialismus streben sie die Weltbeherrschung an. Der Mitbegründer der Partei Die Linke Oskar Lafontaine schlußfolgert zu recht: Ami, it's time to go!

**Horst Jäkel, Potsdam**

### Anmerkung zu Rügemers Buch „Verhängnisvolle Freundschaft“

Ich wünsche dem im Oktober-RF besprochenem Buch von Werner Rügemer „Verhängnisvolle Freundschaft“ viele Leser. Ich bin vor kurzem durch die NachDenkSeiten auf das Buch sowie Ihre Zeitung gestoßen. Leider werden es aufgrund von Vorurteilen und Manipulation weder unsere „Regierungsweisen“ noch viele Wessis lesen. Auch in meinem privaten Umfeld merke ich immer wieder, daß viele selbst für offensichtliche

Tatsachen und Argumente nicht zugänglich sind. Welch ein Trauerspiel. Ein Bekannter, ein „Wessi“, „erinnerte“ mich, daß die „Diktatur der DDR – Gott sei Dank“ – untergegangen ist. Ich konterte, nun lebe ich in der Diktatur des Geldes. Die Diktatur des Proletariats kannte keine Obdachlosigkeit, keine „Tafeln“, „Kriegsgeilheit“ gab es in der DDR nicht. Ich freue mich, Ihre Zeitung entdeckt zu haben und bin gespannt auf das erste Exemplar. Schade, daß es hier in Hannover keine Regionalgruppe gibt. Es gibt hier Linke, aber die sind zersplittert in mehrere Parteien und sich nicht grün. Dabei wäre das Austauschen und Diskutieren der Fragen unserer Zeit so wichtig.

**Rudolf Jahn, Hannover**

### Ministerin Baerbock

Ihre – vorerst – letzte Peinlichkeit bzw. Fehleinschätzung mit ihrer Vision einer EU von Lissabon bis Luhansk erinnert instinktiv an einstige deutsche Ansprüche „von der Maas bis an die Memel“. Gründungsmitglieder der sich immer noch grün nennenden Partei würden sich im Grab umdrehen oder schweigen aus Opportunismus. Sie müßten doch dieser viel sagenden Frau wenigstens beibringen, daß ihre Partei einst wußte: Globalisierung ist die neue Form einstiger Kolonisierung, und dieser Etikettenschwindel wurde und wird einer wachsenden Zahl von Ländern immer bewußter.

Besorgniserregend bleibt, mit was für mageren Geschichtskennntnissen man so eine verantwortliche Regierungsfunktion „erobern“ kann. Alte Diplomaten sind entsetzt und bemerken zu ihrer Karriere: „Sie hätte früher keine Aufnahmeprüfung in den diplomatischen Dienst geschafft.“

Fast sehnt man sich nach Kohl zurück, obwohl auch er dem Osten in völliger Überschätzung seiner selbst und der realen Verhältnisse paradiesische Versprechungen machte, aber diese unverantwortlichen Zuspitzungen im Verhältnis zu Rußland hätte es wohl, da er selbst ein „Kriegskind“ war, eher nicht gegeben.

**Richard Jawurek, Markkleeberg**

### Die Welt ist im Aufbruch

Wieder ist ein „RotFuchs“ bei mir eingetroffen, wieder habe ich sofort angefangen, ihn zu lesen und wieder habe ich eine sehr große Übereinstimmung mit meinen politischen Positionen festgestellt. Das betrifft sowohl den bereits Jahrzehnte währenden Ukraine-Konflikt und die widersprüchliche Entwicklung der Ukraine selbst, als auch die Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt sowie die dazu angefertigten sachlichen Analysen.

Die USA und der „werteorientierte Westen“ müssen begreifen lernen, daß es in der Welt eine Gegenbewegung gegen ihren militanten, hegemonistischen Weltherrschaftskurs gibt. Immer mehr Staaten schließen sich der BRICS-Bewegung an, die mit ihren Neuzugängen schon fast die Hälfte der Weltbevölkerung verkörpert (Quelle: Kubanischer Präsident Miguel M. Diaz-Canel auf einem BRICS-Treffen in Johannesburg). Mit ihren



Investitionen in aller Welt und der Absicht, das Dollar-Monopol zu brechen, tragen sie weit mehr zur Entwicklung ärmerer Länder bei, als die Entwicklungshilfe-Almosen der „Werteorientierten“.

Allein die deutsche Medienlandschaft nimmt davon nur minimal Kenntnis, weil sie Teil der herrschenden Klasse in Deutschland ist und den „werteorientierten“ Kurs schönredet. Um so bedauerlicher ist es, daß die Führung der Linkspartei keinen klaren Kurs fährt. Schon ihre destruktive Haltung zur großen Friedendkundgebung im Februar in Berlin, vor dem Brandenburger Tor mit Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer hat den Austritt vieler langjähriger Mitglieder bewirkt. Obwohl durch frühere Parteibeschlüsse auf klare Positionen gegen Waffenlieferungen, Aufrüstung, Kriegspropaganda und auf eine strikte Friedenspolitik festgelegt, versteht sie es nicht, die Massen dafür zu mobilisieren. Ändert sie ihren Kurs nicht, wird sie in der bundesdeutschen Parteienlandschaft bald nur noch ein Zwergendasein fristen. Schade!

**Manfred Zemter, Berlin**

### Undankbare Ossi

Wie nicht anders zu erwarten, war der „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober Anlaß, einmal mehr die Frage zu diskutieren: Weshalb fällt es den Ostdeutschen so schwer, dankbar zu sein? Wer an diese Frage mit der einseitigen Sicht des Westens herangeht, übersieht schlicht, daß mit dem „Fall der Mauer“ und der gezielten Deindustrialisierung der DDR durch die Treuhänder dem Westen ein gewaltiges Stück Absatzsicherheit zugewachsen ist und viele gut ausgebildete, meist junge Menschen, die im Osten keine Perspektive mehr hatten, in den Westen abwanderten.

Heute, 33 Jahre nach der Angliederung der DDR an die BRD, können die Menschen im Osten vergleichen: Was wurde in 40 Jahren DDR aufgebaut und wie schwer fällt es diesem größeren gewordenen Deutschland bis heute, gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse zu schaffen? Es wächst der Stolz auf das einmal Erreichte und damit auch die Wut darüber, daß man das von offizieller Seite nicht sehen und akzeptieren will.

Alles wird bei der sogenannten Aufarbeitung fast ausschließlich auf „Stasi“ und Tote an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten reduziert. Das wichtigste wird verschwiegen: Die NVA der DDR hat nie einen Krieg geführt und nie an Kriegen teilgenommen.

**Ralf Kaestner, Bützow**

### Wie es wirklich war

Der 3. Oktober bot den DDR-Hassern wieder besondere Gelegenheit, Schauermärchen über den Arbeiter-und-Bauern-Staat und seine Bevölkerung zu verbreiten.

Wie es tatsächlich zugeht, kommt in einem Gedicht meines Vaters zum Ausdruck. Das Dorf heißt Meineweh, zwischen Zeitz und Naumburg gelegen, heute Burgenlandkreis. Dorthin hatten die Folgen des 2. Weltkrieges

1946 meine Eltern und Großeltern aus Karlovy Vary verschlagen.

**Günther Röska, Leipzig**

### An mein Dorf

Sah sooft auf dich hernieder,  
wenn am grünen Hang ich stand:  
rote Dächer, blauer Flieder –  
wie ein Garten rings das Land.

Nirgends sah ich krumme Rücken  
vor dem Herrn und für den Herrn.  
Jeder schafft aus freien Stücken  
für das Ganze und tut's gern.

Überall, wohin wir schauen,  
Früchte der Gemeinsamkeit.  
Säen, ernten, lernen, bauen  
unterm Stern der neuen Zeit.

Jeder Tag ist ein Erlebnis!  
Glücklich wir ins Morgen gehen.  
Weil den Frieden als Ergebnis  
unsrer Arbeit stark wir sein!

**Anton Röska, 1974**

### Position beziehen

Wenn ich Eure Zeitschrift nicht hätte ... Mir würde wirklich etwas fehlen. Deshalb danke dafür. Man möchte politisch ja auf der Höhe sein.

Ich war zu DDR-Zeiten Mitarbeiter der Paßkontrolle Linie VI des MfS in Drewitz und hatte schon damals 1989 das Unheil auf uns zukommen sehen.

Was man mit Sahra Wagenknecht seitens führender Linker jetzt macht, ist unwürdig. Es ist höchste Zeit für eine politische Kehrtwende in der Führung. Sonst folgt der Weg in die politische Bedeutungslosigkeit.

Dabei wäre es doch so wichtig, für Frieden und Freundschaft mit Rußland einzutreten. Unter Selenskyj gehen Krieg und Ausverkauf der Ukraine ungebremst weiter. Grund genug, klare Positionen zu beziehen. Und jetzt kommt der Nahe Osten auch noch mit dazu ...

Alles so gewollt?

**Frank Sterzinger, Königs Wusterhausen**

### Einseitig und heuchlerisch!

Der Kreistag in Börde/Sachsen-Anhalt legte seinem Mitglied Guido Henke nahe, sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen, da er dem Wachregiment angehört hat und damit angeblich nicht offen umgegangen sei. Sowohl Henke selbst wie auch sein Mandatsträger, die Partei Die Linke, wiesen dieses Ansinnen entschieden zurück, denn Guido Henke hatte seine Vergangenheit offengelegt. Hier zeigt sich wieder einmal der Charakter in dieser Gesellschaft. Von den Verantwortlichen der BRD hat sich jahrzehntelang keiner daran gestoßen, daß schwer belastete Altnazis wie Heinrich Lübke (KZ-Baumeister und Bundespräsident), Hans-Maria Globke (verantwortlich für das Tragen des Judensternes und Staatssekretär unter Adenauer) oder Hans Filbinger (Nazi-Marinrichter, der noch Anfang Mai 1945 Todesurteile gegen junge fahnenflüchtige Matrosen

unterschrieben hat und bis 1978 CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg war) in verantwortlichen Staatspositionen tätig waren. Demgegenüber werden Personen, die in einem Sicherheitsdienst der DDR für einen Staat gearbeitet haben, dessen oberste Ziele Frieden und Völkerverständigung waren, seit mehr als 30 Jahren attackiert und für kein öffentliches Amt zugelassen.

**Jürgen Förster, Dresden**

### Zweierlei Maß

Ist der Bundestagsabgeordnete der SPD und sachkundige Vorsitzende des Sportausschusses des Bundestages Frank Ullrich ein Opfer oder gar ein Täter der „SED-Diktatur“? Die „SED-Opferbeauftragte“ Zupke mischt sich im Stile der Inquisition des Mittelalters ohne Fachwissen zum Leistungssport und ohne Kenntnisse sportmedizinischer und sportwissenschaftlicher Wahrheiten in die große Politik ein. Aus dem Totschlagargument „flächendeckendes Zwangsdoping“ in der DDR hat man den modernen „Geßler-Hut“ der Tellsage geschaffen, vor dem jeder zur Anerkennung gezwungen wird.

Hinter einem Vorhang von Beschuldigungen, Unterstellungen und Behauptungen wird verborgen, daß Doping kein alleiniges DDR-Thema, sondern ein weltweites Problem war und ist. Die zu „Doping-Spezialisten“ hochstilisierten Laien, Journalisten und Besserwisser weigern sich allerdings standhaft, diese unbequemen Wahrheiten zu akzeptieren.

Zurück zu Ullrich: Obwohl durch eine Expertise des Juristen Udo Steiner im Auftrag des deutschen Ski-Verbandes Ullrich bereits 2008 als entlastet galt, gefällt Zupke dieses Resultat nicht und sie fordert ein ihr genehmes Ergebnis. „Die Stasi-Akten“ hätten ihr „ein anderes Bild vermittelt“.

Man könnte diesen Angriff ohne rechtsstaatliche Substanz als parteipolitische Posse abtun, aber es bleibt der Nachgeschmack der Instrumentalisierung eines beliebten und bekannten Sportlers zur Ausschaltung eines politischen Gegners (Maaßen, Ex-Bundesverfassungsschutzpräsident, CDU).

Mir zeigt der „Fall“ Ullrich einmal mehr die Schizophrenie der Dopingaufarbeitung im „geeinten Deutschland“. Der Turner Eberhard Gienger, Weltmeister am Reck 1974 und Dritter bei Olympia 1976, mußte in den 16 Jahren Zugehörigkeit zum Bundestag trotz des Anabolikums Fortabol während seiner Laufbahn kein einziges Mal ein Gutachten zu einer möglichen Dopingverstrickung vorlegen.

„Duo cum facit, non est idem.“ (Terentius, um 195–159 v.u.Z.) Wenn zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.

**Dr. Gerd Machalett, Siedenbollentin**



Aufruf der Internationalen Konferenz des Deutschen Friedensrates vom 29. September 2023  
„Den Frieden in die eigenen Hände nehmen. Laßt uns zusammenstehen für Frieden und Völkerverständigung!“

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160 -238 30 85  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Hinkelsteindruck, soz. GmbH

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900  
ISSN (Online) 2628-7897

### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. h.c. Gerhard Giese  
Bernd Gutte  
Georges Hallermayer  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda

Rico Jalowietzki  
Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Dr. Kurt Laser  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Holger Michael  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

### Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net  
Aribert Schilling u. v. a. m.

### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

### Finanzen:

Gabriele Parakeninks  
Postfach 520 223, 12592 Berlin  
Mail: parakeninks@rotfuchs.net  
Tel. 01 51/68 51 51 56

### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEVXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.